

07284

DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

Contraste-Spezial

Streik://Selbstbestimmung/Selbstorganisation

D 07284

**Contraste/
PackpapierVerlag**

isbn 3-931504-21-2

6,-



CONTRASTE

Die Monatszeitung für
Selbstbestimmung &
Selbstorganisation

... dient den Alternativen Bewegungen nun schon seit 14 Jahren als Sprachrohr und offenes Diskussionsforum. AktivistInnen aus den unterschiedlichsten Bewegungen verfolgen mit der Herausgabe der Zeitung das Ziel, zu den von Globalisierung, Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung geprägten herrschenden Verhältnissen Alternativen in der Öffentlichkeit zu diskutieren, Entwicklungen aufzuzeigen, eigene Utopien zu entwickeln und diese zu erproben.

Regelmäßige Berichte informieren über Neugründungen und Aktivitäten von Projekten, Selbsthilfeinitiativen, selbstverwalteten Betrieben und Genossenschaften, alternative Ökonomie, Neue Medien, ökologisches Handwerk, Kultur von »unten« u.v.m.

Als Service gibt es einen Projekte- und Stellenmarkt, nützliche Infos über Verbände im Selbstverwaltungs-Bereich, Seminare, Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt.

CONTRASTE ist so buntgemischt wie die Bewegungen selbst und ein Spiegel dieser Vielfalt. Die Auswahl der monatlichen Berichte, Diskussionen und Dokumentationen erfolgt undogmatisch und unabhängig.

BUNTE SEITEN 1997/98

Das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen
mit Reader der AlternativMedien ...

erscheint nun schon im 14. Jahrgang und soll einen aktuellen Überblick über die vielfältige Projektlandschaft in der BRD, Schweiz und Österreich geben. Ausgewählt wurden ca. 12.000 vorwiegend selbstorganisierte Projekte, Betriebe und Initiativen mit besonderen politischen und ökologischen Ansprüchen. Gemeinsamer Nenner ist ihr besonderes Engagement im sozialen, kulturellen, Umwelt-, Friedens- oder auch internationalen Bereich. Die Zusammenstellung erfolgt durch ein aktives Netzwerk von AktivistInnen aus diesen Bewegungen.

Der **Reader der AlternativMedien** enthält 1033 Zeitschriftentitel (hiervon 830 deutschsprachige mit zahlreichen Hinweisen zu Schwerpunktthemen bzw. Ansprüche, Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl und Preis. Ein Überblick über Video- und Filmgruppen sowie über Freie Radios ergänzen diesen Reader.

Die **BUNTEN SEITEN 1997/98** mit ca. 12.000 Adressen können für 30,- DM (zzgl. 4 DM Versandkosten) bestellt werden.

Wer **CONTRASTE abonniert** (80,- DM/Jahr), kann die **BUNTEN SEITEN** zum **Vorzugspreis von 20 DM** (zzgl. 4 DM Versandkosten) bestellen.

Zum **Kennenlernen** wird ein **einmaliges Schnupperabo** angeboten: 3 Monate CONTRASTE zum **Sonderpreis von 10,- DM**. Kennenlernen könnt Ihr CONTRASTE natürlich auch zum Einzelpreis von 8,- DM.

JETZT CONTRASTE ABONNIEREN

- Bitte schickt mir ein Probeexemplar. 8 DM habe ich als Schein/V-Scheck bzw. in Briefmarken beigelegt.
- Ich möchte die **BUNTEN SEITEN 1997/98** bestellen. 30 DM + 4 DM Versandkosten habe ich als Schein/V-Scheck bzw. in Briefmarken beigelegt.
- Ich/wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,- DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
- Ich habe mit diesem Coupon neu abonniert und möchte die **Bunten Seiten 1997/98** zum einmaligen Sonderpreis von 20 DM + 4 DM Versandkosten bestellen. Den Betrag habe ich als Schein/V-Scheck bzw. in Briefmarken beigelegt.

Name: _____

Anschrift: _____

Gruppe/Betrieb/Beruf: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden. (Bitte Rückseite beachten!)



VORWORT

INHALT

Die Revolution der Kuscheltiere (Julia Schotte, Gießen)	4
Lucky Streik - Die Zufälligkeit einer Streikbewegung (Herrmann Cropp, Nikola Raab, Osnabrück, Gießen)	6
Alle, die den Mund aufzumachen haben ... (Berufsschüler, Mannheim-Ludwigshafen)	10
Erste Schritte, Forderungen, Perspektiven (Uli Müller, Eva Maria Schnurr, Köln)	11
Reden und das Ich (Florian Merkel, Duisburg)	14
Subjekt & Veränderung (Nikola Raab, Gießen)	14
Wissenschaft, Studium, Freiheit (Florian Leiber, Urte Riggers, Alena Langner, Berlin)	16
Moin Moin! (nach dem Kongreß) (Krischan Dörge, Klaus Schleuter, Oldenburg)	19
Politisches Mandat -Zwischen Fremdbestimmung und Selbstbestimmung (Jan Große Nobis, Münster)	20
10,000 Mark Ordnungsstrafe für ASTA (Felix Stumpf, Gießen)	21
Streik ohne Asta und Stupa (Michael Pohland, Duisburg)	23
Selbstorganisation - unangreifbar für die Politik! (Thorsten Mroz, Duisburg)	24
Thesen für einen basisorientierten, bundesweiten Studierendenzusammenschluß (Thorsten Mroz, Duisburg)	25
Runder Tisch an Der TFH (Valeska, Berlin)	26
Runde Tische, Neues Möbel in der Bildungslandschaft (Eo Müller, Berlin)	27
Studentenstreik heißt Klassenkampf! - Zum APO-Kongreß 5.-7. Juni in Berlin (Stefan Pribnow, Berlin)	29
Bildungspolitik und Neoliberalismus (Torsten Bultmann, Bonn)	30
Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt (Torsten Bultmann, Bonn)	33
Aufruf zum Kongreß in Frankfurt 5.-7. Juni	37
last not least ein Anhang:	
Organisationsreferat (Dutschke/Krahl 1967)	38
Zerschlagt die Universitäten (Andre Gorz, 1970)	41
Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS (Wolfgang Lefèvre, 1966)	43

Streik://Selbstbestimmung/Selbstorganisation - das ist die neue Organisationsdebatte, die heute jedoch unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen, als bei der Studentenbewegung von 1968, wieder aufgenommen wird. Was damals erstrebt wurde, ist heute erreicht - die Generation X besitzt die Freiheiten, die jene Generation für sie erkämpft hat. Die erfolgreiche Kulturrevolution von 1968 hat die traditionelle, geschlossene Gesellschaft überwunden und an ihre Stelle eine Vielzahl von (Sub-) Kulturen gesetzt, den modernen westlichen Pluralismus und Individualismus. Die vereinzelt Individuen lassen sich nicht mehr autoritär organisieren, Selbstorganisation ist angesagt.

Anders als 1968 könnte es diesmal ernst werden mit der politischen Desorganisation. Außerparlamentarisch, antiautorität und unhierarchisch sollte es schon vor 30 Jahren gehen, aber der Sprung in die Zukunft war wohl eine Generation zu früh, der Marsch zurück in die Institutionen zu verlockend. Auch die Bürgerbewegungen, sozialen Bewegungen und Projekte, unzweifelhaft die wichtigste politische Erneuerung seit 68, haben ihr innovatives Potential leider oft selbst nicht wahrgenommen und lieber mit Lobbyismus gespielt. Die sozialen Bewegungen zusammen mit den sich seit damals rasant entwickelnden Subkulturen sind jedoch das Potential einer künftig sich selbst organisierenden Gesellschaft.

An die Stelle von Parteien und Vereinen tritt der mündige Einzelne, jeweils der, der was zu sagen hat, der ein Anliegen hat. Künftig werden nicht mehr gewählte und legitimierte Vertreter die Gesprächspartner der Rektoren und Bildungsminister sein, die man übrigens leichter über'n Tisch ziehn kann, sondern ein ganzes Audimax voll von interessierten Studenten.

Es ist ein gern gebrauchter, disqualifizierender Kunstgriff, seinem Gegner eine unpolitische Haltung zu unterstellen, deren Zweck natürlich ist, ihm die eigenen Spielregeln aufzudrücken. So will der regierende Politische Verein über die Annahme seiner Terminologie die sich daraus ergebenden Sachzwänge diktieren. Allerdings könnte die Bevormundung der älteren Herrschaften mit ihren veralteten Politikbegriffen, wenn es dieser Generation nicht gelingt, ihre Begriffe zu entwickeln und durchzusetzen, tatsächlich zur Folge haben, daß man irgendwann drauf verzichtet, die gesellschaftliche Entwicklung als geistige Auseinandersetzung zu führen, und dann gibts nur noch Crashkids.

Wenn Macht nur etwas wäre, das sich verwalten ließe, wäre die Straße als Austragungsort politischer Neuerungen irrelevant. Tatsächlich ist es aber so, daß die Macht auf der Straße agiert und in der Verwaltung reagiert, und sie läßt sich das viel kosten. Nicht die Jugend, sondern die Regierenden aller Parteien, selbstverständlich auch der Grünen, haben den Diskurs bereits aufgekündigt und geben beispielsweise lieber 100 Mio Mark für einen Castortransport aus, statt das Geld für eine bessere Bildung der Menschen zu verwenden. Den Atompolitikern und Innenminister, voran Kniola und Glogowski wäre es viel lieber, wenn sie mit 100 Mio die alten politischen Fronter herbeizaubern könnten, in denen sie sich auskennen, statt sich auf die Erfordernisse einer modernen pluralistischen Informationsgesellschaft einzustellen. Bei diesen Summen könnte es sich mal ergeben, daß Repression nicht mehr bezahlbar ist, und daß es dann gewaltmäÙig zur Sache geht.

Die hier zusammengestellten Ideen der Studierendenbewegung ergeben ein neues Bild, dessen wesentliche Elemente möglicherweise als Konsequenz des Individualismus Selbstbestimmung und Selbstorganisation und ein neu zu fassender Bildungsbegriff sind. Es ist diese Generation, wie es immer die Jugend ist, welche die Weichen in die Zukunft stellen muß, sie reagieren am sensibelsten auf gesellschaftliche Entwicklungen und treten am vehementesten für die Gestaltung der Zukunft ein.

Es ist zu hoffen, daß die Ideenentwicklung und Begriffsfindung der Studierendenbewegung sich weder von der Politik der Parteien, noch von überholten Widerstandsvorstellungen auf Nebenschauplätze abdrängen läßt, und daß sie zum Erfolg führt - wozu diese Textsammlung einen Beitrag leisten soll.

Herrmann Cropp

DIE REVOLUTION DER KUSCHELTIERE

Nachdem das anfängliche Schulterklopfen nachgelassen hat, hagelte von allen Seiten Kritik auf die Studierendenbewegung des Wintersemesters 97/98. Vor allem die Linke und die 68er, die sich ja noch immer dieser zugehörig fühlen, fanden viele Kritikpunkte. Die Studis von heute seien systemkonform, nur auf ihre Karriere bedacht, vollkommen auf sich zentriert, schlicht unpolitisch. Die Protestbewegung sei demzufolge ständisch und für die Linke unbrauchbar.

Es stellt sich die Frage, ob der Begriff des Politischen, der durch diese Kritik transportiert wird, angemessen ist zur Beurteilung der Studierenden. 98 ist nicht 68 und in den letzten 30 Jahren haben sich die politischen Verhältnisse und somit auch die Voraussetzungen einer linken, emanzipatorischen Politik verändert. Will mensch die Proteste der Studierenden beurteilen, muß er die Bedingungen einer politischen Auseinandersetzung und der Akteure berücksichtigen:

Diejenigen, die heute studieren sind Kinder der Ära Kohl und der geistig-moralischen Wende. Sie wurden erzogen und sozialisiert zu dem Bewußtsein, der Kapitalismus habe gesiegt im Kampf der Systeme und sei unbestreitbar das einzig wahre und richtige. Ihnen wurde beigebracht Politik sei das Verwalten angeblicher Sachzwänge, die guten Zeiten seien vorbei, sie selbst seien die Generation der Politikverdrossenen und was den Damen und Herren sonst noch so einfällt.

Vor und zu Beginn der Proteste prägte diese Überzeugung die meisten Äußerungen von Studierenden. Es wurde behauptet Bildungspolitik sei Standortpolitik, Bildung der einzige Rohstoff den die BRD habe und die Mär auch die Hochschulen müssen sparen wurde unhinterfragt übernommen. Dieses Bild der Studierenden wurde von den Medien beibehalten, die Diskussionen in der Studierendenschaft und der damit verbundene Richtungswechsel wurden ignoriert.

Die Forderung nach Umverteilung und die Einsicht, daß Bildungsabbau Teil eines Sozialstaatsabbaus ist sowie die Konsequenz daraus, Bündnisse mit sozial diskriminierten Gruppen zu suchen, wurden und werden in der Öffentlichkeit nicht dargestellt. Viele Studierende waren vor allem darüber verärgert, was dazu führte, daß sich Mitte Dezember Teile der Protestierenden radikalisierten oder wie beim BuG in Berlin die Presse ausgeschlossen werden sollte. Aber auch hier greifen die Mechanismen: diejenigen, die in Bonn die Bannmeile stürmten werden als Autonome dargestellt, wer Positionen vertritt, die über den Konsens der Vollversammlungen hinausgehen, wird als ExotIn belächelt und in der Öffentlichkeit von den "normalen Studierenden von Nebenan" getrennt.

Im Folgenden sollen die Forderungen, die bundesweit formuliert wurden, aufgegriffen und erläutert werden.

1. Die Forderung nach mehr Geld, also einer besseren Ausstattung der Hochschulen, wurde bundesweit laut zu dem Zeitpunkt, an dem BildungspolitikerInnen aller Parteien und selbsternannte ExpertInnen effizientere Hochschulen mit weniger aber besseren Studierenden nicht nur forderten sondern auch schon bauten. Die Forderung nach mehr Geld stellt sich diesen Plänen entgegen und fordert eine Anpassung der Hochschulkapazitäten an die Zahl der Studierenden. Hier werden die Existenzängste, die inzwischen auch die Mitte der Gesellschaft erreicht haben, deutlich. Unter dem Eindruck ständig wachsender Arbeitslosigkeit und der angeblichen Hilflosigkeit der Politik wachsen die Ängste der Studierenden selbst von der

Gesellschaft ausgeschlossen, in die Arbeitslosigkeit ausgebildet zu werden.

So sehr die Tatsache zu kritisieren ist, real und auch im Bewußtsein der Studierenden beeinflußt der Grad der Bildung den sozialen Status, den Standort in der Gesellschaft eines Menschen enorm. Die Angst vor dem "Abrutsch", vor dem Ausschluß aus der Gesellschaft ist aus Sicht des Individuum nicht unbegründet. Die Proteste begannen in Gießen u. a. weil die Studierenden ahnten, daß sie sich in einen Wettlauf begeben haben, der nicht zu gewinnen ist. Strebt der /die Einzelne immer höhere Qualifikationen an um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, wird er / sie feststellen, daß auch die anderen diese Qualifikation erreicht haben, die eigene wird damit nutzlos. Diesem Dilemma kann sich das Individuum nicht entziehen. Als protestierende studierende wehrten wir uns gegen eine Politik, die den /die Einzelne in diese Situation treibt durch eine neoliberale Hochschul- und Arbeitsmarktpolitik.

Eine bessere Ausstattung der Hochschulen hieß bei den protestierenden Studierenden anfangs, daß die benötigten Mittel z. B. aus den Militärtöpfen zu beschaffen seien, später wurde die noch inhaltsleere Forderung nach Umverteilung von oben nach unten laut.

Aus den Studierenden sind weder SozialistInnen noch AnarchistInnen geworden, doch: wo fand in den letzten Jahren ein Kongreß mit über tausend TeilnehmerInnen statt, auf dem über Umverteilung diskutiert wurde?

Anstatt den Egoismus der StudentInnen zu beklagen hätte die Linke hier intervenieren müssen, hätte die Bewertung von Arbeit als erfüllenden, selbstverständlichen Lebensinhalt in Frage stellen und Gegenkonzepte wie eine erwerbsunabhängige soziale Grundsicherung präsentieren müssen. Dies hat sie nicht getan, sondern sich schmolend ins Zimmer zurückgezogen und über die Schlechtigkeit der Welt lamentiert.

2. Die Hochschulen befinden sich in einem radikalen Umstrukturierungsprozeß. Selbst die bürgerliche (und natürlich nie umgesetzte) Idee von Bildung als Herstellung der Chancengleichheit und Grundlage emanzipatorischer Prozesse wurde fallengelassen zugunsten einer ökonomistischen Sicht. Die Hochschulen werden als Zulieferbetriebe für die Wirtschaft und als Dienstleistungsunternehmen für StudentInnen präsentiert. Wer genug Geld hat kann sich ein Hochschulstudium kaufen um später auf dem Arbeitsmarkt gut bezahlte Jobs antreten zu können. Die Hochschulen haben dann natürlich die Leistungen zu erbringen, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind, sonst sind sie das Geld nicht wert, weder für die Studierenden noch für die Drittmittelgeber. Ein Schritt zu dieser Hochschule sind die Studiengebühren. Sie halten einen großen Teil der Studierwilligen raus und schafft so die Bedingungen für die Elite der HochschulabsolventInnen, die sich dann als kleine Gruppe auch wieder besser verkaufen kann.

Die Studierenden protestierten im Winter 97 gegen ein HRG, das die Grundlage für eine solche Entwicklung legen wird. Auch hier gab das Bewußtsein, selbst betroffen zu sein, sicher den Anstoß für die Proteste, doch wurde die Forderung "Bildung für alle" im Laufe der Diskussionen mit Inhalt gefüllt und vielen Studierenden wurde bewußt, daß Bildung nicht akademische Ausbildung bedeutet und das heutige Bildungssystem vor allem der Selektion dient.

Die Erfahrung, nicht den Bedürfnissen und Neigungen nach studieren zu können weil entweder der Zugang durch NCs versperrt ist, weil der Studiengang keine Berufsaussichten bietet, oder der Studienfachwechsel eine

BAFöG-Förderung beendet, führte zu dem richtigen Schluß, daß ein Hochschulstudium nichts mehr mit individueller Emanzipation gemein hat, sondern zur bloßen Berufsausbildung verkommen ist. In dieses Bild paßt, daß die kritischen und /oder ökonomisch wertlosen Fachbereiche besonders betroffen sind von der "Effizienzsteigerung" der Hochschulen.

3. StudierendenvertreterInnen befinden sich momentan in der Situation, die undemokratischen hierarchischen Strukturen an den Hochschulen verteidigen zu müssen gegen die breitgetragenen Pläne der GesetzgeberInnen, die Gremien der Hochschulen effizienter zu strukturieren. Konkret heißt das die Gremien zu verkleinern und die relevanten Entscheidungen an die Hochschulleitung zu verlagern. Auch an diesem Punkt setzte eine Diskussion um eine Demokratisierung der Hochschulen ein, die nicht bei der Besetzung der Gremien verharrete. Während des Streiks wurde erlebt, wie undemokratisch Entscheidungsprozesse zur Zeit verlaufen und wie notwendig eine radikale progressive Umstrukturierung der Hochschulen ist.

"Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen" war nicht mehr Forderung, weil "Demokratie irgendwie wichtig ist", sondern weil die Studierenden erlebten, was es bedeutet von solchen Prozessen ausgeschlossen zu sein. Vor allem wurde klar, daß die Forderungen der von Gremienarbeit frustrierten Studierenden nach einer paritätischen Besetzung dieser Gremien nicht nur gerechtfertigte Anliegen sind, sondern der Versuch einer Rückeroberung der eigenen Souveränität. Das Verweigern dieser Partizipation wurde als Herrschaftssicherung erkannt.

Wäre die Linke aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht, hätte sie sich auch hier einbringen und die Diskussionen beeinflussen können. Sie hätte Gesellschafts- und Demokratiemodelle wieder in die Diskussion bringen können, die nicht den bürgerlichen Parlamentarismus als der Weisheit letzten Schluß anpreisen.

4. Im letzten Jahr wurden die ASten und Fachschaften heimgesucht von der Klagewelle gegen politische Äußerungen, ohne daß sich außer diesen jemand sonderlich dafür interessiert hat. Gerade durch die Proteste wurde vielen Studierenden deutlich, daß es keine Teilung in Hochschul- und "Allgemeine Politik" geben kann und die juristische Konstruktion, die den StudierendenvertreterInnen letztere verbietet, politisch motiviert ist. Auch in diesem Zusammenhang wurde der Stellenwert von Bildung in einer Gesellschaft als auch der Begriff der Bildung thematisiert.

Der Zugang erfolgte auch hier über die Finanzierung von Bildung: den klagenden Studierenden, den GesetzgeberInnen und den RichterInnen folgend gibt es kein Recht der ASten und Fachschaften, Steuer- und Finanzpolitik zu thematisieren. Die Politikbereiche, die vom Maulkorb betroffen sind, erweiterten sich im Bewußtsein der Studierenden während der Proteste auf diejenigen aus, die in den Plena und Vollversammlungen thematisiert wurden.

In den Diskussionen stellt sich heraus, daß mensch die Situation von Studentinnen, von ausländischen Studierenden, von behinderten Studierenden nicht diskutieren kann, ohne über strukturellen Sexismus, Rassismus und Behindertenfeindlichkeit zu reden. In diesen inhaltlichen Diskussionen wurde mensch selten positiv überrascht, meist wurde das bisherige Nichtauseinandersetzen mit diesen Themen deutlich.

In der Debatten um das politische Mandat wurde aber deutlich, daß nur solche Äußerungen verboten wurden, die sich kritisch mit der Situation in diesem Land auseinandergesetzt haben und daß über die Schiene des hochschulpolitischen Mandats Zensur geübt wird. Die Justiz

wurde als eine politische "entlarft" und die Notwendigkeit der Darstellung und Verbreitung von Gegenpositionen konstatiert.

Die Linke sollte sich davor hüten, den Erfolg der Proteste an der Zahl der Marx-Zitate zu messen.

Entscheidend ist m.E. die Tatsache, daß sich der Großteil der beteiligten Studierenden immer weniger auf die Sachzwanglogik eingegangen sind, dem Totschlagargument, der Staat habe nun mal kein Geld, erwiderten: "Dann holt's bei den Banken und Bonzen" ...

Daß die massiven Proteste in Form von Hausbesetzungen, große Demos usw. nicht wiederbelebt wurden weil der Frust zum Einen überwog, zum Anderen die Befürchtung ein Semester zu verlieren oder die Frage nach Radikalisierung (dort wo sie gestellt wurde) auseinandertrieb, zeigt, daß der Prozeß der Emanzipation von vorgegebenen und scheinbar allgemeingültigen Erklärungsmustern noch auf sehr wackligen Beinen steht. Ihn deshalb totzureden ist nicht nur falsch sondern dumm.

Momentan sieht es so aus, als würde das Sommersemester 98 nicht so aussehen wie das im Jahr 97. Auch wenn die Proteste "ausgesetzt" wurden und die Studierenden nicht mehr in den Medien erscheinen, gibt es doch viele Bestrebungen, die aufgekommenen Diskussionen weiterzuführen und vor allem sich in Sozialbündnissen für eine demokratische und emanzipatorische Politik zu engagieren. Beispiele dafür sind die Kongresse in Bielefeld, Duisburg und Frankfurt.

Ein Problem der Studierendenproteste des Wintersemesters war, daß den Handlungen keine Theorie zugrunde lag. In Frankfurt ließen sich die einen Computer von den Börsianern schenken, andere zerschlugen sie demonstrativ. Nicht nur, daß Umverteilung im Verfahren nicht klar geworden ist, es gab und gibt auch kein Bewußtsein für die gesellschaftlichen Folgen, deretwegen gesellschaftliche Umverteilung eine traditionell linke Forderung ist. Auch der Kongress BuG in Berlin zeigte, daß die jahrelange Verunsicherung in Widerstandsbereitschaft übergegangen ist, die Diskussionen waren jedoch größtenteils "bauchgesteuert" und bezogen sich immer auf den eigenen Erfahrungsbereich. Die Besetzung der Institute bot den Freiraum, die Notwendigkeit zu erkennen, aus den zusammengestückelten Meinungen normativ begründete theoretische Analysen und Gesellschaftsmodelle zu entwickeln. Es ist jetzt Aufgabe - gerade der Linken - diesen Raum aufrecht zu erhalten und dort mit eigenen Positionen zu intervenieren. Die zuhauf vorhandenen Widersprüche und Brüche in den Argumentationen vieler Studierender laden dazu gerade ein.



LUCKY STREIK

DIE ZUFÄLLIGKEIT EINER STREIKBEWEGUNG

"Wegen mir ist das alles."

"Wie - was - wegen dir! Die ganze Streikbewegung?"

"Ja, wegen mir ist das alles. Weil ich zum Asta gegangen bin und gepetzt habe."

"Ja ... aber ... wieso denn?"

"Wir waren 700 Leute in einem Seminar, und der Dozent sagte, wir sollen was dagegen machen. Und dann hab ich eben was gemacht. Ich bin zum Asta gegangen und jetzt denken schon alle, ich wär vom Asta. Aber wie denn, als Erstsemester? Die haben das dann gefilmt und nach einer Woche gab es eine Demo durch die Stadt und ..."

"Warte, warte! Ich komm nicht so schnell mit! Das mußt du mir genau erzählen, das gibts doch gar nicht! Aber laß uns vielleicht in ein Cafe gehn, ich hab noch nichts gegessen heute."

"Mh, ja, ich muß nur noch Geld holen."

"Nee, mußt du nicht, ich lad dich ein! Ich bin grad reich geworden."

Um Abstand zu gewinnen sind wir raus aus Gießen, nach Marburg, und finden ein geiles Cafe mit schnörkeliger Einrichtung und abgenutzten Polsterstühlen, das so hübsch an den Berg der Altstadt angeklebt ist. Fensterplatz, Blick auf die vernebelte Unterstadt, Panorama wie eine Leinwand, die wir selbst ausmalen können - machen wir auch - stilvolle Cafehaus-Novemberstimmung.

"Ich mag sowas," findet Nikola.

"Bloß die Weihnachtsbäume hier mittendrin, schöne große Hanfpflanzen im Blumentopf wären witziger gewesen, oder?"

"Ui, das ist aber gefährlich! Jedenfalls bei uns in Bayern."

"Stimmt, ich kenn jemand in Bamberg, da war ich vorgestern, der ist wegen einer Topfpflanze in Bau gekommen. Übrigens hat seine Exfrau ihn verpiffen. Und noch schärfer: in Würzburg sagte mir gestern eine, ihr Dealer bekommt den Stoff von der Polizei, hätte er ihr gesagt." Meine beste Freundin seufzt und dreht an ihrem Kakaobecher.

"Da drüben sind, halb so hoch wie die Fensterscheiben, die Lahnberge. Und mittendrauf wie ein Spargelfeld die Universität."

"Hier wird jetzt auch gestreikt. Auf dem Transparent, wo wir vorbei gekommen sind, stand, daß die Unibibliothek das größte Antiquariat Marburgs ist. Das ist bei uns in Gießen auch so. Das Buch von Blankertz "Geschichte der Pädagogik" ist in der Grundlagenliteratur angegeben für ca 800 Studenten in diesem Semester. Und das war das einzige, was ich in der Bibliothek gefunden hab, Ausgabe 1982."

"Ah, den Blankertz kenn ich, sein Sohn wollte mal einen anarchistischen Verlag machen, wo er auch das Buch von seinem Daddy rausgegeben hat. Aber jetzt erzähl das nochmal, das muß doch die Leute in ungläubiges Staunen versetzen, wenn man ihnen weismacht, daß wegen einem Menschen die ganzen Streiks losgegangen sind."

"Ich kanns ja selbst nicht glauben, und man sollte das auch eigentlich nicht an die große Glocke hängen. Eigentlich war ja schon überall die Stimmung danach, aber trotzdem hätte es nicht so kommen brauchen. Auch daß der Dozent uns aufwiegelt hätte, hätte keine Folgen haben brauchen. Erst als ich zum Asta gegangen bin, ist die Sache ins Rollen gekommen." - "Warte, ich muß mitschreiben," und Nikola sieht geduldig zum Fenster hinaus.

"Auch wenn du bloß eine ganz kleine Rolle gespielt hast, aber das war bestimmt so wichtig, wie der Schmetterling in Brasilien, der den berühmten Wirbelsturm in Texas ausgelöst hat. Oder Kleist hat mal für die französische Revolution die große Wirkung kleiner Ursachen beschrieben als Verfertigung der Gedanken während des Sprechens ... hm, naja. Immerhin lassen sich bei diesem Streik die einzelnen Ereignisse in ihrer Abfolge besser rekonstruieren."

DATES, NO REAL FACTS

Daten sind nicht die wirkliche Musik, sie sind nur eine willkürliche Aufteilung in einzelne tracks, bekommen einen Songtitel, und wer revolutionär unmusikalisch ist, begnügt sich damit, also:

Do 16,10,97 überfülltes Politologieseminar in der Erz.Wiss. Fakultät in Gießen. Man diskutiert über Maßnahmen gegen die Studienmisere.

Fr 17,10,97 Astakonferenz befaßt sich damit, verschiedene Aktionen werden beschlossen, Briefe formuliert, Postkarten gemacht, Flugl zur Telefonaktion.

Mi 22,10,97 Versammlung der Fachbereiche 03 und 04, etwa 100 Leute, vorwiegend Erstsemester, Vorschlag einer Erstsemesterin Seminare zu sprengen.

22,-29,10,97 täglich 7-19 Uhr Telefondemo an Dekanate, Unileitung und hessisches Wissenschaftsministerium, Seminarsprengungen, Videoaktion in Seminaren.

Mittwoch, 29,10,97: Vollversammlung, Resolution und Demo durch Gießen. Erste Besetzung des Uni-Hauptgebäudes, Transparente und Flugblätter werden an die Wände der Unigebäude geklebt.

Donnerstag, 30,10, mehrere Fachschaften schließen sich dem Streik an - Vollversammlungen sind nun ständig überfüllt, sechs Wochen lang bis Streikende.

... in den folgenden Wochen werden 17 von 20 Fachbereiche in Gießen bestreikt ... andere Asten schicken Solitelegramme, die auf den VVs verlesen und mit Jubel begrüßt werden ... bald befinden sich alle fünf Unis in Hessen im Streik ... bis zur zentralen Demo in Bonn am 27,11, werden 50 Unis bestreikt ...

Do 27,11,97 40,000 Studenten demonstrieren in Bonn

Do 4,12,97 140,000 Studenten demonstrieren bundesweit

Fr 5,12,97 Ende des 6-wöchigen Streiks ("das soll uns erstmal einer nachmachen!") an der Uni Gießen, große Schülerdemo in Gießen.

Mo 8,12,97 Vorlesungsbeginn in Gießen, Mittwochnachmittag bleibt frei für hochschulpolitische Aktionen.

ÜBER DIE VERFERTIGUNG POLITISCHER IDEEN WÄHREND DES STREIKS

WO NEHMT IHR BLOß DIE KRAFT HER?

"Das fing an mit dem ersten überfüllten Seminar - dann wie ich zum Asta gegangen bin und wir das weitere überlegt haben - die erste Fachschaftsversammlung - die Videofilme - die Demo - die Resolution (nein, umgekehrt) - die Besetzung - die Solitelegramme anderer Asten und schließlich, daß sie auch streiken."

"Was war denn dann mit der Fachschaftsversammlung? Das hast du mir noch gar nicht erzählt. War das noch vor dem Asta?"

"Es gab ein Seminar zur Einführung in die Politikwissenschaften, und das paßt ja total gut, so vom Thema her. Der Dozent sagte, wir sollen das nicht als unser persönliches Problem ansehen, also das mit der Überfüllung, weil das Problem alle haben, und er hat uns aufgefordert was dagegen zu unternehmen. Sonst wär ich überhaupt nicht darauf gekommen. Eigentlich merkt man als Erstsemester nur, hey, ich krieg meinen Stundenplan nicht zusammen, weil alles voll ist, und dann sagt der Dozent, wir sollen was unternehmen."

Da dieser Druck unter den Studenten normalerweise einfach weiter gegeben wird nach dem Motto: Erstsemester raus und höhere Semester hätten Vorrang bei der Teilnahme an den Seminaren, war das eigentlich kaum mehr als eine gut gemeinte Vertröstung.

"Aber hallo! 700 Leute waren da, die das Seminar besuchen wollten. Um einen Raum zu finden, wo wir mit 700 überhaupt diskutieren können, sind wir ins Foyer vom Audimax übergegangen. Das war schon zum Lachen, wie wir mit allen Leuten aus dem Gebäude der Erziehungswissenschaften rüber zum Audimax gezogen sind, und an uns vorbei auf dem Hof begegnen uns andere Ströme von Studenten, die auch größere Räume suchen. Einige saßen auf der Treppe und so, aber wir konnten uns wenigstens einigermaßen verständigen. Der Dozent hat angeregt, geht zum Asta. Einige sagten auch, wir sollen nach Bonn gehen, und es sollten Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich was ausdenken."

Ich hab mich umgekuckt, kenn ich hier jemand, der hier steht, schnapp ihn mir beim Arm und, komm! wir gehn jetzt zum Asta. Sie ist aus Leipzig und hatte das noch von früher so im Kopf, daß politische Sachen zu machen riskant ist. Aber das fand sie dann doch so faszinierend, daß wirs zusammen machen wollten. Beim Asta haben wir nach den Öffnungszeiten gekuckt und uns für den Tag drauf verabredet. Da kam sie aber nicht, und mir wurde gesagt, um halbzwei wär Astakonferenz. Also komm ich wieder und erzähl das denen, wie es bei uns läuft."

Ich hatte die Idee, bei den zuständigen Stellen die Telefone mit Anfragen, wer ist hier zuständig und so, lahmzulegen. Vor dem Streik lief schon eine Telefon- und Postkartenaktion. Ich hab denen im Asta erzählt, was meint ihr, kann man das so machen mit Telefonaktion und Beschwerdebriefen an den Präsidenten und den Dekan. Denn der Dekan der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät hat Desinformation unter den Erstsemestern betrieben, damit sie sich nicht im klaren über ihre Rechte sind."

Für mich war dann ausschlaggebend zu wissen, daß die Studenten schon mal auf der Straße gestanden haben, das war 87/88, und daß dann plötzlich 8 Millionen geflossen sind. Mir war klar, das kann also was bringen auf die Straße zu gehen. Sonst hätt ich das auch nicht gemacht, nur demonstrieren. Ich hab den Asta gefragt, wie das damals gelaufen ist, und die haben mir, zack, den Exmatrikulator in die Hand gedrückt. (Der Exmatrikulator ist die damalige Streikdokumentation.) In den nächsten Tagen hab ich viele Leute angesprochen, viele haben mich angesprochen. Ich erwog einige Tage die Gründung einer Erstsemester-Selbsthilfegruppe oder eine Arbeitsgruppe "Bildungsnotstand" zu gründen. Zuerst dachte ich noch, daß ich Verantwortung trage, wie sich alles entwickelt, aber das hat sich dann ganz schnell alles von selbst entwickelt."

"Es hat aber auch gebrodelt an der Erziehungswissenschaft. Und der Asta hat dann was ganz Entscheidendes gemacht, hat die überfüllten Seminare gefilmt und es haben sich dann Leute gefunden, die sind in jedes Seminar rein, wo sie durften und sind sitzen geblieben, und dann wurde das Seminar wegen Überfüllung geschlossen. Der Reihe nach wurden lauter Seminare abgebrochen, zB hing ein Schild an der Tür: Die Dozentin ist nicht bereit unter diesen Umständen ein Seminar abzuhalten."

Die warn nicht böswillig, sondern sie meinten, daß sich was ändern muß. Ein Dozent soll zB kurz vor dem Streik Haare raufend durch die Gänge gelaufen sein: warum streikt ihr nicht?! warum streikt ihr nicht?! Der Beschluß zum Streik kam so unter der Hand im Asta zustande, ich glaub am Freitag zuvor in einer Kneipe hatte einer die Idee: Streiken! Dabei waren die Leute vom Asta eigentlich so brav, zum Beispiel meinte eine beim Plakatekleben Mittwoch Nacht 'ich bin ja so aufgeregt, und vielleicht ist das ja auch strafbar'. Mittwoch den 29,10, war VV, einen Tag vorher haben zwei vom Asta die Resolution formuliert, die gleich angenommen wurde. Es sollte eine angemeldete Demonstration durch die Stadt zum Unihauptgebäude stattfinden, hinten standen schon die Leute mit den Transparenten und vorne wurde noch die Resolution vorgelesen. Und danach wurde in einer Nacht- und Nebelaktion am selben Mittwoch überall an der Uni Transparente und Flugblätter aufgeklebt "Es reicht !!! Wir fordern: ... WIR STREIKEN!!!" (Eins dieser legendären Flugblätter und die originale Resolution hat mir Nikola geschenkt). Am andern Morgen sahen das alle Studenten und dann kam eine Fachschaft nach der andern an."

Wir haben ja kein anderes Medium als diese Wände gehabt, und schon am nächsten Donnerstag Abend war die VV im Audimax überfüllt. Von da an war die VV jeden Tag überfüllt. Und die Hausbesetzer halten die Gebäude geschlossen, teilweise sind die Türgriffe abmontiert, und wer rein will, muß klopfen, damit ihm einer von drinnen aufmacht. Woanders sind die Türen mit Dachlatten verbarrikadiert oder mit Ketten verschlossen. Am Freitag, den 31,10, erreichte uns zB. die Nachricht, da hat ein Student am Philosophikum 2, das auch bestreikt wird, einen Bolzenschneider mitgebracht. Dicht sind ja nur die Haupttüren, die Seitentüren wären schon auf. Aber er wollte unbedingt vorne rein. Als er die Kette geknackt hat, kommt eine Putzfrau und jagt ihn wieder raus, und dann kauft sie vom eigenen Geld ein Fahrradschloß und macht die Tür wieder zu."

Die Hausmeister sind auch ganz nett, erkundigen sich, wies uns geht und gehen wieder. Oder es ist auch ganz viel gespendet worden. Studenten gehen rum und erzählen vom Streik, und die Bäcker spenden Brötchen. Auf dem Tisch im Hauptgebäude steht eine Kiste mit riesigen Gartenäpfeln und Brot. Auf der VV gehen immer welche rum mit Spendenkörben, da wird total viel Geld gespendet, auch Tafeln Schokolade sind drin."

Nikola erzählt und erzählt, und ich habe immer gewußt, daß Geschichte so gemacht wird. Schade, daß es mir wohl kaum gelingt, das Erlebnis ihrer Rede, die Feinheiten des spontanen Ausdrucks und ihre ganze Art rüberzubringen. In den Zeitungen liest sich das nämlich ganz anders, da ist von der Bürgermeisterin die Rede, die dem Aufstand ihren Segen gibt, oder daß die Gießener Geschäftswelt den Besetzern täglich Frühstück und eine warme Mahlzeit liefert. Es scheint schwer zu sein die Perspektive bei der Wahrnehmung politischer Veränderungen nach innen zu richten. Ich finde das nicht böswillig, sondern ignorant, wenn beispielsweise der Unipräsident Bauer gewissermaßen zum Subjekt der Veränderung erhoben wird. Also hör ich lieber weiter die Geschichte aus Nikolas Perspektive."

"Der Johannes, der spricht so gut, den müßtest du hören. Er hat in seinem Ruhrpottdeutsch so treffend unsere jämmerliche Situation dargestellt. Ohne den wär das nicht gegangen. Nicht nur die überfüllten Seminare, auch mit den Büchern ist das so, es gibt nur alte Schinken. Und es sind so viele gute Leute dabei. Eine Woche, nachdem ich beim Asta war, hab ich überall

welche gefunden, mit denen wir was machen konnten. Ich hab gekuckt, wo sind die Leute, die ich für sowas ansprechen könnte, alles Erstsemester wie Johannes. Und die älteren Semester haben sich nur gewundert über uns, wo nehmt ihr die Kraft her? Wie kommt ihr überhaupt darauf?"

UNPOLITISCH?

Plötzlich hebt sie die Hand hoch und besinnt sich auf was völlig anderes: "Schau, ich bin verlobt!"

Ein schlichter, silberner Ring steckt an ihrem Finger. "Hättest du mir vor zwei Jahren gesagt, daß ich sowas mal tun könnte, das hätte ich nie geglaubt. Aber es ist doch so!" Ich muß gestehen, daß ich fassungslos war, aber das kommt mir erst jetzt, wo ich alles aufschreibe, richtig zu Bewußtsein.

"Das gibt mir ein Gefühl der Sicherheit oder Ruhe, das ich bisher nie kannte. Und auch der Unberührbarkeit. Damit fühle ich mich sehr sicher vor andern."

Soweit hätte ich mich auch kaum gewagt, denke ich zurück, seh sie wortlos an und zucke mit den Schultern. Aber ihren nachsichtigen Blick, der immer wieder zur Seite huscht, genieße ich, wenn ich ihn einfange.

"Meine rätselhafte Liebe zu dir wird sich dadurch kein bißchen ändern," fällt mir endlich zu sagen ein.

"Ja, rätselhaft, so ist das, so muß das wohl sein," antwortet sie versonnen und bezieht die nebelhafte Landschaft vor dem Fenster irgendwie mit in diese Feststellung ein. Mir kommt es so vor, als sei das jetzt die Antwort auf alle Fragen überhaupt.

Aber dann rebelliert was in mir, "Weißt du, was mich stört? Das ist eine Falle, dieses äußerliche, politische. Menschliche Regungen scheinen dabei nur zu stören, die gehören nicht in sowas wie Streiks und Resolutionen. Einer Nachricht wert ist es jedenfalls nicht, wie es in solchen streikenden Studenten persönlich aussieht, wahrscheinlich nicht mal einer Erwähnung. Wenn ich seit Wochen die Berichte in den Zeitungen darüber lese: Geld, Parteien, Präsidenten, Dekane, Funktionäre - ja, genau, alle werden hier als Funktionäre aufgefaßt, die Studenten eigentlich auch, und das Persönliche hält man für abwegig. Aber abwegig ist es doch nun mal in uns Menschen. Den politischen Laden halten wir doch nur deshalb in Schwung, damit uns das Leben Spaß macht." Nikola macht ein sorgenvolles Gesicht. Wenn ich so heftig werde, kriegt sie glaub ich Kopfschmerzen. "Das politische Bla und Blub hast du doch auch immer verachtet," suche ich mit ihren eigenen Worten nach Zustimmung, "schon in der Jugendumweltbewegung."

"Ja, das stimmt. Ich hab mich in den Tagen total verausgabt. Aber mir wurde auch von allen Leuten unter die Arme gegriffen. Ich hatte ständig so Stimmungseinbrüche. Aber dann treff ich im Penny zwei Studenten, die bedauern, daß ich mich zurückgezogen habe, und sagen, ich soll unbedingt wieder kommen. Und das hab ich ja auch gemacht."

"Weißt du, weißt du," ereifere ich mich schon wieder, "nur jemand wie du kann diese neue Qualität von Politik bringen, weil du so richtig renitent gegen falsche Ansprüche reagierst. Kasperltheater - weißt du? - das war mal dein Ausdruck für die altmodischen Politikos und ihre erstarrten Widerstandsformen."

"Ja," bestätigt sie zögernd, und ich hab bisher vergessen zu erwähnen, daß sie etwas angeschlagen ist, einen dicken Schal um den Hals, wohl auch eine Folge der Aufregung. Aber sie kann sich doch nicht halten, sie muß von neuem anfangen und lacht auf.

NEUES POLITIKVERSTÄNDNIS

"Hallo, das Leben steht vor der Tür, Leute! Deshalb müßt ihr euch jetzt entscheiden, ohne Redeordnung, ohne erst Frau, dann Mann und politisch ausgewogen. (Ich bin augenblicklich bezaubert von ihrem Temperament, während sie in Erinnerung an eine der Nächte scheinbar zu allen redet.) Das war Donnerstag, ein Tag nach Streikbeginn, da saßen Abends die Leute sämtlicher Fachschaften zusammen, wahnsinnig viele warn da und haben angefangen einen Forderungskatalog auszuarbeiten. Das Inhaltliche ging sofort los, keine Debatte wer

und was und zur Tagesordnung, die Forderungen wurden sofort konkretisiert und aufgeschrieben."

"Woher hast du nur dieses Gespür für so eine effektive politische Arbeit? Dich vorzudrängen und große Worte zu machen hattest du doch nie Talent. Aber sowas ist vielleicht auch meagout, und man kann die Leute nur noch überzeugen, wenn man einfach so ist wie du." - Ach, ich gestehe, ich bin begeistert von Nikola, und manchmal muß ich mir Luft machen, indem ich meine Faust hochreiße und einen nicht vorhandenen Gegner schüttele.

"Mich stört das nur so ein kleines bißchen, daß eigentlich der Streik, der wegen uns anfängt, dann sämtliche dummen kleinen Gruppen, die es alleine nicht hingekriegt haben, was aufn Boden zu stellen, dann plötzlich kommen und ihre Interessen vertreten wollen. Weißte, dann hoppsen da auf einmal Leute von der Kommunistischen Partei durch die Gegend, verteilen ständig irgendwelche Zeitungen, und die Frauenrechtlerinnen, die sind nach ner Woche auch endlich aufgewacht und haben gesagt, daß sie auch mal Freiheit für die Gummibärchen wollen. Weißt du, so, und ein kleines bißchen hat mich das am Anfang geärgert, weil, daß die dann auch so unsere Show benutzen, ne? Aber ich denke, jetzt nimmt das inzwischen eine andere Dimension an, wo das dann wieder angebrachter ist."

Eine für die älteren Semester unbegreifliche Generation hat einen neue Politikform gefunden, ohne pc-mäßige Reibungsverluste, durchaus bewußt der Spielarten und Strömungen früherer Zeiten, aber auch selbstbewußt auf ihrer Art bestehend. Manche Dozenten, die irgendwie von den 68-igern herkommen, aber auch Autonome finden das ziemlich unpolitisch. Wie immer wird eine neue Politikform von älteren Herrschaften nicht als solche erkannt. Abgesehen davon, daß diese Bevormundung durch angeblich erfahrene Politikos schon vieles im Keim erstickt hat, kommt es aber auch vor, daß man sich selbstbewußt von sowas absetzen kann.

"Aber was ist das eigentlich, was so anders ist an eurer Politikform? Man riecht doch förmlich, daß da was anders ist."

"Ja, das ist neu, einfach neu ist das. Genau weiß das keiner."

"Zu komisch, so ist das wohl immer. Was das Neue ist, will jeder wissen, aber wenn es wirklich neu ist, kann mans nicht erklären. Man spürt es nur, total, echt!"

"Doch, wart mal, es ist unvermittelter, situationsvermittelter und unprofessionell, weil in der Naivität viele neue Ideen stecken. Schreib das mal auf mit der Naivität!"

"Oh ja, Naivität, da flippen die Politprofis aus."

SELBSTORGANISATION

In der Behauptung, die Studentenproteste seien unpolitisch, steckt die geheime Absicht, jenen die Neues wollen alte Politikformen und Inhalte aufzudrücken. Dies versuchen ebenso die regierenden Herrschaften wie die im Widerstand gegen erstere abgenutzten Autonomen und Parteileute. Hoffen wir, daß es ihnen nicht gelingt, dieser Bewegung den alten Stil zu vererben.

Politisch ist laut Lexikon, was die Gesellschaft und den Staat betrifft. Das ist eigentlich fast alles, weshalb eine sinnvolle Eingrenzung des Begriffs auf ein Konzept hinzielt, mit dem die Gesellschaft und der Staat zu lenken wäre. So ein Konzept hätten wir alle gern. Oder auch nicht - genau das ist das Konzept des Pluralismus, der Subkulturen und der Selbstorganisation. Darum funktioniert das nicht mehr mit den Parteien und Institutionen.

Diese erste Studentenbewegung seit 1968 wurde von den Kindern der 68er veranstaltet. Sie sind in der durch ihre Eltern veränderten Gesellschaft aufgewachsen und brauchen nicht mehr um das zu kämpfen, was längst erreicht ist. Das heutige Veränderungspotential richtet sich nach dem Subjekt der Veränderung, und das ist der Mensch. Der Mensch, und zwar der Einzelne, das Individuum ist heute so wichtig wie noch nie. Deshalb geht jede neue Politik nun vom Einzelnen aus und nicht von Parteien, Verbänden und Institutionen. Und weder die Politikform noch ihre Inhalte sind unpolitisch, sondern

unbegreiflich für rückständige Geister. Die neue Politikform ist selbstorganisiert mit allem pluralistischen Drum und Dran, die Inhalte zielen vor allem auf die Freiheit und Rechte des Individuums wie etwa ein allgemeines Bildungsrecht.

Wie rückständig sind dagegen die politischen Konzepte beispielsweise der von Nikola angesprochenen kommunistischen Parteien. In ihrem Dezemberinfo hat die DKP Hessen eine historisch-materialistische Analyse mit entsprechenden Forderungen veröffentlicht, von der sie meint, damit die Ursachen der spontanen Streiks zu erklären. Aber das wüßten die Streikenden nicht, oder sie leugneten es sogar, weshalb "aufgrund des mangelnden politischen Verständnisses ... und dem Fehlen einer linken Bewegung ... ein Ende des Streiks absehbar" sei. - Konzepte haben etwas Vereinfachendes an sich.

Tatsächlich gibt es in der menschlichen Gesellschaft eine Vielzahl von Konzepten, die interessantesten existieren nicht mal auf dem Papier sondern manifestieren sich im Lifestyle, in Umgangsformen, im kulturellen Wandel. Jetzt ist mal ne andere Malerei der gesellschaftlichen Wirklichkeit angesagt statt schwarzgrau-kariierter Ökonomismus, nämlich bunt in allen punkigen Haarfarben, und von mir aus auch mit Glöckchen, Keltentattoos und Henna.

Das sind die Konzepte - oder der Ausdruck davon - der an Parteipolitik desinteressierten, sich selbstorganisierenden Individualisten, die U.Beck nun als "Kinder der Freiheit" ausgemacht hat. Eine große, vereinheitlichte Klassenkampftheorie brauchen sie nicht mehr, um sich auf etwas zu einigen, sie sind kompetent in einer spontanen, individualistischen Organisationsform, flexibel, projektorientiert und sachlich. Eine große politische Theorie für alles kann es nie mehr geben, das ist der entscheidende Unterschied zu früheren Politikauffassungen.

BILDUNGSGESELLSCHAFT

Es bleibt nicht aus, soll es wohl auch nicht, daß die Streiks bis nach Bonn rüberwachsen. Während sich die Studis in einer VV oder meinetwegen noch an einer Uni einigermaßen kennen können, verliert man bei der Bonner Demo mit 40,000 Leuten von 50 Universitäten aus ganz Deutschland wohl den Überblick. Das ist die Chance für Politprofis und politische Sekten das Wort zu ergreifen oder sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Tun sie auch, mit schwarz-roten Fahnen wollen einige Autonome partout den Zug anführen, internationale Solidarität sei das eigentliche politische Thema, und was man halt so kennt. Mit Geschick und Umsicht bringen die desorganisierten Organisatoren aber doch einige aussagekräftigere Transparente nach vorn - was im Sinne solcher Politprofis unpolitisch ist. Auf dem Podium versucht dann ebenfalls ein Redner auf Internationalismus zu machen, etwas peinlich, man möchte am liebsten weggeh'n bei dem Sprücheklopfen. Aber auch Gewerkschafts- und andere Vertreter ließen ihre wohlverstandenen Gruppeninteressen durchblicken - was definitionsgemäß dann politisch ist. Hey Leute, wir wollen eure Politik nicht, darum geht es!

"Ich hab den Spiegel gelesen, was sie über unsern Streik schreiben. Die verdrehn ja alles, die lügen!"

"Wieso? Der Spiegel schreibt doch immer so, eine Aneinanderreihung von Gedanken und Argumenten, ohne wirklich ne Aussage zu machen oder Position zu beziehen."

"Das stimmt nicht! Die tun nur so, genauso wie die Politiker, als verstehn sie uns nicht und geh'n gar nicht auf unsere Forderungen ein."

"Einige Forderungen bringen sie schon, aber ganz zusammenhanglos, und hauptsächlich zitieren sie BWL-Studenten um am Ende immer dieselbe Leier vorzurechnen, daß kein Geld da wär. Oder sie wiederholen die Forderungen von '68, daß die Profs entmachtet werden sollen."

"Ja, die nehmen einfach nicht zur Kenntnis, daß wir eine grundsätzliche Forderung nach einer Bildungsgesellschaft haben. Das geht nicht um Zuschüsse und Umverteilung oder Finanztechnik, sondern um einen ganz neuen Konsens in der Gesellschaft, daß Bildung Vorrang hat. Alle Probleme müssen

in Zukunft intelligenter gelöst werden, und dazu braucht man insgesamt gebildete Menschen."

"Sag mal, wär das nicht ...? Jetzt wird doch dauernd vom Ende des Humboldtschen Bildungsideals geredet - wäre das nicht im Gegenteil eine Vertiefung oder sogar eine grundlegende Erneuerung dieses Gedankens?"

DER SUBJEKTIVE FAKTOR IN DER STREIKBEWEGUNG

Je schneller der gesellschaftliche Wandel sich vollzieht, desto mehr fällt auf, daß der Mensch eigentlich die Geschichte macht. Wenn man sich die gemütlliche Stimmung an vielen andern Unis vor Augen hält, die sich nun endlich der Streikwelle anschließen, wird klar, wie wichtig der Streik in Gießen als Auslöser war, und daß dieser seinerseits Auslöser brauchte. Unzweifelhaft wäre allein wegen der untragbaren Situation irgendetwas passiert, aber es hätte auch alles andere passieren können. Es lassen sich in zunehmendem Maße individuelle Einflüsse, Zufälle und "Schmetterlingseffekte" finden, die den Lauf einer Entwicklung steuern. Und die "moderne Unübersichtlichkeit" ist so gar nicht, wenn man nur genauer hinsieht.

Auf objektive Verhältnisse kommt es immer weniger an. Die moderne, individualistische, kommunikative Gesellschaft fällt nicht mehr unter das Diktat historischer Notwendkeit, mit der man uns gerne eine Diktatur des Proletariats verkauft hätte. Die angebliche Selbsterfüllung einer deterministisch aufgefaßten Geschichtsnotwendigkeit klapp't nicht mehr, die Leute wollen es nicht, sie wollen selbst Geschichte machen. Der große Plan und die große Theorie erscheint nur noch wie ein fatalistisches Gedankengebäude von altmodischen Existenzialisten, mit der sie ihrer Unübersichtlichkeit entgehen wollen.

Ich glaube, wer die modernen Verhältnisse des globalen sozialen Wandels (der nicht in erster Linie ökonomisch ist) ideologiefrei und angstlos betrachtet, muß zu dem Schluß kommen, daß vor allem die Herzen sich in einer fundamentalen Weise öffnen werden. Und die Beispiele hier sind durchaus ermutigend, soziale Wehleidigkeit ist out, das Spaßprinzip ist der neue Regelmechanismus für Streiks und Aufstände. Sowas führt zu mehr Selbstbewußtsein, zum Bewußtsein der eigenen Kraft, und davon sind die Studenten in Gießen nun erfüllt.

Die ganze Stimmung in den Straßen ist auch anders, man grüßt sich freudig, hat ständig was zu reden, und in den VVs wird sehr aufmerksam vermerkt, was jeder sagt und wie er sich ausdrückt. Sprüche und Verlautbarungsstil gibt es nicht, man kennt sich schon viel zu gut, als daß einer mit weit hergeholtter Ideologie blenden könnte. Manchmal, wenn ich höre, wie sie einer vom andern reden, mit soviel zärtlicher Aufmerksamkeit, aber auch mit wachem, kritischen Verstand, dann muß ich denken, das ist die wahre Liebe.

Es liegt etwas in der Luft, die süße Stimmung einer Revolution, der sich keiner entziehen kann. Selbst der Finanzminister nicht, wenn er mit süßsaurem Gesicht, steifem Anzug, Schlips zugeschnürt, Manuskript fest in der Hand, vor den Studenten im Audimax steht und irgendwie herauszukriegen sucht, was nun angesagt ist. Später im Büro wird er wahrscheinlich wieder in seine Hühnerleiterrolle verfallen und mit den Gockeln in Wiesbaden und Bonn telefonieren - alles im Griff, austoben lassen, sind doch Kinder, sein angeschlagenes Image reparieren - aber begriffen hat so einer nichts.

Das revolutionäre Subjekt ist ein, zwei Generationen jünger, lebt das Lebensgefühl der Jahrtausendwende, hat andere Interessen und auch Träume und eine Musik, die die Älteren nie verstehen werden. In diesem Sinne sprach Jörg bei der letzten VV (Fr.21,11.) - Jörg? - Das ist der mit der Hose, die so ganz unten hängt - ach, und der jeden Tag ne andere Haarfarbe hat? - nein, der hat doch immer blondiert - ach, stimmt - der sagte: "Erst war ich ein Träumer, jetzt bin ich ein Kämpfer!"

ALLE DIE DEN MUND AUFZUMACHEN HABEN, SOLLEN DAS TUN! UNS STINKTS!

BerufsschülerInnen aus dem Raum Ludwigshafen/ Mannheim haben folgende Erklärung an die streikenden Studierenden gerichtet:

Die Medien berichten ununterbrochen von den Protesten der Studis. Von uns ist nie die Rede. Um eins klarzustellen: uns ist die Verschärfung der Studienbedingungen erstmal scheißegal.

Den Studis fehlen neue Bücher? Uns hat man nie beigebracht, sie richtig zu lesen. Die Studis protestieren dagegen, daß sie ihre Lehrerausbildung nicht zu Ende machen können, daß das ihre Lebensperspektive zerstört? Unsere ist schon lange im Eimer. Wir haben einen Hauptschulabschluß, manchmal einen Realschulabschluß. Wir sind also nie zu höherer Bildung gekommen. Das Schulsystem weist uns die schlechten Plätze in der Gesellschaft zu. Nicht mal Arbeiter dürfen wir mehr immer werden und selbst das ist beschissen genug! Unsere Eltern haben das erworben, was man »bescheidenen Wohlstand« nennt. Uns bleibt wahrscheinlich nicht viel mehr als häufige Arbeitslosigkeit. So eine Lebensperspektive ist ganz schön beschissen.

Auch viele Studis sind nach dem Studium immer öfter arbeitslos und müssen während ihres Studiums für miese Löhne jobben. Jetzt jammern sie darüber und fordern mehr Bafög. Aber sie vergessen dabei, daß Realschüler, Hauptschüler und Sonderschüler heute oft nicht einmal eine Lehrstelle finden. Wir träumen so gut wie sie vom guten Leben! Wir haben keinen Bock zu arbeiten! Wir haben keinen Bock, Industriekaufmann, Jungarbeiter und Friseurin zu sein.

Wir wollen nicht immer Rechnungsabschlüsse machen und immer irgendwelche fettigen Haare schneiden und dafür so wenig Geld bekommen, daß wir meist noch bei unseren Eltern wohnen müssen. Wir sind nicht dümmer als die Studis!

Die Studenten sagen uns später, was wir zu tun haben. Lehrer, die auch mal studiert haben, haben uns irgendwann einmal auf die Realschule oder die Hauptschule geschickt.

Damit waren wir ausgegrenzt. Damit war klar, daß wir zu den 50% der Menschen gehören, die gerade mal 1% des Reichtums besitzen und dafür verdammt viel schuften müssen.

Wenn die Studis also nicht mehr wollen, als wieder die besseren Plätze in der Gesellschaft, dann sollen sie uns bloß vom Hals bleiben. Wenn sie aber wirklich Bildung für alle wollen, wie sie sagen, dann sollen sie daran denken, daß man das Schulsystem wie es jetzt ist, abschaffen muß. Wir sind nicht dümmer als sie, sie hatten nur gebildete und reichere Eltern!

- **Bildung für alle** heißt, daß es in Zukunft keine Sonderschüler, Hauptschüler, Realschüler und Gymnasialisten mehr geben darf.
- **Bildung für alle** heißt, daß auch Friseurinnen, Industriekaufmänner, Jungarbeiter, usw. an die Uni dürfen.
- **Bildung für alle** heißt, daß alle genug Geld für Bücher haben! ●

Schüler und Schülerinnen der Max-Weber-Schule, der Friedrich-Weinbrenner-Gewerbeschule und der Gertrud-Luckner-Gewerbeschule (aus dem Gebiet Ludwigshafen/Mannheim)

DOKUMENTATION FLUGBLATT

Wo etwas zu kritisieren ist, da muß kritisiert werden. Studierende!

Die letzten Wochen waren wir mit euch auf der Straße, wir sagen euch aber gleich vorweg: Euer Bildungsnotstand an den Universitäten ist uns scheißegal! Uns hat der Auslesemechanismus bereits getroffen, die Uni bleibt uns verschlossen und unsere Hauptschulabschlüsse führen uns nach einem kleinen Umweg über Berufsschule und Arbeitsamt direkt in das Elend einer lebenslangen Unterdrückung durch ausbeuterische Großkondominien. Für uns ist die Kritik des Hochschulrahmengesetzes nutzlos:

- Die Universität
- Die Studenten
- Die Schule
- Die Arbeit
- Das System

Die Schule weist uns die schlechten Plätze zu. Die Universität weist euch die mittelmaßigsten Plätze zu. Laßt uns beides kritisieren!

Und sagt uns bloß nicht: »Müllmänner und Brötchenverkäuferinnen braucht man immer«, und wenn doch: nur zu, diese Plätze überlassen wir euch freiwillig, greift nur zu! Wir sind nicht dümmer als ihr, wir

werden nicht freiwillig in die Ausbeutung gehen.

Wenn ihr nur die Situation an den Unis und das Hochschulrahmengesetz (HRG) kritisiert, das eure miese Situation lediglich noch ein bißchen mieser macht, dann, ja dann habt ihr nichts kapiert. Eure Situation ist nicht viel besser als unsere. Eine Menge von euch bricht das Studium ab und diese »schlechten Studenten« haben das gleiche Recht auf einen schlecht bezahlten subalternen Job wie wir. Und den »guten Studenten« sagen wir: macht euch klar, daß auch die mittelmaßigen Stellen, die man für euch bereit hält, viel von ihrem Ansehen verloren haben – denn die »guten« Stellen sind auch für den Unistudenten verschlossen. Ein Arz genießt heute kein besonderes Ansehen mehr, sondern ist ein einfacher Angestellter der Krankenversicherung. Und was ist heute schon ein Rechtsanwalt oder Lehrer, ein Germanist oder Soziologe, ein Anglist oder Politologe?? Die gibt es doch – genau wie uns – wie Sand am Meer... Glaubt ihr, uns macht es Spaß, die vollkommen überbeurteilten Brötchen erpresserischer Großbäcker-Kartelle zu verkaufen??

StudentInnen, wenn ihr nur das HRG und nicht auch

die Universität und die Gesellschaft kritisiert, dann müßt ihr alleine kämpfen und die Kürzungen und Unverschämtheiten der Politiker werden euch voll erwischen. Das wird euch das (Studenten)Leben ganz schön versauen!

Wenn ihr euch bewegt und wenn wir uns bewegen, dann kann sich alles bewegen!

Aber wenn ihr nur den pseudosolidarischen Bauernfängern hinterherläuft, wenn ihr nur diese Gesellschaft verwalten und auf einfache Art unsere Erzieher, Sozialarbeiter, Klugscheißer, Soziologen, Juristen, Führungskräfte, Journalisten und Personalchefs werden wollt – und all das um uns zu erziehen, uns zu unterrichten, unsere Freizeit zu verunstellen, uns auszuorientieren, uns zur Arbeit anzutreiben... dann: Bleibt uns bloß vom Hals.

Aber wenn ihr, um einen Anfang zu machen, das Schulsystem, das uns ausgrenzt und euch erniedrigt, kritisieren wollt, wenn ihr mit uns gegen die gesellschaftliche Hierarchie, gegen euer und unser Elend kämpfen wollt, dann:

Schwestern auf zur Tat, wir lieben Euch! ●

Die BäckerInchenverkäuferInnen der Frau-Zang-Berufsschule

STREIK, FORDERUNGEN, PERSPEKTIVEN

27. November 1997. 40 000 Studierende demonstrieren in Bonn. Und von allen Seiten ernten die Protestierenden Solidarität - selbst Bundeskanzler Kohl scheint begeistert zu sein. Von der winterlichen Dynamik ist heute kaum noch etwas zu spüren. Die Proteste scheinen erlahmt zu sein, und die Politik hat kaum auf die Forderungen der Studierenden reagiert. Wo liegen die Gründe für den Zusammenbruch der Protestbewegung? Und haben wir wirklich nichts erreicht?

Politik ist ein langwieriger, komplexer Prozeß. Man muß langfristig denken und darf nicht zu viel auf einmal erwarten. Die Studierenden dagegen wollten zu viel zu schnell erreichen, ohne einen langfristigen politischen Plan zu haben.

Die Protestbewegung hatte natürlich auch mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen: unklare Forderungen und Feindbilder, fehlende Visionen, die Heterogenität der Studierenden, kaum ausgebaute Strukturen... Ein Kernproblem wird aber gerne übersehen: die mangelnden politischen Fähigkeiten und das mangelnde Durchhaltevermögen der Studierenden. Statt auf den plötzlichen Erfolg zu hoffen, sollten die Studierenden die Geduld aufbringen, auf einen allmählichen Kurswandel in der Bildungspolitik hinzuwirken.

Dies bedeutet zunächst, das Gesamtziel einer demokratischeren und besseren Hochschule in Etappen zu zerlegen und Zwischenziele zu setzen. Beispielsweise könnten die Studierenden in einer ersten Phase innovative Konzepte zur Verbesserung der studentischen Mitbestimmung - auch neben der bisherigen Gremienstruktur - erarbeiten. Zweitens müßte in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein dafür zu erzeugt werden, daß Mitbestimmung an den Hochschulen wesentlich zu guter Bildung beiträgt. Zusammen mit Gewerkschaften und politischen Initiativen könnte man Mitbestimmung in vielen Kontexten thematisieren und bewerben. Wenn dieses Problembewußtsein aufgebaut ist, können die Studierenden drittens ihre eigenen Konzepte und Forderungen vorstellen.

An die Stelle einzelner Aktionen würde so eine durchdachte Kampagne treten. In dem eigenen Konzept müssen auch die möglichen Schritte der politischen Gegner bedacht und integriert werden. Denn Politik besteht immer aus einer Vielzahl von Interaktionen zahlreicher Akteure. Daß die PolitikerInnen versuchen würden, den Studierenden den Wind aus den Segeln zu nehmen, hätte man voraussehen können. Dennoch gab es keine Antwort auf die Umarmungstaktik, die die Politiker im November und Dezember anwandten. Die Studierenden versuchten verzweifelt, sich von den Solidaritätsbekundungen zu distanzieren, und gerieten dadurch in die Defensive. Die Streikenden bissen sich an der Frage fest, ob die Proteste radikaler sein müßten.

Radikalität hilft aber auf dem Gebiet der Hochschulpolitik nicht weiter. Sie hat nur Erfolg, wenn radikale Aktionen von dem Großteil der Bevölkerung insgeheim unterstützt werden. Die Studierenden hatten zwar die Sympathie der Öffentlichkeit für die schlechten Studienbedingungen, aber nicht für ihren Widerstand gegen Deregulierung und Ökonomisierung der Hochschulen. In den Medien und der bildungspolitischen Diskussion gelten die Studierenden weiterhin vielfach als Reformverweigerer, die vor allem den Status quo bewahren wollen. Solange wir

dieses Bild nichts ändern können, werden wir auch mit hunderten von radikalen Aktionen nichts ausrichten.

Wir haben im letzten Semester einiges erreicht: höhere studentische Sachkompetenz in Bildungsfragen, Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen und zu PolitikerInnen, ein größeres Problembewußtsein in der Öffentlichkeit und ein besseres Gespür für Aktionen und politische Arbeit. Im kommenden Semester sollten die Studierenden versuchen, diese Fähigkeiten auszubauen und in langfristige Planungen umzusetzen. Politik besteht aus Schrittfolgen. Wir haben gerade die ersten Schritte auf der politischen Bühne gemacht.

AUSSCHLIEßLICH GEBÜHREN - DER AKTUELLE STAND DES HOCHSCHULRAHMENGESETZ

Am 25. März dieses Jahre setzte der Vermittlungsausschuß zwischen Bundesrat und Bundestag eine Arbeitsgruppe ein, die für den Streitpunkt Studiengebühren eine Lösung finden soll. Ansonsten seien sich Koalition und SPD über die Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) einig, meldeten die Nachrichtenticker. Mit der Verengung auf die Frage der Studiengebühren erscheint es immer unwahrscheinlicher, daß studentische Forderungen im HRG berücksichtigt werden.

Der Vermittlungsausschuß war von den SPD-regierten Ländern angerufen worden. Sie wollen, daß im Hochschulrahmengesetz ein Verbot von Studiengebühren festgeschrieben wird. Dagegen möchte es die Koalition den Ländern überlassen, ob sie Studiengebühren erheben oder nicht. Ein Kompromiß könnte - und wird wahrscheinlich - darauf hinauslaufen, daß Studiengebühren nur für einen bestimmten Zeitraum nicht erhoben werden dürfen. Im Gespräch sind dabei 3 bis 5 Jahre.

Weitergehende Veränderungen an der Novelle wird es vermutlich nicht geben. Die SPD scheint sich mit einem Kompromiß bei der Studiengebühren-Frage zufrieden zu geben. Bündnis 90/ Die Grünen würden zwar gerne weitere Nachbesserungen erreichen, sie scheinen allerdings nicht bereit zu sein, allein eine Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht anzustrengen. Dies sei zu teuer und von Hamburg aus - dort ist Krista Sager Bildungssenatorin - nicht zu bewerkstelligen, war aus dem Büro des Bundestagsabgeordneten Berninger zu hören. Im Hintergrund klang an, daß die Grünen sich angesichts ihrer derzeit schwierigen Lage nicht auf weitere unpopuläre Abenteuer einlassen wollen.

Die Länder könnten in einer Organklage darauf bestehen, daß der Bundesrat der HRG-Novelle zustimmen muß. Der Bundesregierung hatte das Gesetz dagegen als nicht zustimmungspflichtig eingebracht. Hinter diesen unterschiedlichen Rechtsauffassungen stehen konkrete politische Motive. Die Koalition will verhindern, daß der im August 1997 gefundene Kompromiß zwischen Bund und Ländern durch weitere Forderungen der SPD-regierten Länder verändert wird.

Die Koalition zeigte sich während der ganzen Studierendenprotesten zu keinen Nachbesserungen bereit. Thomas Rachel, der bildungspolitische Sprecher der CDU/

CSU -Fraktion, sprach sich in einem Gespräch mit Kölner und Frankfurter Studierenden zwar persönlich gegen Studiengebühren und für verfaßte Studierendenschaften aus, es blieb allerdings bei diesen Lippenbekenntnissen. Die FDP hatte im Dezember noch verkündet, sie hätte verstanden, daß es den Studierenden um die Erhaltung der Chancengleichheit gehe. Maja Schmidt, im Bundesvorstand der FDP für Bildungspolitik zuständig, hatte im Januar sogar Änderungsanträge zur Einführung eines Chancengleichheitsparagrafen und zur Erhaltung der alten Paragrafen zur studentischen Mitbestimmung angekündigt. Im Februar war davon keine Rede mehr.

In der 2. und 3. Lesung im Bundestag am 13. Februar hatte die SPD ein Verbot von Studiengebühren, die Durchlässigkeit zwischen Bachelor und Masterstudium, verfaßte Studierendenschaften mit einem erweiterten politischen Mandat und eine tarifvertragliche Öffnungsklausel für befristet Angestellte der Hochschulen beantragt. Diese Änderungsanträge hatten die Koalitionsparteien ebenso wie einen alternativen Gesetzentwurf der Grünen abgelehnt. Ihr einziges Zugeständnis bestand in einer Verbesserung der Frauenförderung gegenüber der ersten Fassung der HRG-Novelle: die Förderung der Gleichstellung und des wissenschaftlichen Nachwuchses ist nun ein Kriterium für die leistungsorientierte Mittelvergabe. Da ihnen diese Nachbesserungen nicht ausreichten, hatten die SPD- und die rotgrün-regierten Länder am 6. März im Bundesrat den Vermittlungsausschuß angerufen.

HRG - WAS \cap N DAS? EINE KLITZEKLEINE EINFÜHRUNG

Im August 1997 einigten sich Bund und Länder über die Inhalte eines veränderten Hochschulrahmengesetzes (HRG). An dem Entwurf für das neue Gesetz waren auch Bildungsminister aus SPD- oder rot-grün-regierten Ländern beteiligt, beispielsweise Jürgen Zöllner aus Rheinland-Pfalz, oder Anke Brunn aus Nordrhein-Westfalen.

Das HRG regelt rahmenrechtliche Fragen in Organisation, Finanzierung und Verwaltung der Hochschulen, legt Regelstudienzeiten und Zugangsvoraussetzungen für die Hochschulen fest. Ausgeführt wird das HRG durch Landesgesetze, die für die jeweiligen Bundesländer Einzelheiten klären. Wesentliche Änderungen, auf die sich die PolitikerInnen im August einigten, waren die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung, neue Regelstudienzeit, Einführung einer verbindlichen Zwischenprüfung, Studienberatungspflicht, Credit-Point-System sowie die neuen Abschlüsse Bachelor und Master.

Zunächst erregte das geplante Gesetz wenig Aufsehen. Zwar warnten StudentInnen, die sich intensiv mit Bildungspolitik beschäftigten, vor den Folgen des neuen Gesetzes. Doch damit standen sie zunächst ziemlich allein. Erst während der bundesweiten StudentInnenproteste Ende 1997 entdeckten die Protestierenden das Gesetz wieder. Sie kritisierten beispielsweise das fehlende Verbot von Studiengebühren, die unklaren Regelungen über Kurzstudiengänge oder die leistungsorientierte Mittelvergabe. Insbesondere wandten sie sich gegen die Ökonomisierung der Hochschulen, die sie durch das HRG kommen sahen.

Während des Streiks entwarfen die StudentInnen Gegenentwürfe zu dem Gesetz (z.B. ein Alternativgesetz der Kölner PH) und sammelten Unterschriften. Zur öffentlichen Anhörung des Bildungsausschusses im Bundestag am 8. Dezember kamen so viele Gäste, daß das kleine Wasserwerk aus allen Nähten platzte. Die bestbesuchte Anhörung, die es je gab, sei es gewesen, meinten Abgeordnete hinterher. Der Protest bewirkte, daß die SPD sich Stückchen für Stückchen vom Kompromiß zurückzog, der ja mit ihrer Mitwirkung erarbeitet worden war.

So stimmten die SPD-Abgeordneten in der 2. und 3. Lesung des Gesetzes im Bundestag mit "Nein", und die SPD- und rot-grün-regierten Länder verwiesen das Gesetz in der Bundesratslesung am 6. März in den Vermittlungsausschuß. Der versucht jetzt, einen neuen Kompromiß zu finden.

SEMINARLEITERINNEN STATT EUROFIGHTER??!! DIE FORDERUNGEN DER STUDIERENDEN

Mehr Demokratie an der Hochschule und ein bundesweites Verbot von Studiengebühren - so lauteten die griffigsten Forderungen der Studierenden-Proteste. Die Öffentlichkeit hörte dabei oft nur den Ruf nach Geld. Doch daß es bei den Streiks um mehr ging, als lediglich um eine Finanzspritze für die leeren Hochschulkassen, zeigt der Forderungskatalog, den der bundesweite Studierendenkongreß Bildung und Gesellschaft (BUG) Anfang Januar verabschiedete. In 37 Punkten faßte der Kongreß die bis dahin erarbeiteten Positionen zusammen.

"Wir fordern die Aussetzung der HRG-Novellierung und Neuverhandlungen unter Beteiligung aller Betroffener, insbesondere der Studierenden", hieß es im ersten Satz des Kongreß-Beschlusses. Kurz vor der geplanten Verabschiedung des neuen Hochschulrahmengesetzes (HRG) hatten sich die über tausend Studierenden zu ihrem Kongreß getroffen. Wenig verwunderlich also, daß sie sich in ihren Forderungen vor allem mit dieser Gesetzesnovelle auseinandersetzten. Der Kongreß befürchtete, daß das neue HRG die Hochschulen zu stark nach wirtschaftlichen Kriterien ausrichte. "Die Universitäten werden zu reinen Dienstleistungsbetrieben, entpolitisiert und ohne den Anspruch eines öffentlichen demokratischen Raumes", kritisierten die TeilnehmerInnen.

In Abgrenzung gegen das neue Gesetz formulierten die Studierenden ihre Erwartungen an eine Hochschule der Zukunft. Heraus kamen 37 Forderungen - scheinbar der Versuch, die sehr differenzierten und heterogenen Vorstellungen der Studierenden unter einen Hut zu bringen. Doch zwei zentrale Bereiche sind auszumachen: mehr Demokratie innerhalb der Hochschulen und eine Studienorganisation, die stärker auf die Bedürfnisse der Studierenden eingeht, eingebettet in eine Gesellschaft, in der allen das gleiche Recht auf Bildung zusteht. Ähnliche Forderungen fanden sich auch in der Resolution, die alle Kölner Hochschulen im Dezember 1997 verabschiedet haben.

Die Studierenden wollen in einer demokratischeren Hochschule vor allem stärker in den Gremien vertreten sein. Es müsse garantiert bleiben, daß diese weiterhin gewählt werden, so der BUG. Er regte an, daß in Zukunft alle, die an der Hochschule studieren oder arbeiten, ihre Hochschulleitung in direkter Wahl bestimmen - nach dem Prinzip: ein Mensch eine Stimme. Der BUG forderte verfaßte Studierendenschaften und das politische Mandat in allen Bundesländern, also gewählte Studierendenparlamente, die das Recht haben, sich auch zu solchen Fragen zu äußern, die nicht mit Hochschul- oder Bildungspolitik zu tun haben.

Die Studierenden wandten sich dagegen, daß sich Hochschulen in Zukunft auch in privaten Rechtsformen, als Stiftung, GmbH oder Verein, organisieren dürfen: "Wir fordern, daß Hochschulen zwingend Körperschaften des öffentlichen Rechts sein müssen." Zudem kritisierten sie, daß die Hochschulen zukünftig leistungsbezogen finanziert werden. Dabei werde ein rein quantitativer Leistungsbegriff angesetzt, der den Aufgaben einer Universität nicht entspreche. Leistung sei mehr als das, was sich in Zahlen messen läßt. Ganz klar forderte der BUG: "Der Einfluß der

Geldgeber auf den Inhalt der Lehre muß ausgeschlossen werden."

Mehr Demokratie wird es nach Vorstellungen der Studierenden auch unter den Lehrenden geben. Die ProfessorInnen sollten nicht mehr Beamte, sondern wie alle DozentInnen Angestellte sein. Außerdem müsse für sie die Habilitation als Zugangsvoraussetzung wegfallen, da diese besonders jüngere AkademikerInnen und Frauen benachteilige. Die pädagogische Eignung der Lehrenden, die das HRG zwar erwähnt, aber nicht definiert, sollte klarer beschrieben werden. Wenn es Bewertungen der Lehre gebe, wie sie das HRG vorschreibt, dann müßten die Ergebnisse dieser Evaluation immer veröffentlicht werden, so der Kongreß. Verstärkte Förderung von Frauen und AusländerInnen sind weitere Forderungen auf dem Weg zu einer demokratischeren Hochschule.

Während des Studiums muß es nach Ansicht der Studierenden mehr fächerübergreifende Projekte geben. Bestehende Abschlüsse müßten international anerkannt werden, da für die Einführung von Bachelor und Master sowie des Credit-Point-Systems die Bedingungen bislang nicht geklärt seien. Fachhochschulen sollten in Zukunft den Universitäten gleichgestellt sein, ebenso die jeweiligen Abschlüsse. "Wir fordern die Gleichstellung von allen Wissenschaftsbereichen in Lehre und Forschung, sowie die ausdrückliche Förderung alternativer wissenschaftlicher Ansätze, Forschungsprojekte und Lehrveranstaltungen", hieß es weiter.

Die Studierenden sprachen sich dagegen aus, daß sich die Hochschulen einen Teil ihrer Studierenden selbst aussucht: "Wir fordern, daß das Abitur und vergleichbare Abschlüsse in anderen Ländern zum freien Hochschulzugang in allen Studiengängen berechtigen". Um den Übergang von der Schule zur Hochschule zu vereinfachen, könnte es zu Beginn des Studiums eine Orientierungszeit geben, in der die Uni-Neulinge in verschiedene Fächer hereinschnuppern dürfen. Zwangsberatung lehnte der BUG ab, dagegen sollten die bestehenden Beratungsangebote ausgebaut und fachlich verbessert werden. Mehr Tutorien würden die erste Zeit an der Uni zudem erleichtern.

Statt einer Regelstudienzeit wünschten sich die KongreßteilnehmerInnen eine bundesweit einheitliche Garantiestudienzeit, in der jemand ihr/sein Studium garantiert abschließen kann. Zwangsexmatrikulationen lehnten die Studierenden ebenso kategorisch ab wie Studiengebühren. Damit werde nicht nur die Chancengleichheit untergraben, sondern ein selbstverantwortliches Studium insgesamt unmöglich.

Bei all ihren Forderungen gehe es ihnen nicht um ein ständisches Interessendenken, das nur den eigenen Vorteil im Sinne habe, betonten die Studierenden. Während der Proteste verwiesen sie wiederholt auf die strukturellen Gemeinsamkeiten von Kürzungen im Sozial- und im Bildungsbereich und forderten eine Politik, die sich gerade in diesen Bereichen nicht von wirtschaftlichen Interessen leiten läßt.

UND WAS KOMMT JETZT? PERSPEKTIVEN FÜR DAS NÄCHSTE SEMESTER

Boris wird grundsätzlich: "Es muß unbedingt noch ein Streik kommen, sonst geht auch die letzte Motivation verloren." Auch die inhaltliche Arbeit in den AGs sei nur während eines Streiks vernünftig zu machen, glaubt der Aktivist aus dem Orga-Team. Ganz anders sieht dagegen Robert vom Phil-SpRat die Sache. Er ist der Ansicht, daß ein Streik ohne wirkliche Beteiligung mehr kaputt machen würde. "Prinzipiell bin ich für den Streik, aber nicht dafür, daß einige die Arbeit machen, und der Rest fährt in den Urlaub."

Die Meinungen in Sachen Streik sind kurz vor Beginn des neuen Semesters gespalten. Die Frage "Streik: Ja oder nein" werden die Studierenden der Philosophischen Fakultät am 20. April entscheiden. Doch ein möglicher Streik ist nicht die einzige Perspektive für das beginnende Semester. Es gibt zwei grundsätzliche Ziele, die längerfristige Arbeit voraussetzen: Eines davon ist die Ausweitung der Studierendenproteste auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene. Dabei geht es darum, die Richtung der Politik, also Deregulierung und ökonomische Effizienzsteigerung in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens. Zu diesem Zweck trifft sich der studentische Basiskongreß "Bildung und Gesellschaft 2" im Juni in Bielefeld. Themen wie: "Das Ende von Sozialstaat und ökonomischer Rationalität?!", "Nachhaltigkeit" oder "Eine Welt der Vielen" stehen hier ebenso auf dem Programm wie "Bildung und Staat", "Neue Lehr- und Lernformen" oder "Wissenschaft und Bildung". (www.bug.tu-berlin.de). Für den 20. Juni ist in Berlin eine Großdemo des Aktionsbündnisses "Erfurter Erklärung" geplant, die unter dem Motto "Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten - für eine andere Politik" stehen soll.

Das andere Ziel ist, daß möglichst viele Studierende in Sachen Bildungspolitik kompetent werden. Auf längere Sicht sollen die Studierenden in bildungspolitischen Debatten als Fachleute in eigener Sache auftreten können. Um die Vertretung der Studierenden auf Bundesebene zu stärken, soll im April ein bundesweiter Studierendenzusammenschluß ins Leben gerufen werden. (www.uni-duisburg.de/streik/studiverband/) Dieser Zusammenschluß wird auch im Hinblick auf den kommenden Bundestagswahlkampf interessant. Umfragen zufolge kommt das Thema "Bildung" im Interesse der WählerInnen nach Arbeitslosigkeit und Wirtschaft auf Platz drei. Der Informationsaustausch zwischen den einzelnen Hochschulen sollte sich durch den Zusammenschluß verbessern.

In Nordrhein-Westfalen steht im nächsten Semester ebenfalls einige Arbeit an. Nach Ostern wird das neue Hochschulgesetz als Referenten-Entwurf vorliegen. Hier geht es darum, die studentischen Interessen noch einmal auf Landesebene zu artikulieren und zum Beispiel ein Verbot von Studiengebühren in diesem Gesetz zu fordern. Denn nach dem Stand der Dinge wird diese Verbot wohl kaum ins HRG aufgenommen. Und es ist gut möglich, daß sich nach Amtsantritt des neuen Ministerpräsidenten Clement das Personalkarussell dreht. Nicht unwahrscheinlich, daß man im Wissenschaftsministerium dann nicht mehr so eindeutig gegen Studiengebühren ist, wie noch zur Zeit.

Um die Proteste auch ohne Vollstreik aufrechtzuerhalten, ist ein Rotationsmodell geplant. Das gesamte Bundesgebiet wurde in sieben Regionen eingeteilt, von denen im Wechsel immer eine Region streikt oder eine Aktionswoche organisiert. An der Phil-Fak in Köln hat sich gerade ein neues Orga-Team gegründet, um die Aktivitäten im nächsten Semester besser zu koordinieren. Neben der Arbeit in den AGs wird es im nächsten Semester regelmäßige Workshops geben, die ein oder zwei Tage dauern werden. Daran können vor allem diejenigen teilnehmen, die keine Zeit oder Lust haben, kontinuierlich in einer AG mitzuarbeiten.

Außerdem wird sich die zweiwöchentlich tagende Vollversammlung regelmäßig Zwischenziele setzen. Eine Zeit lang steht dann ein bestimmtes Thema im Mittelpunkt, beispielsweise "BAFöG" oder "Gremien". Ziel ist es, konkretere Ergebnisse der Arbeit zu sehen und die Arbeit der einzelnen AGs stärker zu bündeln. Aktuelle Informationen, Ideen und Namen von AnsprechpartnerInnen sollen auf einer neuen Streik-Seite im Internet publik gemacht werden, die Anfang des Semesters aufgebaut wird. Außerdem wird es im Foyer der Phil-Fak ein Info-Brett geben, auf dem alles wichtige zu finden ist.

REDEN UND DAS ICH

Wir reden von gesellschaftlicher Veränderung, von Protest gegen die schlechten Studienbedingungen und über böse Politiker und deren Unfähigkeit.

Wie ist es denn um unsere Unfähigkeit bestellt ?

Während des Streiks wurden markige Parolen am laufenden Band verkündet, die von Büchern statt Eurofightern bis zum Ausrufen der Weltrevolution reichten. Dazwischen war und ist viel Uneinigkeit. Besonders in Diskussionen, egal wo diese geführt wurden, ob in den Hochschulen oder auf dem BuG in Berlin, trat die Unfähigkeit sich zu einigen besonders vehement auf und hat viel Kraft gekostet. Oftmals waren das egozentrische Weltanschauungsdebatten, Wüstendebatten, die im Sand verließen, und außer einem faden Beigeschmack nichts hinterlassen haben. Es war als ob mensch sich im Circus maximus der Worte wiederfindet, Schlachten um nichts, hauptsache mensch kann mit erhobenem Haupt den Saal verlassen und sein festes Weltbild, wie auch immer geartet, bestätigt sehen.

Hören wir einander überhaupt zu?

Haben wir tatsächlich Respekt voreinander?

Sind wir bereit Neues zu denken, denn davon ist bis jetzt nichts aufgetaucht.

Wie sollen wir ohne vielschichtiges Wahrnehmen und ohne Respekt voreinander jemals irgend etwas ändern?

Wie sollen wir Bewegung verursachen, wenn wir ständig davon reden "irgendwie mal was zu machen", daß dann "de facto" und "explizit" vorangetrieben wird?

Ich sehe manches mal keine großen Unterschiede zwischen der Laberbude Bonn und studentischen Gesprächsrunden, viel Rauch um nichts, und immer ideologietreu.

Ich finde es peinlich, um ein Beispiel zu nennen, daß auf der Podiumsdiskussion "Medien", in Berlin auf dem BuG am 9. Januar, wilde Medienverschwörungstheorien geäußert wurden, die sogar noch Bildzeitungsniveau unterschritten haben. Menschen sich nach vorne auf das Podium drängten, um Ihre Weltanschauung zum Besten zu geben, Journalisten wie andere KommilitonenInnen nicht zu Wort kommen ließen und dann die strukturelle Gewalt anklagten.

Sicher waren auch die Journalisten schwach. Darum geht es aber nicht ! Es geht um das Verhalten zueinander und um das Erreichen von Bewegung.

Könnten wir nicht unsere Hirne aus dem Gefängnis gefestigter Denkstrukturen schleudern, unsere kleinen Sandkörnerregos zurücknehmen und anfangen langsam Neues zu erschaffen, anstatt egoman von der Richtigkeit der Dinge überzeugt zu sein und Geschäftsordnungs- nach Geschäftsordnungs-Antrag auf die Meute zu feuern und stundenlang über Abstimmungsverfahren zu streiten?

IST DAS WESENTLICH ?

IST DAS DAS ALLERWICHTIGSTE ÜBERHAUPT?

Auf viele Gegenreden und konstruktives Kritisieren hoffend.

SUBJEKT UND VERÄNDERUNG

Wieder einmal bin ich wochenlang gerudert, mit Armen und Beinen gegen die Strömung, gegen die Wellen angerudert, nur darauf achten, daß das Boot nicht in Gefahr kommt, nur darauf achten ... ich muß das alles hier verteidigen, (was ich angefangen habe, und was doch nicht so einfach aufhören darf) bloß nicht aufhören Arme und Beine zu bewegen. Es wäre auch anders gegangen, sagten sie, und ich wäre ihnen undankbar dafür. Aber sie wollten es eben so!

Was müssen das für Menschen sein, die einen zwingen, mit Atombomben zu werfen, da brave Demonstranten nicht ernst genommen werden, nicht mal Streikende, und selbst Massen unmißverständlich überhört werden ... es müssen Atombomben sein! Dieser demütigende Versuch, ob man Menschen dazu bringen kann, auf Knien um ihr täglich Brot zu flehen, selbst wenn sie wissen, daß laut Gesetz ihnen weit mehr zusteht ... und so leer können die Kassen ja gar nicht sein.

Erschreckend, wie weit man von sich selbst abtreibt ... warum rudere ich das Boot? (Das mir nur in besinnlichen Momenten wie ein kleiner Kahn auf weiter See vorkommt, in Wirklichkeit ist es wohl so ein abgewrackter Seelenverkäufer.) Was ist drin? Ich kann nur Leere erkennen - grundlos, sinnlos. Aber wenn ich aufhöre zu rudern, geht das Boot unter.

Manchmal, an diesen seltenen inneren Frühlingstagen, horcht man auf, was die Herren Professoren sprechen. Sie sprechen von dem Sinn und Zweck der Erziehung, von deren Zielen, ja, da kommt so mancher Gedanke vor, bei dem man sich so recht heimisch fühlt, innerhalb der 10 Quadratmeter Privatleben im Studentenwohnheim ... doch

dann sitzt man wieder in seiner Schuhschachtel, und da sieht man die Fratzen, diese leeren Fratzen ... aber woher sollen die Professoren das wissen?

Die einen, die Herren Politiker, wollen uns lehren ins Gras zu beißen, die Herrn Professoren wollen uns nach den Sternen greifen lassen (wovon man ebenso wenig sich ernähren kann) - oder aber sie wollen uns auf wissenschaftliche Weise eine Diskussion andrehen, stellen aber mit Bedauern fest, daß sie selbst nicht so genau wissen, worüber sie nun eigentlich mit uns reden können. Sinnentleerung ist in der Wissenschaft schon lange legalisiert.

Alles ein Hohn, leere Fratzen.

Damals, als meine kleine Welt hier noch Platz hatte für mich, als ich keinen Grund sah, mein Recht auf Dasein anzuzweifeln, da wählte ich mir diesen Beruf - Sonderschullehrerin - um nahe, ganz nahe an Menschen zu sein, die unmittelbar menschlich sind, die fähig sind, ihr Herz in fundamentaler Weise zu öffnen ... in fundamentaler Weise zu öffnen. Jetzt habe ich keine Kinder mehr. Die Bilder der Kinder wie Ikonen an der Wand, kleine Heilige, nicht wirklich lebend, nur ein Gedenken in dunklen Ecken. Mein Herz, mein Herz schlägt hunderte Kilometer weit von mir, abgeschnitten, auch heimatlos, und auch die Pflanzen haben nicht mehr genug Licht zu leben.

Oh, es schreit, es schreit in mir ...

Ich suche Gemeinsamkeit, um nicht mit mir und meiner Leere alleine zu sein, gehe ich in die Küche, Bedürfnisbefriedigung, Essen, einfach und zufriedenstellend. Aber mich stellt das nicht mehr zufrieden, längst durchschaut, der Hunger ist größer, grundsätzlicher.

Und dieses ständige Bedürfnis, Schmutz abzuwaschen. Da ist kein Schmutz ... und trotzdem, ich kann mich nicht davon befreien.

Menschen! ich muß mich an Menschen festklammern, um nicht unterzugehen - doch ich schrecke davor zurück, schrecke davor zurück, ihnen sagen zu müssen, daß ich nichts mehr zu sagen habe. Kein Bergwerk in meiner Seele, nein, ein leerer Stollen. Schrecke auch davor zurück, meine Motivlosigkeit preiszugeben - zeugt das nicht von persönlicher Schwäche?

Ich kann mich schon längst nicht mehr freuen, wenn ich von den Mitstreikenden wegen meines Ideenreichtums gelobt werde - ich weiß, daß es bei den Ideen bleibt, daß ich nicht weiter kann, ohne mich selbst zu verlieren. Trotzdem dieses Gefühl, verpflichtet zu sein, etwas zu tun ...

Und nun die Religion - letztes Bollwerk, bevor die Seele sich selbst zum Scheitern verurteilt. Dieser Altar, Neues Testament für jeden sichtbar auf dem Schreibtisch ohne Sofa, ein offenes Bekenntnis - auch das, auch das kommt mir nicht richtig vor - mir bleiben so oft die Worte im Hals stecken, wenn ich versuche mich durch Gebete zu beruhigen - ich stehe nicht dahinter, kann nicht aufrichtig glauben, nicht aufrichtig leben. Deutschland, Deutschland, was machst du mit deinen Kindern?!

(PS Mir ist bewußt, daß solche Selbstbetrachtungen in schwieriger Zeit für Außenstehende schwer nachzuvollziehen sind, und dann noch ein Schlußsatz, den man in Hochachtung vor den Dichtern und Denkern unseres Landes einer kleinen Studentin, Erstsemester, nicht zugestehen mag. Aber ich habe mich tatsächlich so gefühlt, und ich bin sicher, daß viele manchmal so fühlen und sich nicht mit Zynismus oder cooler Empörung von der Art "politischer Bauchschmerzen", "menschenverachtender Wahnsinn" etc begnügen)

Resolution der studentischen Vollversammlung vom 29. Oktober 1997

Wir sehen, daß sich an den Hochschulen in Deutschland eine brisante Entwicklung abzeichnet: Bildungshaushalte werden zusammengestrichen, die Grundvoraussetzung für ein Studium, nämlich die ausreichende Ausstattung mit Mitteln zur Bestreitung des täglichen Lebensunterhalts, ist nicht gegeben. Aber nicht nur, daß uns auf der einen Seite etwas weggenommen wird, z.B. durch die faktische Abschaffung des BAföG. Gleichzeitig sollen die Studierenden auch noch geben: in Zukunft kann in Hessen sein 2. Staatsexamen nur noch machen, wer dafür 1000 DM hinlegt, es werden durch die Hintertür versteckte Studiengebühren eingeführt.

Dieser beispiellose Kahlschlag im Hochschulbereich wird als bloßer Ausdruck bestehender Sachzwänge verkauft, der zu befriedigen unabdingbar sei. Dieses Bild des unpolitischen und konzeptlosen Sparens ist jedoch falsch. Es handelt sich vielmehr um einen gewollten und planvollen Umbau der Hochschulen.

Die Hochschulen werden zu einem, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführten, Dienstleistungsbetrieb, der einen möglichst meßbaren Beitrag zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts leistet. Bildung degeneriert zur bloßen Ausbildung, die mangels massenhaften Bedarfs nur noch den sozial Privilegierten angedeihen soll. Sie wird zur Investition in die eigene berufliche Zukunft und damit zum individuellen Risiko. Dies ermöglicht der Gesellschaft, sich aus der öffentlichen Finanzierung der Bildung zurückzuziehen. Gesellschaftliche Beschränkungen werden so zur persönlichen Beschränktheit umdefiniert.

Hochschulen dienen der persönlichen und gesellschaftlichen Emanzipation und müssen orientiert sein an den individuellen Bedürfnissen ihrer Mitglieder sowie an der Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Voll-
versammlung

Streik!

aller Angehörigen der
streikenden
JLU und FH
Montag
12:30 17.11.97
Kongreßhalle

1000,- DM Gebühr fürs zweite Staatsexamen,...

überfüllte Seminare,...

Kürzungen der Bildungshaushalte,...

Abschaffung von Studiengängen, ...

Es reicht!!!

An einigen Fachbereichen der Universität ist der Lehrbetrieb zusammengebrochen.

Im Laufe der Jahre haben wir uns mit den Mißständen abgefunden. Kaum einer von uns hat Uni anders erlebt, doch studieren bedeutet etwas anderes!

Wir fordern:

- eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen,
- ein angemessenes Lehrangebot für alle Studierenden,
- eine umfassende, zinslose Studienfinanzierung,
- die Demokratisierung der Hochschulen,

die Schaffung adäquater Studienbedingungen.

WIR STREIKEN!!!

WISSENSCHAFT - ERKENNTNIS - FREIHEIT

WISSENSCHAFT, STUDIUM UND IHRE PARADIGMEN

I. DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN INDIVIDUUM UND WISSENSCHAFTLICH UND GESELLSCHAFTLICH ETABLIERTEN NORMEN:

Die Frage nach dieser Wechselbeziehung war ein wesentlicher Gesprächsinhalt am Anfang unserer Arbeit. Hierbei ging es unter anderem um die Stellung und Stimme der Einzelpersonlichkeit in gesellschaftlichen Zusammenhängen. Ein Ausgangspunkt waren die "Paradigmen des Streiks", dh. jene inhaltlichen, formalen und handlungsbestimmenden Konventionen, die in Frage zu stellen dann doch immer wieder als kontraproduktiv galt, und die im Zusammenhang mit einer gewissen Dynamik der Masse auch viel wirklich kreative Auseinandersetzung in den Streikwochen verhinderten.

Außerdem fragten wir nach dem Wert, welcher ursprünglichen (vielleicht naiven, dafür aber unbefangenen) Fragen und Intentionen der Studierenden in Lehrveranstaltungen und Zielsetzungen wissenschaftlichen Forschungen beigemessen wird.

- Kann und darf ich also von meinem subjektiven Standpunkt aus Fragen stellen, und welche Daseinsberechtigung haben diese gegenüber einer vorherrschenden Meinung?

- Wie kommen wir überhaupt dazu, unseren individuellen, "subjektiven" Fragen zu mißtrauen?

Es scheint notwendig zu sein, aufgrund dieser Frage unsere eigene "psychische Gefasstheit" zu hinterfragen: Ist es der wissenschaftliche Anspruch einer intersubjektiven Allgemeingültigkeit, den wir so internalisiert haben, daß wir darüber der Echtheit einer persönlichen unmittelbaren Frage keine Bedeutung zutrauen?

Haben wir aufgehört Fragen zu stellen, die sich nicht in das gegenwärtige Denken einfügen lassen?

Reproduzieren in Denkmustern sozialisierte Menschen immer nur diese Denkmuster?

Somit schlosse sich ein Kreis: eine Denkart (die prinzipiell nur eine von vielen möglichen ist !) wäre als einzige, herrschende etabliert und, indem die Menschen sie als solche reproduzieren, würde sie sich, der kritischen Fragen von außen beraubt, selber bestätigen.

Aus diesem Problem ergibt sich für uns die Pflicht aller Studierenden ihrem "subjektiven Unwohlsein" und ihren individuellen unmittelbaren Fragen Ausdruck zu verleihen. Nur so können Wissenschaft und Studium ständig neu befruchtet und aktualisiert und damit zur kreativen Potenz der Gesellschaft werden.

Wir müssen wieder den Mut finden, unsere Fragen unbefangen zu stellen.

Als Arbeitsfrage ergab sich folgendes wesentliches Problem: Wie kann zwischen unterschiedlichsten individuell geprägten Denkweisen und inhaltlichen Ansätzen Verständnis und Kommunikation entstehen?

Es wurde deutlich, daß wir Bedarf haben, an den Formen, den Möglichkeiten und dem Sinn kommunikativer

Zusammenarbeit intensiv weiterzuarbeiten. Es entstand die Vorstellung von einer "Ethik der Kommunikation". Den Inhalt dieses Begriffes gilt es erst noch wirklich zu entwickeln. Es ergab sich aber als erster Schritt die Forderung nach einer neuen "Ethik des Fragens".

II. DIE FRAGE NACH EINER NEUEN WISSENSCHAFT:

Unter diese Fragestellung lassen sich mehrere inhaltliche Schwerpunkte zusammenfassen. Wir untergliedern hier in eine anfängliche umfassende Kritik der Wissenschaft und des Begriffes "Wissenschaftlichkeit" (II a) und in die Arbeit an einem neuen Verständnis der Interdisziplinarität (II b)

II A. KRITIK DER WISSENSCHAFT. WAS IST WISSENSCHAFTLICH? WAS IST WAHR?

Was ist Wissenschaft/ wissenschaftlich?

Wissenschaft versucht, Wirklichkeit zu erkennen und zu beschreiben. Im Laufe der Diskussion wurde diese Formulierung präziser: Menschen versuchen, Wirklichkeit zu erkennen und zu beschreiben und ein Weg dorthin ist die Wissenschaft.

Wissenschaft, wie wir sie heute verstehen, entstand aus dem Bedürfnis nach möglichst gesicherten Erkenntnissen heraus. Es mußte ein Weg gefunden werden, Beobachtungen und Gedanken einzelner in ein Ganzes zu bringen. Es liegt auf der Hand, daß deshalb von vornherein festgelegt werden mußte, welche Beobachtungen und Gedanken bzw. welche Verknüpfungen derselben zu gesicherten Erkenntnissen führen (Das kleine Wörtchen "von vornherein" ist hierbei durchaus von Wichtigkeit!).

Welche Erkenntniswege beschreitet die Wissenschaft und welche schließt sie aus? Was untersucht sie und mit welchen Methoden?

Zunächst haben wir die Untersuchungskriterien v.a. der empirischen Wissenschaften zusammengetragen (z.Bsp. Objektivität, Reliabilität, Validität).

Nur Erkenntnisse, die durch Methoden gewonnen wurden, die diesen Kriterien genügen, gelten als gesichert. In unserer Diskussion traten in diesem Zusammenhang zwei Kritikpunkte auf.

Erstens: Die obengenannten Kriterien sollen sicherstellen, daß jeder zu jeder Zeit an jedem Ort zu den gleichen Ergebnissen kommt, sofern er die gleichen Bedingungen herstellen kann und zuverlässige Meßinstrumente besitzt. Wie steht es aber mit Bereichen, in denen gerade die Individualität des zu Beobachtenden oder des Beobachters zählt (Homöopathie, Psychotherapie usw.)?

Zweitens: Fast jede/r von uns hat direkt oder indirekt im Rahmen seines Studiums zu spüren bekommen, daß auch dort, wo durch ausgetüftelte Methoden jeder subjektive Einfluß ausgeschlossen werden soll, der/die Untersuchende der Untersuchung eine bestimmte Richtung gibt.

Die verschiedenen Werkzeuge zur Objektivitätssicherung wie zum Beispiel die der Statistik

können auch täuschend oder verschleiern sein. Denn die einfachste Antwort auf die Frage der sicheren Erkenntnis ist: Messen, Zählen, Wiegen.. Was nachzählbar ist, ist sicher. Es geht nicht darum, diese Methoden abzulehnen, sondern darauf hinzuweisen, daß sie heute oft für sich selbst stehen und eben auch nur darstellen, was meßbar und zählbar ist und weiter nichts. Wissenschaft darf sich nicht auf diese Schwundformen des Denkens beschränken.

Dadurch fehlen ihr zum Beispiel die Mittel, qualitative Eigenschaften wissenschaftlich zu fassen. Viele Studierende machen die Erfahrung einseitiger quantitativ-analytischer Orientierung im Studium. Ihre Fragen werden nicht beantwortet, weil sie nicht in wissenschaftliche Kategorien passen. Einige von uns berichteten allerdings auch über neue Forschungsansätze (z. Bsp. in der Soziologie) in diese Richtung.

Eine andere Frage war: Können/ sollen auch Intuition und/oder Emotion in die Wissenschaft integriert werden?

Es gab hier unterschiedliche Meinungen über die erstrebenswerte Zukunft: Muß die Wissenschaft breiter gefaßt werden oder bedarf es einer anderen Erkenntnisart, die neben der Wissenschaft steht?

Was diese beiden Fragen vereint, ist die Feststellung von in der Wissenschaft bestehenden Ausgrenzungen bestimmter Arten, Wirklichkeit zu betrachten.

Daß viele Studierende unzufrieden sind mit den Erklärungen, die die Wissenschaft bietet, liegt auch daran, daß zur Untersuchung komplexer Phänomene jeweils nur eine Bedingung in Abhängigkeit von einer anderen bei Konstanzhaltung der übrigen betrachtet wird. Ganz abgesehen von der Frage, wer die zu untersuchenden Phänomene festlegt und sich damit anmaßt zu definieren, welche Einzelphänomene entscheidend sind für die Erklärung des Ganzen, bleibt immer noch der Zweifel, ob es auf diese Weise überhaupt möglich ist, sich der komplexen Realität wirklich zu nähern. (Kann ich all mein isoliert gewonnenes physiologisches, anatomisches und entwicklungsbiologisches Einzelwissen so wieder zusammensetzen, daß ich den Phänomenen "Kuh" oder "Denken" damit gerecht werde?)

Wir sind nicht auf die Frage eingegangen, ob man die Wirklichkeit überhaupt erkennen kann. Aber wir wehren uns gegen die unkritische Ansicht in unserer Gesellschaft, die die Erkenntnisse der Wissenschaft mit der Realität gleichsetzt. Wissenschaft wird so zur einzigen legitimierte Institution der Wissensschaffung. Mag sein, daß die Wissenschaft selbst diesen Anspruch auf alleinige Vertretung der Wahrheit gar nicht hat - dies wäre sicher unwissenschaftlich - aber es gibt WissenschaftlerInnen, die diese privilegierte Stellung zu ihrem Vorteil nutzen, wie zum Beispiel in der Debatte um die Aufnahme der alternativen Heilmethoden in die Leistungen der Krankenkassen.

Damit sind wir an einen weiteren Diskussionspunkt gekommen: die Instrumentalisierung der Wissenschaft. Die auf den ersten Blick sichtbare Nutzung derselben zur Durchsetzung ökonomischer Interessen bis hin zum Mißbrauch ist dabei nur ein Aspekt. Die Verquickung von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft geht jedoch noch viel weiter. Während sich die Gesellschaft anscheinend an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert, ist vielmehr sie selbst diejenige, die festlegt, was erkennenswert ist.

Es ist nicht die Wissenschaft, die zur Herausbildung eines bestimmten Welt- und Menschenbildes führt, es liegt ihr immer ein bestimmtes Bild zugrunde. Sowohl räumlich als auch zeitlich, für Natur- wie für Geisteswissenschaften ist die kulturelle Gebundenheit der Wissenschaft klar erkennbar; und zwar sowohl in ihren Zielen als auch in ihren Methoden. Das heißt: Der Wissenschaft liegen

außerwissenschaftliche Voraussetzungen zugrunde. Es ist der Wissenschaft also schlechterdings unmöglich, andere Menschenbilder, andere Denkformen und auf anderen grundlegenden Annahmen fußende Erkenntniswege zu beurteilen, weil sie selbst auf einem Fundament gegründet ist, das sich ihren Untersuchungen entzieht. Wirkliche WissenschaftlerInnen tun dies auch gar nicht, weil sie um ihre Gültigkeitsgrenzen wissen. Aber in der heutigen Zeit, in der an Wissenschaft geglaubt wird wie früher an Gott, wird Wissenschaft zum Instrument für die Diskriminierung bestimmter Denkweisen. Wem nützt denn zum Beispiel die Favorisierung der empirisch-positivistischen Wissenschaftsauffassung oder der kausalistischen Denkweise? Wir hatten uns zunächst gefragt, ob Wissenschaft wertfrei ist und ob sie verantwortungsvoll sein kann. Im Laufe der Diskussion ist uns jedoch klargeworden, daß sie ein Werkzeug ist. Die Frage würde also anders gestellt werden müssen, denn nicht das Werkzeug, sondern nur wer es benutzt, ist in der Lage zu handeln.

Somit sind wir von einer kritischen Betrachtung der Wissenschaft auf eine kritische Betrachtung der Gesellschaft gekommen.

Wir haben weder eine genaue Vorstellung davon, wie eine neue Wissenschaft aussehen müßte, noch ein neues Gesellschaftsmodell. Was uns aber klar vor Augen steht, ist die Notwendigkeit, aus dem bestehenden geschlossenen Kreis der gegenseitigen Rechtfertigung von gegenwärtiger Wissenschaft und bestehender Gesellschaft herauszukommen, der zu einer Starre führt, die viele in unserer Arbeitsgruppe als eines der eigentlichen Probleme (auch des universitären Studienalltags!) empfanden.

Wir wollen weder nur einige kleine Verbesserungen im Unbetrieb (die brauchen wir natürlich auch), noch wollen wir alles Bestehende abschaffen, um Neues hinzusetzen. Das hieße, vor der Statik, die die Gesellschaft auch mit Hilfe der Wissenschaft für sich in Anspruch nimmt, zu kapitulieren. Wir wollen ganz im Kleinen und damit ganz im Großen anfangen. Wir müssen zunächst selbst nach den Grenzen und Grundlagen für die Methoden, Denkweisen und Gegenstände der Wissenschaft suchen und uns fragen, woher diese stammen. Keine Methode, keine wissenschaftliche Autorität, kein Denkmuster sollte uns zu heilig sein, um sie zu hinterfragen.

Vor diesem Hintergrund formulierten wir unsere Forderung:

Wir fordern, daß sich die Wissenschaft hinterfragt und legitimiert in Bezug auf die Grenzen ihrer

- Denkformen
- Methoden
- Gegenstände

und dies Studieninhalt in allen Fächern wird.

II B. FRAGEN ZUR INTERDISZIPLINARITÄT.

Dieser Punkt knüpft inhaltlich an die beiden vorigen an. Ausgangspunkt für diesen Themenkomplex waren folgende drei Fragen:

- Kann das sich heute immer stärker durchsetzende Prinzip der Spezialisierung (welches sowohl in der Aufgliederung der Gesamtwissenschaft in immer kleinere Einzeldisziplinen, als auch in dem detailorientierten Analysegedanken als solchem liegt) uns der Wirklichkeit des Gesamtgegenstandes überhaupt näherbringen?

- Besteht ein Widerspruch zwischen diesem Speziesentum und der Verantwortungsfähigkeit, die ja nur auf dem Einblick in ein möglichst umfassendes Bezugssystem und Ganzheiten begründet werden kann.

- Welche Rolle kommt den Geisteswissenschaften heute noch zu ? Was tragen sie zur Wirklichkeit bei? Welche gesellschaftliche Aufgabe könnte ihnen zukommen?

In der daran anschließenden Diskussion bemerkten wir schnell den Bedarf, den Interdisziplinaritätsbegriff neu zu bestimmen.

Das bloße Nebeneinanderstellen der Ergebnisse spezialisierter Forschungsbereiche im Gespräch, löst nämlich die oben genannten Fragen nicht. Die Formel, daß das Ganze mehr sei als die Summe seiner Teile drängte sich uns im Fortgang der Diskussion mit der ganzen ihr inneliegenden Brisanz auf. Denn wenn den Einzeldisziplinen ein gemeinsames Ganzes zu Grunde liegt - und unsere Welt ist doch ein zusammenhängendes Ganzes - so muß dieses in ihnen wieder aufzuspielen sein. Daß dieses "Aufspüren" mit den derzeitigen wissenschaftlichen Methoden nicht zu leisten ist, wurde uns als Problem sehr deutlich. Klar schien uns, daß das nicht einfach in der kommunikativen Zusammenarbeit der Spezialisten möglich ist, nicht organisierbar ist, schon gar nicht als einfacher Gesprächstermin des Mikrobiologen mit dem Philosophen. Vielmehr müssen hierfür ganz neue Formen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, des Gespräches sowie des Denkens entwickelt werden. Es scheint darum zu gehen, etwas ganz anderes, einen neuen Begriff von ineinandergreifender, integrativer Wissenschaft zu entwickeln. Vielleicht muß nicht nur jede Einzeldisziplin in ein Ganzes eingeordnet werden, sondern auch umgekehrt das Wesen des Ganzen in jeder Einzeldisziplin zum Leben erweckt und aufgespielt werden. Was aber ist dieses "Ganze", dieses integrierende Moment? An dieser Stelle muß eine Weiterarbeit ansetzen, in unserer Diskussion sind wir zunächst nur bis zu diesem Punkt vorgedrungen. Der Begriff Interdisziplinarität scheint uns jedenfalls nicht weit genug zu greifen, da er eine innere Einheit der Wissenschaft eben nicht beschreibt. Würde an dieser Stelle vielleicht der Begriff "Universität" von seinem Sinn her viel zutreffender sein?

Jedenfalls fassten wir in den Begriff einer neuen Wissenschaft den ständigen Austausch zwischen Studierenden und ProfessorInnen und die ausdrückliche Berücksichtigung der Fragen der Studierendenschaft. Denn diese kommen an die Universität, um sich selbständig in die Wissenschaft hineinzustellen und haben somit ein Recht, auch ihre ursprüngliche Impulse in das wissenschaftliche Gespräch miteinzubringen, solange sie diese noch haben und noch nicht auf die Vorgehensweisen und Fragestellungen des Bestehenden gedrillt wurden. Woher sonst sollen die wirklichen neuen Impulse kommen, wenn nicht aus den nachrückenden Generationen?

Eine solche neue Wissenschaft würde sowohl das Rollenverhältnis zwischen Geistes- und Naturwissenschaft neu bestimmen als auch den Fragen der Ethik und Verantwortungsfähigkeit eine Grundlage geben.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß die vorangegangenen Ausführungen sehr weit greifen und den Charakter einer Vision tragen. Die Arbeit, diese Gedanken auf den Boden eines realistischen Entwurfes zu bringen, steht uns noch bevor. Der Bedarf an einem solchen erneuerten Wissenschaftsbegriff ist uns in dieser Diskussion jedoch deutlich geworden.

III. ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSION

- Forderungen an Studierende, Lehrende, Politiker stellen
- Offenlegung wissenschaftlicher Strukturen

-Befragung, Kritisierbarkeit wissenschaftlicher Strukturen

-Kritik an der Instrumentalisierbarkeit aufgrund paradigmatischer Beschränkungen

-Kritik an der Funktionalisierung der Wissenschaft

-Erweiterung wissenschaftlicher Paradigmen um alternative Denkformen

-Selbstreflexives Potential stärken, Emanzipation von bestehenden Zwängen

-Behandeln anderer gedanklicher Systeme im Studium

IV. WEITERFÜHRENDE FRAGEN / WEITERARBEIT

- Kriterien und Grenzen der Wissenschaft

- Rolle der Subjektivität / Intersubjektivität ?

- Welche Rolle spielt Intuition und Emotionalität im Erkenntnisprozeß

- Kann man die Wissenschaft erweitern oder ist ein ganz anderer Zugang notwendig ?

- Welche anderen Formen des Denkens gibt es?

Wir haben uns als Arbeitsgruppe erst im Rahmen dieses Kongresses zusammengefunden, was vielleicht auch entschuldigt, daß so manches hier formulierte noch nicht ausgereift ist. Wir werden jedoch weiter an diesen Themen arbeiten. Wer daran Interesse hat oder Fragen zu diesem Text, wende sich an:

Hendrik Naumann, e-mail: hutubaca@sp.zrz.tu-berlin.de

Alena Langner u. Florian Leiber, Cantianstr. 20, 10437 Berlin, Tel.:030 - 449 56 91

Verantwortlich für diesen Text sind Urte Riggers, Alena Langner und Florian Leiber.



Oldenburg, den 13.01.1998

Moin Moin !

Gerädert und noch immer von dem ganzen Kaffe aufgeputscht sind wir versucht, um ein Fazit den BuG zu ringen.

Schon kommen uns die ersten Unkenrufe zu Ohren, die ganze Veranstaltung sei nichts gewesen als ein schlechter Witz, man/frau sei zu keiner Einigung, zu keinem Ergebnis gekommen. Auch uns ging es dort in Berlin manchmal so, daß wir am liebsten alles hingeschmissen hätten, und mal ehrlich: Nach dem „Reformstau ‘97“ hätte der „Diskussionsstau“ gute Chancen, zum Unwort des Jahres 1998 zu geraten. Naja, schließlich hat ein Stau immerhin die Möglichkeit, sich nach und nach aufzulösen. Also keine große Zeit damit verschenken zu beklagen, was auf diesem Kongreß alles nicht geklappt hat, sondern weiter nach vorne schauen - ohne das Hinten zu vergessen!

Hey Leute, dieser Kongreß war ein Anfang, welcher in den Köpfen von uns allen schon längst hätte beginnen sollen. Wer erwartet hatte, daß dieser eine Kongreß alleine die Antwort auf alle unsere Fragen und Forderungen liefert, hätte zu Hause bleiben sollen, um sich an der einzig wahren Antwort zu laben, welche eh "42" lautet.

Als solcher Anfang war dieser Kongreß ein Erfolg, denn: Die Arbeit in den einzelnen AGs war produktiv; kein Studi wird es sich in den Kontroversen leicht gemacht haben; trotz aller Frustration - die sich schließlich nicht weg diskutieren läßt - war es eine wahrlich bringige Zeit!

Klar, es ist nicht alles Gold was glänzt, aber einige Schätze sind in diesen Tagen sicherlich entdeckt und gehoben worden, so daß man/frau auf den Reader gespannt sein darf. Dieser BuG kann und sollte als Basis für weitere Diskussionen anerkannt und konsequent fortgesetzt werden. Nach einer langen Zeit der Lethargie haben wir nun die Möglichkeit, wieder so etwas wie eine neue Bewegung ins Leben zu rufen. Diese sollte auch über die Zeit der Proteste hinweg existieren: Dem ersten BuG müssen weitere folgen, langfristige Strukturen bedacht und erschaffen werden.

Wir sind aber auch schrotten genervt, wenn wir an einige Situationen und auch Studis dieses Kongresses denken. Deren Diskussionsverhalten war unter aller sau/eber, es hat so manche Veranstaltung zur Farce werden lassen. Wie kann ich Produktivität erwarten und verlangen, aber bei jeder sich bietenden Gelegenheit dem/der DiskussionspartnerIn verbal zwischen die Beine treten? Es herrscht ja wohl allgemeiner Konsens darüber, daß Diskussion ergebnisorientierter Streit bedeutet. Streiten heißt NICHT, mundtot zu machen und seine Profilierungsgeilheit auszuleben.

Wollten wir uns nicht abheben von z.B. den PolitikerInnen, deren Geschwafel häufig die Schmerzgrenze übersteigt? Haben etwa einige von uns vor, als deren Spiegelbild in ihre Fußstapfen zu steigen? In diesem Zusammenhang ein herzliches „Danke“ an die ModeratorInnen, welche wohl nicht nur in der Oberthemengruppe F häufig genug Anlaß hatten, den Kopf zu schütteln, zu verzweifeln, aber trotzdem weitermachten - Respekt!

Festzustellen bleibt allerdings, daß ein solcher Kongreß nicht an der Unlösbarkeit der Frage scheitern sollte, ob wir zum Ziel haben, die Zustände in dieser Gesellschaft oder die Gesellschaft an sich verändern zu wollen. Aber läßt sich ein Gesellschaftsbild verändern, welches ständig auf der Suche nach sich selbst ist? In ständigen Paradigmenwechseln auf der Suche nach Identifizierungen. Ein Universum an manifesten Angeboten zwischen individuell-freiwilligen Massenclonen der Love-Parades, NordpolwanderInnen, Dread-Queen-Meisterschaften, KanalschwimmerInnen, YogameisterInnen, Indi-Charts, WagenburglerInnen, DoktorandInnenkolloquien, Burschenschaften, schwarzen Blöcken, James Last Fanclubs, Halfepipe-Freaks, ÜberraschungseisammlerInnen, Eunuchen, RodeoreiterInnen, etc..

Die Identitäten der Individualität. Zerbrechen wir uns nicht weiter den Kopf über die Vielfalt der Phänomene, sondern finden wir uns mit ihr ab.

Wenn auch die Komplexität und Fülle des Kongreßprogrammes uns vor einige Schwierigkeiten stellte, es eventuell auch einige Punkte der Kritik bietet, war es dennoch gerechtfertigt.

Fazit: Der Protest an unseren Universitäten muß weitergehen, laßt uns weitermachen und weiterlernen -

in welcher Form auch immer!

Diese Gesellschaft (also auch wir!) haben es nicht anders verdient!!!

Gruß: Krischan Dörge, Klaus Schleuter
(C.v.O. Uni Oldenburg)

POLITISCHES MANDAT - ZWISCHEN FREMDBESTIMMUNG UND SELBSTBESTIMMUNG

Die verfaßten StudentInnenschaften sind gesetzlich festgelegte Selbstverwaltungsorgane, die die Interessen der StudentInnen vertreten sollen. Aber wie weit gehen diese Selbstverwaltungsrechte der StudentInnenschaften? Die herrschende Verwaltungsrechtslehre, begründet immer noch auf den Lehren von E. Forsthoff, Verwaltungsrechtler schon im Faschismus, sieht in den eingeräumten Selbstverwaltungsrechten in erster Linie nicht Partipationsrechte der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane gegenüber der Gesellschaft, sondern die Steigerung der Effizienz der Staatsverwaltung. In gewisser Weise kann der Staat auf diese Weise den Willen der StudentInnen zu hochschulpolitischen Fragestellungen abfragen, diszipliniert diese aber auch durch gesetzliche und juristische Vorgaben. So wird den Selbstverwaltungsorganen ein enger struktureller und kompetenzrechtlicher Rahmen vorgegeben.

DAS RINGEN UM DEMOKRATIE

Bis tief in die 70er Jahre wurden in den verschiedenen verfaßten StudentInnenschaften verschiedene demokratische Partizipationsmodelle praktiziert: So wurden z.B. in den ersten Nachkriegsjahren an der Uni Münster die AStA-ReferentInnen direkt gewählt - damals noch unter konservativer Vorherrschaft; ein Organ wie das heutige StudentInnenparlament war noch nicht eingerichtet. Später wurde ein Parlament mit einzelnen Wahlkreisen favorisiert, d.h. den einzelnen Fakultäten standen jeweils mehrere Parlamentssitze zu, die in fakultätsinternen Wahlen mit StudentInnen der jeweiligen Fakultäten besetzt wurden. Mit der StudentInnenbewegung Ende der 60er Jahre übernahmen linke StudentInnenverbände wie z.B. der SDS die Verantwortung in den StudentInnenschaften: Seitdem wurden die Formen der demokratischen Legitimation über Vollversammlungen bevorzugt. So wurden die FachschaftsvertreterInnen nicht durch Urnenwahlen, sondern durch den politischen Diskurs auf den Vollversammlungen mit anschließender Wahl dieser legitimiert. Mit der Einführung des Hochschulrahmengesetzes Ende der 70er Jahre und der Umsetzung in Landeshochschulgesetzen wurden die demokratischen Legitimationswege innerhalb der StudentInnenschaften durch Festlegung auf die parlamentarische Demokratie kanalisiert.

Aber auch inhaltlich beanspruchten die bis Ende der 60er Jahre konservativ dominierten StudentInnenschaften jegliche Kompetenzen: So wurden (nicht hochschulbezogene) Fackelzüge zur Wiedervereinigung etc. durchgeführt und Stellung zu allen möglichen politischen Fragen in den Publikationen der StudentInnenschaften bezogen. Erst mit dem Machtverlust klagten konservative StudentInnen gegen die jetzt links dominierten StudentInnenschaften - die damalige politische Landschaft ließ die konservativen HobbypolitikerInnen nicht auf einen politischen Wechsel innerhalb der StudentInnenschaften hoffen - wegen rechtswidriger Wahrnehmung des "allgemeinpolitischen Mandats". Dieser Rechtsstreit wurde in seiner ersten Runde 1977 mit dem Verbot des politischen Mandats durch das Bundesverwaltungsgericht beendet.

PARLAMENTE ÜBER ALLES?

Das Hochschulrahmengesetz ermöglicht den Bundesländern die Einführung der verfaßten StudentInnenschaften. Alle Bundesländer - bis auf Bayern und Baden-Württemberg - haben diese auch eingeführt. In den fest Landeshochschulgesetzen sind die Strukturen und Kompetenzen festgelegt. Ich werde diese am Beispiel Nordrhein-Westfalens aufzeigen:

Die nordrhein-westfälischen Hochschulgesetze - wie die meisten anderen Hochschulgesetze auch - legen die StudentInnenschaften auf ein parlamentarisches System fest. Höchstes beschlußfassendes Gremium ist das StudentInnenparlament (StuPa) und ausführendes Organ ist der Allgemeine StudentInnenausschuß (AStA). Gewählt wird nach der Verhältniswahl mit Komponenten der Personenwahl. Eine Selbstbestimmung der StudentInnenschaften auf struktureller Ebene wird verhindert. So wird den StudentInnenschaften z.B. eine rätedemokratische Legitimation oder eine direkte Legitimation durch Vollversammlungen der studentischen VertreterInnen durch oben genannte gesetzliche Vorgaben verwehrt.

Aber auch eine direkte Partizipation der StudentInnen an einzelnen politischen Fragen ist im Endeffekt unmöglich gemacht worden: Ein breiter Diskurs über einzelne politische Fragen außerhalb der Organe (StuPa und AStA) als beschlußfassender Disput durch z.B. Vollversammlungen oder einzelnen Urnenabstimmungen ist fast unmöglich. Die Gesetzeslage setzt sehr hohe "Ansprüche" an eine Urabstimmung. So müssen, ehe diese überhaupt als bindende Abstimmung durchgeführt werden darf, 10% aller StudentInnen diese beantragt haben (Für Münster: 4500 Unterschriften) und dann ist sie auch nur bindend, falls 30% aller (!) StudentInnen (Münster: 13500 Ja-Stimmen) für diesen Komplex gestimmt haben. Eine Rechtsgrundlage für eine Partizipation am politischen Disput durch Vollversammlungen ist erst gar nicht vorgesehen. Eine "Verbindlichkeit" für Vollversammlungsbeschlüsse werden durch Selbstverpflichtungen der AStA-tragenden Koalitionen hergestellt.

Eine strukturelle Selbstbestimmung wird vom Gesetzgeber also nicht eingeräumt.

IM SPIEß-BÜRGERLICHEN MÜNSTER FING ALLES AN

Aber auch auf der inhaltlichen Ebene werden den Selbstverwaltungsorganen verwaltungsrechtliche Vorgaben gemacht. So seien nur "unmittelbar und spezifisch hochschulbezogene Äußerungen, Stellungnahmen und Forderungen" der Organe der StudentInnenschaften legal. Aus der sog. Zwangsmitgliedschaft leitet die Verwaltungslehre eine hochschulpolitische Bindung der politischen Inhalte und der fiskalischen Aufwendungen der StudentInnenschaften her. Eine darüber hinaus gehende

politische Betätigung verletze den/die StudentIn in ihrem/seinem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG).

In diesem Punkt währt seit 1994 die zweite und verschärfte Runde zwischen einzelnen rechtskonservativen Student(Inn)en und den StudentInnenschaften vor den Gerichten um das politische Mandat. Mangels politischer Perspektiven auf Seiten der konservativen Student(Inn)enverbände - seit 1968 sind ihre Möglichkeiten der Machtausübung aus den ASten heraus marginal - wird auf diesem Wege linke emanzipative Politik aus den ASten und Fachschaften heraus torpediert. Begonnen hat alles in Münster: Seit 1994 klagt hier der "Querulant" René Schneider: Im September hat er eine einstweilige Verfügung gegen den münsteraner Uni-AStA durchbekommen und schüttet seitdem diesen AStA mit Folgeverfahren (bis jetzt über 20 Verfahren in dreieinhalb Jahren) zu. Andere Student(Inn)en haben in Bonn, Wuppertal, Marburg, Gießen, Bremen, Potsdam und an der FU Berlin Maulkörbe gegen ihre ASten durchgesetzt.

Gerade in Münster sind hierdurch interessante Stilblüten entstanden: So sei ein StuPa-Beschluß, der im Mai 1995 die Kriegspropaganda des türkischen Fernsehsenders verurteilte, da diese das Zusammenleben der türkischen und kurdischen StudentInnen störe, keine Hochschulpolitik. Nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts sei dies "Allgemeinpolitik mit hochschulpolitischem Mäntelchen" und nicht "real". Im letzten Sommer verbot das OVG der Fachschaft Geschichte sogar die "inhaltlich-wertende" Auseinandersetzung mit den Studieninhalten: Die Fachschaft hatte kommunistische ZeitzeugInnen des Faschismus eingeladen, um Geschichte direkt erfahrbar zu machen. Nach Auffassung des OVGs reiche es, wenn die Fachschaft

Eingaben über Wünsche und Hoffnungen die Lehrinhalte betreffend an die universitären Gremien tätige.

In Münster ist es jetzt soweit, daß in erster Instanz - die zweite folgt aber natürlich noch... - die Klage im Hauptverfahren abgelehnt wurde, da René Schneider kein Ausbildungsziel mehr verfolge, sondern freiwillig immatrikuliert sei, um gegen den AStA zu klagen. Aber ohne Zwangsmitgliedschaft keine Klagebefugnis!

Wie deutlich wird: Dieses rechtliche Konstrukt ermöglicht es der politischen Opposition mangels Politikbestimmung auf demokratischem Wege, als Individuum entgegen allen demokratischen Regeln demokratisch legitimierte Politik zu verhindern.

"Das Verbot politischer Meinungsäußerungen läuft im Ergebnis [aber auch] darauf hinaus, daß nur ein bestimmtes inhaltliches Spektrum an Hochschulpolitik erlaubt ist: Eine Hochschulpolitik z.B., die einen Zusammenhang zwischen Bafög-Kürzungen und der Benachteiligung von Frauen an der Hochschule einerseits und gesamtgesellschaftlichen Sozialabbau und Sexismus oder - auf einer allgemeineren Ebene - den Folgen einer kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft andererseits erkennt, wäre verboten. Eine Hochschulpolitik aber, die diese Zusammenhänge leugnet, ist erlaubt."

Deshalb müssen die politischen Inhalte von den StudentInnen auf demokratischem Wege und nicht durch Gerichte und einzelne durchgeknallte Student(Inn)en bestimmt werden. Das politische Mandat muß her!

Für eine wirkliche Selbstbestimmung der studentischen Selbstverwaltung in politischer und struktureller Hinsicht:

Für Satzungs- und Finanzautonomie und das politische Mandat für die VSen!

10,000 MARK ORDNUNGSSTRAFE FÜR AStA

Im Rahmen der bundesweit laufenden Klagekampagne gegen ASten, denen nach landläufiger Meinung das Etikett "links" zu tragen gebührt, gibt es Neuigkeiten. Während der Semesterferien flatterten den Studierendenschaften der Universitäten Gießen und Marburg verwaltungsgerichtliche Urteile ins Haus, die sie zur Zahlung von Geldstrafen, Ordnungsgelder genannt, in Höhe von 10 und 9 TDM verpflichteten. Geklagt hatte in Gießen der für den RCDS im Studierendenparlament sitzende Burschschafter Martin Engelmann, in Marburg der Republikaner Eike Erdel.

Gegenstand ihrer Klagen waren typisch linke Vorzeigeobjekte: in Marburg zwei Artikel im AStA-Info, z.B. über die Castor-Transporte, und in Gießen die Entsendung und Unterstützung einer Delegation zu den 14. Weltjugendfestspielen in Havanna.

Gerade an letzterem Prozeß wird der politische Charakter offenbar: Das in erster Instanz zuständige Verwaltungsgericht Gießen war noch bereit anzuerkennen, daß der volle und korrekte Name der Weltjugendfestspiele "Weltfestspiele der Jugend und Studierenden" ist. Es folgte der Argumentation des AStA, daß es sich bei der Fahrt lediglich um die ihm per Gesetz ausdrücklich zur Aufgabe gemachte Pflege internationaler studentischer Beziehungen handele und wies die Klage ab.

Von der Schlappe offensichtlich verwirrt, fiel dem Anwalt des Klägers in der Berufung nichts besseres ein, als sich in diffuser Kommunistenhatz zu ergehen. Da wurden Artikel aus Münsteraner Stadtzeitungen und Berichte aus der Süddeutschen zu Beweismitteln. Am schlagendsten war jedoch die Tatsache, daß die letzten Reste der FDJ angekündigt hatten, mit einer DDR-Fahne in Kuba

einzuziehen. Der Gießener AStA sah dem Verfahren angesichts dieser gesammelten Absurditäten und der deutlichen erstinstanzlichen Entscheidung gelassen entgegen, hatte die Rechnung jedoch ohne die Richter des Kasseler Verwaltungsgerichtshofes gemacht. Diese nämlich waren sich des massiven Angriffes auf Verfassung und freiheitlich demokratische Grundordnung wohl bewußt und standen bereit, ihn mit vereinten Kräften zurückzuschlagen. Nach angestrebter Suche fanden sie schließlich die "allgemeinpolitische" Äußerung die sie so dringend benötigten. In einem Nebensatz des Antrages zur Genehmigung der Delegation im StudentInnenparlament offenbarte sich die Zwangskörperschaft und griff erbarmungslos in die Grundrechte des Klägers ein. Nicht etwa indem sie sich gegen das Embargo der USA aussprach oder etwa Fidel zum sozialistische Führer der bekannten Welt ausrief, nein der AStA hatte sich zu der Feststellung hinreißen lassen, daß die Weltfestspiele "im Dienste der Völkerverständigung und der internationalen Verständigung unter Jugendlichen" stünden. Klar, daß diese ungeheuerliche Entgleisung der geballten Härte der Justiz bedurfte. Folgerichtig verurteilte das Gericht den AStA zu einem Ordnungsgeld in Höhe von 10 TDM, das höchste, das bisher verhängt wurde. Abenteuerlich, jedoch nicht abenteuerlicher als die gesamte Konstruktion des ausschließlich hochschulpolitischen Mandates der ASten, die so tut, als könne man die Hochschulen losgelöst von jeder gesellschaftlichen Entwicklung betrachten.

So ist es schließlich auch egal, ob die Fahrt nach Kuba durch das sogenannte "hochschulpolitische Mandat" gedeckt ist oder nicht. Wichtig ist allein, welchen Zweck die

herrschende Rechtsprechung verfolgt. Ihr Ziel ist es, gesellschaftskritische Diskurse innerhalb der Studierendenschaft zu kriminalisieren und so kritisches Bewußtsein zu verhindern, bevor es überhaupt entstehen kann. Hätte der AStA zur Butterfahrt nach Königsberg geladen, so wäre er wahrscheinlich kostengünstiger davon gekommen.

Daran wird auch das neue rot-grüne Hessische Hochschulgesetz, entgegen aller Beteuerungen, nichts ändern. Die Landesregierung ist noch nicht einmal zu einem halbherzigen Bekenntnis zum politischen Mandat bereit, da wird schulterzuckend auf die Rechtsprechung des

Bundesverfassungsgerichtes verwiesen, die einem die Gesetze nun mal diktiert. Dieser vorausseilende Gehorsam ist aber auch der verhaltenen gesellschaftlichen Reaktion auf die Klagewelle zu eigen: keine Richterschele seitens der Politik wie seinerzeit bei dem Urteil zum Tucholsky-Zitat und es marschieren auch keine Münchner Marktfrauen auf die Feldherrenhalle wie damals, als die Karlsruher Richter in Bayern die Kuzifixe abhängen ließen. Aber was soll man in einer Situation erwarten, in der es einerseits fast zu Massenprotesten kommt, weil Erstkläßler Philosophen mit "f" schreiben sollen und gleichzeitig der "große Lauschangriff" als Triumph des Rechtsstaates gefeiert wird.

So bleibt uns abschließend nur zweierlei festzustellen:

Die Trennung von hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Mandat ist und bleibt eine künstliche.

Das Auge des Gesetzes sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse.

Protest-Streik-Uni Gießen
Proteststreik der Justus-Liebig-Universität gegen Bildungs- und Sozialabbau
 An Öffentlichkeitarbeit der Streikenden Studierenden der JLU - u/o AStA der JLU, Jürgen-Blocher-Haus, Otto-Behnenhof-Str. 25d
 36034 Gießen - tel: 0641-43622 /-301488-0 /-2 - fax 0641/47113
<http://www.stud.uni-giessen.de/asta/protest/>

Gießen, 21.11.97
21.30 Uhr

Bundesweiter Streikaufruf

Die Justus-Liebig-Universität-Gießen streikt seit dem 29.10.1997 gegen den bundesweiten Bildungs- und Sozialabbau. FH-Gießen, Uni Marburg, Uni und FH Frankfurt, GH Kassel, TU und FH Darmstadt, FH Wiesbaden, PH und AfH Köln, FH Wiesbaden-Rüsselsheim/-Geisenheim, Uni-Regensburg (FB Pädagogik) Uni Koblenz-Landau, EWF Kiel, Uni Bonn, FH Fulda, Uni München mit drei Fachschaften (Anglistik, Philosophie und Geschichte) FU Berlin haben sich dem Streik bereits angeschlossen. Weitere Hochschulen haben in diesen Tagen VV's:

- Uni Heidelberg (Fr 21.11.)
- Uni Trier (Mo 24.11.)
- Uni Regensburg (Mo 24.11.)
- Uni Köln, Phil-Fak (Mo 24.11., 13 Uhr)
- Uni Köln gesamt (25.11.) *(in Planung)*
- FH Köln (24.11.)
- Uni Kiel Gesamt VV (Mo 24.11.)
- Uni-GH Duisburg (Di 25.11.)
- Uni Göttingen (Di 25.11.)
- Uni Bochum (25.11.)
- Humboldt-Uni-Berlin (Mi 26.11.)
- Uni Mainz (26.11.)
- Uni GH Essen (26.11.)
- Uni Oldenburg (26.11., 14 Uhr)
- Uni Würzburg (Mi 26.11.)
- Uni Düsseldorf (26.11.)
- Uni GH Wuppertal (27.11.)
- FH Krefeld (27.11.)
- Uni Hamburg (Mo 01.12.)
- Uni Münster (2.12.)
- Uni Dortmund (3.12.)
- Uni Bielefeld (Warnstreik am 3.12.)

Wir haben jetzt die einmalige Chance, aktiv in die Bundes- und Landespolitik einzugreifen. Je mehr Hochschulen sich dem Streik und der Demo anschließen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, politischen Erfolg zu haben.

Bundesweite Demo in Bonn
27.11.1997
12.05 Uhr

*bundesweites Vorbereitungstreffen 23.11. 17:00
 AStA Uni Köln
 Informiert von
 CW-Fak. 3*

Kurzfristige Veränderungen oder Zusagen müssen in einem gesetzlichen Rahmen verankert werden. Die Novellierung des HRG wurde diskutiert und es existiert ein Entwurf des Bundes-, Zukunftsministeriums. Dieser Entwurf enthält weder das Verbot von allgemeinen Studiengebühren noch eine Garantie für verfaßte Studierendenschaften. Die BAföG-Novelle garantiert nicht das Studium unabhängig von sozialer Herkunft. Diese Bundesrahmengesetzgebungen können wir nur zusammen, bundesweit, erfolgreich bekämpfen und nach unseren Vorstellungen verändern. Der Druck auf die Landesregierungen muß erhöht werden, damit sie der HRG-Novelle solange nicht zustimmen, bis die genannten Punkte aufgenommen werden.

Organisiert Euch!
Streikt!

Solidarisch, Rabe

V.i.S.d.P.: AG Öffentlichkeit der streikenden Studierenden der JLU Gießen

STREIK OHNE ASTA UND STUPA

Nachdem im Oktober die Uni Gießen aufgrund der Bildungsmisere in Deutschland in den Ausstand getreten war, schlossen sich im Laufe der Tage und Wochen immer mehr Hochschulen diesem Beispiel an und streikten. Am 25.11.1997 rief der AStA der UGH Duisburg eine Gesamtvollversammlung ein, um auch die Duisburger Studis zu einem Protest zu bewegen. Die GVV entschied schließlich mit überragender Mehrheit einen Streik, so daß die Universität GH Duisburg die 20. Hochschule überhaupt und erste Ruhrgebietshochschule war, die sich der Protestbewegung anschloß. Nach der Versammlung bildeten sich spontan Arbeitskreise um den Protest inhaltlich auszufüllen. Die ersten Störungen von Vorlesungen begannen sofort und am Abend war der L-Bereich komplett besetzt. Andere Studis schlossen sich dem Arbeitskreis Gegenuni an, der Alternativ-Seminare im Bahnhof, im Rathaus und auf dem Weihnachtsmarkt anbot. Der wichtigste AK jedoch war der AK Verpflegung, der für das leibliche Wohl der Streikenden sorgte. Neben den Aktionen rund um den Campus standen aber noch andere Aktivitäten auf den Wochenplänen:

So etwa die erste Großdemo in Bonn am 27.11., an der etwa 1000 Duisburger Studierende teilnahmen oder die Aktionen beim Fußballspiel des MSV gegen Hetha-BSC; bei dem Feuerspucker und andere begeisterte DemonstrantInnen mit Transparenten und Flugblättern auf ihre Situation aufmerksam machten. Den Höhepunkt setzte am ersten Streikwochenende die Aktion des AK Les Miserables, der vor dem Musical die Besucher informierte und wiederum mit spektakulären Feuerspuckaktionen zur gedanklichen Auseinandersetzung mit dem Bildungsabbau in der BRD animieren wollte.

Die zweite Streikwoche war geprägt durch den medienwirksamen Protestzug von der Uni zur `Brücke der Solidarität` am Montag den 01.12.1997, an der u. a. auch Rektor Eberhard teilnahm; merkwürdiger Weise jedoch nur einige 100 Meter. Denn nachdem er ein Presseinterview gab, indem er sich mit den Studis solidarisch erklärte, verschwand er im M-Bereich der Universität und ließ die Streikenden allein zur Brücke laufen. Erfreulich war, daß sich nicht nur ca. 1000 Studis, sondern auch einige SchülerInnen dem Protestzug anschlossen, der sogar stückweit über den Weihnachtsmarkt führte. Am Mittwoch den 03.12.1997 votierten die Duisburger auf der GVV, an der ca. 1850 Personen - in einem total überfüllten Audimax - teilnahmen, mit Zweidrittel Mehrheit weiter für Streik. Dieses Ergebnis stand jedoch erst nach einer über drei Stunden dauernden Debatte fest, da sich die Mathematiker gegen einen Streik aussprachen. Auch in den Reihen der Wirtschaftswissenschaftler gingen schon die Meinungen auseinander, da man anscheinend die interessanten Vorlesungen vermißte. Eines der Argumente für die Entscheidung brachte Pascal Beucker unter Beifall zum Ausdruck: "Es wäre ein fatales Zeichen, jetzt aufzuhören." Statt nach einer Woche klein beizugeben, gehe es jetzt vielmehr darum, den Druck auf die Politiker in Bonn und Düsseldorf zu erhöhen. Nachdem der Streik nun beschlossene Sache war, riefen die Moderatoren noch zur Teilnahme an der am Donnerstag stattfindenden Demo in Düsseldorf auf, an der wiederum 1000 Duisburger teilnahmen.

Am Montag den 8.12.1997 fand in Duisburg die Landesrektorenkonferenz statt, auf der Rektor Eberhard seine Solidarität nochmals verkündete. Die Rektoren der

Hochschulen sprachen sich als Positivum einhellig gegen Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation aus. Am darauffolgenden Tag bezogen die Streikenden zu der Erklärung der LRK Stellung und beschlossen gleichzeitig weiter zu streiken. Dieser Beschluß, der die Fachbereiche unter einander, aufgrund ihrer verschiedenen Meinung zur Art des Protests, noch weiter spaltete, sollte nicht lange Bestand haben, da die Frage des `Wie` offenblieb. Darüber entschied die GVV am Mittwoch den 10.12.1997 mit Mehrheit: Der Beschluß lautete, den L-Bereich wieder zu öffnen. Somit war der Streik faktisch beendet, denn ohne die Besetzung hatten die Streikenden nun gar kein Druckmittel mehr.

Eine neue GVV wurde angesetzt für den 19.12., zu der es jedoch nicht gekommen ist:

Nach dem Beschluß fanden sich nämlich ca. 200 frustrierte Studierende im AStA-Keller ein, um ihrem Unmut Luft zu machen. Man entschied sich schnell, einen Antrag an das Studierenden-Parlament zu stellen, auf Einberufen einer GVV am 17.12., da am 18.12. eine zweite Großdemo in Bonn geplant sei, auf der man als StreikbefürworterIn hätte nicht teilnehmen können, ohne die Legitimation durch den Streik zu haben. Diesem Antrag wurde dann auch stattgegeben. Auf der GVV vom Mittwoch den 17.12. kam es dann zu einer Überraschung: Der Streik wurde wieder aufgenommen, und zwar mit der Option diesmal auch die Verwaltung zu bestreiken, was dem AStA-Vorstand und Teilen des StuPa mißfiel. Donnerstag fuhren ca. 600 - 700 Streikbefürworter zur zweiten Großdemo nach Bonn. Einer der beiden Protestzüge verlief längs der Bannmeile und letztlich hatten es trotz großen Polizeiaufgebots ca. 450 Studierende (darunter auch ungefähr 50 Duisburger) geschafft, diese zu durchbrechen und liefen sich direkt vor dem Plenarsaal des Deutschen Bundestages zu einer Sitzblockade nieder. Wieder daheim machte man sich an die Arbeit den GVV-Beschluß des Vortages umzusetzen. Als `absolute Krönung` bezeichnete ein Professor schmunzelnd, was sich die Streikenden in der Nacht zum Freitag ausdachten: Eine Mauer wurde vor dem Eingang zum Gebäude, indem das Rektorat seinen Sitz hat, errichtet. Die Mauer war beschrieben mit dem Spruch: Gegen Betonköpfe. Noch am Vormittag dieses Freitag sagte das Rektorat, auf den Druck der Studierenden reagierend, Gespräche zu, die am Montag den 22.12. beginnen sollten. Im Gegenzug wurden die Gebäude geöffnet und die Angestellten konnten mit 4 ½ stündiger Verspätung ihre Arbeit im LE-Gebäude aufnehmen. Die Gespräche am Montag verliefen schleppend, und es entstand der Eindruck, das Rektorat wolle die Gespräche platzen lassen, nachdem sich schon am vorangegangenen Freitag der AStA-Vorstand von dem GVV-Beschluß distanziert hatte und eine rechtswidrige Handlung in der Bestreikung des LE sah. Die nun ohne die Stärkung des AStA-Vorstands agierenden Streikenden blieben dennoch hartnäckig und eine Fortsetzung der Gespräche wurde auf den 06.01.1998 festgesetzt.

In der Zwischenzeit verhinderte der AStA-Vorstand den Gebrauch der den Streikbefürwortern zuvor überlassenen logistischen Einheiten, wie Telefon und Fax, was deutlich zum Ausdruck brachte, daß sich der AStA-Vorstand vollends vom Streik als solchen distanzieren wollte, und nicht nur, wie er in Flyern propagierte, von der Bestreikung des LE. Nach einigen Gesprächen in den Weihnachtsferien war es denn doch zu Beginn des neuen Jahres möglich, die Telefone wieder zu benutzen. Einen Tag

vor den weiteren Gesprächen mit dem Rektorat am 06.01.1998 fand die Sitzung des Studierenden Parlaments statt, auf der auf Antrag von Franz Willi Kellermanns (RCDS) ein WDR-Fersehteam ausgeschlossen wurde, das die Sitzung aufzeichnen wollte. Diese Person war es auch, die den Streik aufgrund der Satzung für unrechtmäßig hielt und einen Antrag stellte, sich von dem Beschluß der GVV zu distanzieren. Dies tat das StuPa nach über sechs Stunden Verhandlung auch, was den Streikbefürwortern die Gespräche mit der Hochschulleitung wesentlich erschwerte. Sie hatten nun niemanden mehr, der ihr Tun unterstützte, und so war es nicht verwunderlich, daß die Gespräche größtenteils fruchtlos blieben. Diese Distanzierung sowohl des AStA-Vorstands als auch des StuPa vom GVV-Beschluß nahm dem Streik das Rückrat und zusammen mit den frustrierten Gegnern dieser

Protestart wurde das Ende auf der GVV vom 08.01.1998 eingeläutet. Der Streik wurde nach kurzer hitziger Debatte beendet. Im Anschluß an die GVV machte sich trotz alledem eine kleine Gruppe von Studierenden auf, um nach Berlin zu fahren, wo am zweiten Januarwochenende der BuG-Kongreß stattfand.

Neben vielen Diskussionen wurde beschlossen, einen bundesweiten Lernendenzusammenschluß zu gründen. Der Gründungskongreß für diesen Zusammenschluß wird in Duisburg stattfinden und zwar vom 23.04.-27.04.1998. Somit haben viele der im Duisburger Streik Aktiven eine neue Plattform gefunden, die Bewegung fortzusetzen, und sich für bessere Studienbedingungen und mehr einzusetzen. Ihr Motto lautet Freiheit durch Bildung.

SELBSTORGANISATION - UNANGREIFBAR FÜR DIE POLITIK

DIE KLASSISCHEN INSTITUTIONEN VERSAGEN:

Die Frage die sich alle Studierenden stellen ist, ob Studierende ihre Interessen gegen den Staat oder gegen die PolitikerInnen durchsetzen können. Diese Frage ist leider nicht einfach zu beantworten. Mensch muß aber festhalten, daß die "klassischen" Institutionen der Studierenden (Asten und LAT (Landes Asten Treffen)) kaum politische Impulse geben. Dies liegt daran, daß sich diese Institutionen nicht mehr allgemeinpolitisch äußern dürfen. Viel problematischer ist aber die Selbstlähmung dieser Institutionen. Zum einen sind sie eingebunden in vorgegebene Meinungsfindungsprozesse (im StuPa und den Stupawahlen) und zum anderen in allgemeine Verwaltungsaufgaben (Verteilung von Geldmitteln, Selbstverwaltung etc.). Diese Tätigkeiten sind so zeitintensiv, daß kaum Zeit bleibt, Bedürfnisse und Forderungen der Studierenden aufzugreifen und zu artikulieren. also was tun ?

DER STREIK HAT ETWAS ERREICHT:

Die Lösung scheint Selbstorganisation zu sein, d.h. Studierende müssen sich zu Gruppen zusammenschließen, über ihre Probleme diskutieren und die aufgedeckten Mißstände selber artikulieren, so wie dies während der Studierendenproteste geschehen ist. Viele Asten wurden von den Protesten förmlich überrascht, was ein weiteres Indiz für die obige These ist; so auch in Duisburg. Auf einmal zeigte sich, daß Studierende selbständig, ohne feste Strukturen effektiv ihre Interessen artikulieren konnten. Doch es scheint, daß dies nicht viel genutzt hat. Das HRG wird wahrscheinlich verabschiedet, Studiengebühren sollen kommen, aber erst nach dem Jahr 2002. Die Kommerzialisierung der Hochschulen schreitet weiter voran und das soziale Klima an den Hochschulen wird immer eisiger.

Bei einer solchen düsteren Rückblende wird aber immer eines vergessen, der Streik hat auch etwas bewirkt. Bildung wurde zeitweise zum wichtigsten Medienthema und scheint auch eines der Wahlkampfthemen zu werden. PolitikerInnen aller großen Parteien wurden entlarvt, daß sie einen gerechten Zugang zum Studieren nicht mehr wünschen und endgültig Abschied vom freien Zugang zu den Hochschulen nehmen. Unter den Studierenden wurde endlich wieder im

gesamtgesellschaftlichen Kontext über Politik geredet, wodurch viele für Problemlagen sensibilisiert wurden, die sie vorher nicht wahrgenommen haben. Also warum sind viele von uns resigniert, weil uns die PolitikerInnen nicht gefeiert haben und uns auf die Schulter geklopft haben, sondern uns versucht haben lächerlich zu machen, weil die PolitikerInnen keine Angst vor uns hatten und unsere Forderungen nicht erfüllt haben ?

Dies konnte niemand ernsthaft erwarten und wer dies suggerierte oder gar die Revolution ausrief, hat sich leider von den gruppendynamischen Wirkungen der Proteste blenden lassen. So einfach funktioniert Politik leider nicht.

SELBSTORGANISIERT IST DER EINZIGE WEG AUS DEM POLITISCHEN STILLSTAND:

Um politisch etwas zu bewirken, muß Mensch einen langen Atem haben. PolitikerInnen muß stetig ein Thema immer wieder aufgetischt werden, damit sie das Thema überhaupt wahrnehmen. Die Asten scheinen dies kaum wahrnehmen zu können, also ist es an uns, unsere Interessen selber zu vertreten. Aus diesem Grund findet vom 23.4. - 27.3.1998 ein Gründungskongreß für einen Studierendenzusammenschluß in Duisburg statt (weitere Informationen siehe unteren Kasten). Ziel soll sein, ein Netzwerk zwischen verschiedenen Universitätsgruppen und Einzelpersonen bundesweit aufzubauen. Es soll unhierarchisch sein, d.h. es wird keinen Vorstand oder ähnliches geben und somit auch keinen Vereinsstatus annehmen können. Denn wie die Erfahrungen aus den Protesten zeigten, stellen unhierarchische Strukturen die gegebenen staatlichen Institutionen vor fast unlösbare Probleme. Universitätsleitungen, Landes- und BundespolitikerInnen fragten immer nach die/dem Verantwortliche(n), die es nicht gab. Dadurch konnten vor allem auf Universitätsebene die Universitätsleitungen zu Zugeständnissen bewegt werden, die bis dato nicht möglich schienen. (z.B. in Duisburg: Klausureneinsehrecht, verbesserte Sprechstundenzeiten der Lehrenden, sogar eine KiTa (Kindertagesstätte) wird nach jahrelangen Kampf endlich eingerichtet). Nur politisch wurden kaum Forderungen umgesetzt - bis auf die Forderung nach einer verbesserten Bibliotheksaustattung. Hier muß nun kontinuierliche Arbeit folgen. Studierende müssen PolitikerInnen immer wieder daran erinnern, daß es uns gibt. Um die Mechanismen von PolitikerInnen, sprich das

bewußte unter Druck setzen von einzelnen Verantwortlichen zu umgehen, brauchen wir eine basisdemokratische Selbstorganisationsform, als bewußtes Gegenmodell zu unserem gesellschaftlichen Gesamtsystem. Die repräsentative (Wahlzettel-)Demokratie ist ein langsamer, schwerfälliger Koloß, der nur schwer auf sich ändernde gesamtgesellschaftliche Problemlagen reagieren kann. Hier liegt unsere Chance, die Schwächen der jetzigen PolitikerInnen (ob SPD, CDU, Grüne oder FDP) offen zu legen.

NETZWERKE SIND EINE MÖGLICHKEIT SICH SELBER ZU ORGANISIEREN:

Um dies zu schaffen, sollten dezentrale, koordinierte Aktionen das richtige Mittel sein, aktiv den Staat unter Druck zu setzen. (vgl. Ahaus oder Gorleben). Aber nicht nur Aktionen tragen dazu bei, die Schwachstellen des politischen Systems offenzulegen, sondern auch Theoriediskussionen und die Archivierung von Ergebnissen. Gerade der Archivierung von Ergebnissen kommt einer besonderen Bedeutung zu, denn in einer Zeit, in der die bürgerlichen Medien lieber auf Schmusekurs mit der Politik gehen, anstatt gezielt zu kritisieren und

gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen, kann die Verbreitung von Erfolgen durch ein Netzwerk motivierend auf die einzelnen AktivistInnen und Theoriegruppen wirken. Eine bundesweite Vernetzung fördert die Kommunikation und erreicht dadurch eine Harmonisierung von "linken" Forderungen. Zudem erhöht ein Austausch den Informationsstand jedes einzelnen und konfrontiert so die PolitikerInnen mit Lösungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Mißstände, die diese nicht hören wollen, da sie den Kapitalinteressen ihrer GeldgeberInnen entgegen laufen.

Also Schluß mit den Selbstmitleid und auf zum Kampf gegen den Neoliberalismus und seine ProtektorInnen für freie Universitäten, für freie Bildung und soziale Gleichheit. Schafft euch Räume für Aktionen und zum diskutieren in autonomen, basisdemokratischen und selbstorganisierten Gruppen und tretet ein für eure Interessen.

Info-Pool an der UGH Duisburg LF017 Mo-Fr 10-16
Uhr Tel: 0203/370047

Fax: 0203/362651 Mail: studiverband@hotmail.com
Internet: fsrinfo.uni-duisburg.de/streik/studiverband

Ansprechpartner: Thorsten Mroz, Florian Merkel,
Michael Pohland, Jens Meyer

THESEN FÜR EINEN STUDIERENDENZUSAMMENSCHLUß

Ein bundesweiter, basisorientierter Studierenden-Zusammenschluß ist notwendig, da wie der Streik gezeigt hat, es Studierende gibt, die mit ihrer eigenen Lebens- und Studiensituation und den gesellschaftlichen Entwicklungen in unserer Gesellschaft nicht zufrieden sind. Es geht nicht an, daß die Bildung auf dem Altar der Kapitalinteressen den geopfert wird, die seit dem Zusammenbruch des Ostblockes die Gesellschaft nach ihren (falschen?!) Ideen formen. Die Bildungspolitik aller politischen Parteien, seien es nun die SPD, CDU, FDP oder Grünen richtet sich nach Effizienz-Kriterien, die hauptsächlich Bildung als verwertbares Humankapital ansehen. Bildung ist aber mehr. Bildung bedeutet, sich frei machen zu können von Meinungen anderer. Bildung heißt nicht Fachwissen, sondern Bildung bedeutet Wissen zusammen führen zu können, um sich so ein eigenes Werturteil zu bilden. Deshalb sollten wir uns gegen eine Kommerzialisierung der Hochschulen stellen. Von einer Kommerzialisierung der Hochschulen würden nur einige Fachbereiche profitieren, vor allem die technisch-mathematischen Fachbereiche, weil diese direkt zu vermarktende Ergebnisse produzieren und damit als "besonders förderungswürdig" gelten. Wer aber entscheidet darüber, ob Forschung an den Genen des Menschen höher für die Gesellschaft zu bewerten ist, als die Forschung an dem Thema, ob der Mensch in seine eigene Natur eingreifen darf?

Wer maßt sich an, zu sagen, daß z.B. gesellschaftliche, wissenschaftliche Fachbereiche einen geringeren Nutzen für die Gesellschaft bringen, als technische Fachbereiche? Es maßen sich bei einer Kapitalisierung der Hochschulen Firmen und Geldinstitute, die ihre eigenen Zielen und Aufgaben haben, an, über die Vergabe von Drittmitteln zu entscheiden, und darüber entscheiden zu dürfen, was gesellschaftlich lohnenswert ist und was nicht. Dem müssen wir uns entgegenstellen.

Aber selbst für "förderungswürdige" Fachbereiche ist eine solche Entwicklung schädlich. Die Forschung ist nicht mehr frei. Das bedeutet, daß nicht mehr danach geforscht

wird, was für die Studierenden, Lehrenden und die gesellschaftliche Entwicklung interessant ist, sondern nur nach Forschungsgegenständen, die direkt die Förderer interessieren. Gegen solch eine Bevormundung muß mensch sich wehren.

Studierende sollten nicht nur über ihre Forschungsgegenstände selbst entscheiden dürfen, sondern auch die Lehrinhalte, die sie vermittelt bekommen, mitbestimmen. Dies heißt nicht, daß die Lehrstandards herabgesetzt würden, sondern daß Studierende darüber entscheiden dürften, ob sie Themenbereiche, die sie für nicht sinnvoll erachten, nicht lernen bräuchten. Was ist z.B. dagegen einzuwenden, daß sich ein Biologe nicht mit Gentechnik beschäftigen muß, wenn es seine ethischen Grundprinzipien verletzt?

Studierende sollen nicht nur ihr eigenes Umfeld selbst prägen können, sondern sie müssen sich auch ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung wieder bewußt werden. Uns Studierenden kommt innerhalb unserer Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Wir sind eine der wenigen Statusgruppen, die nicht in direkten, materiellen Abhängigkeitsverhältnissen zu unseren Vorgesetzten stehen. Wir können ohne größere Sanktionen unsere Meinung frei artikulieren. Wir können uns aufgrund freier Zeitkapazitäten und innerhalb unseres Studiums direkt mit gesellschaftlichen Problemen beschäftigen, ohne daß wir erwarten müssen, daß unsere bisherige materielle Existenz dadurch gefährdet wird. Eine ArbeitnehmerIn hingegen hat solche Freiräume nicht. Deshalb dürfen wir uns nicht mit den anstehenden "Hochschulreformen" abfinden. Sie sind nichts weiter als ein Versuch, uns unserer Unabhängigkeit zu berauben. Die Verschulung des Studiums führt nur zu Fachwissen und nicht zu Bildung. In den vergangenen Jahren haben wir unsere gesellschaftliche Verantwortung nur sehr unzureichend wahrgenommen. Dies liegt an mehreren Faktoren; zum einen wurden uns teilweise Freiräume durch straffere Studienordnungen entzogen und der Wettbewerb um einen guten Abschluß erhöht. Durch

eine schleichende Minderung des Bafögs und der systematischen Nichtanpassung der Bemessungsgrenze wurden die Existenzängste unter den Studierenden verschärft. Immer weniger bekommen Bafög und dieses Bafög weist eine immer geringere Kaufkraft auf, so daß Studierende häufig arbeiten müssen, um überhaupt ihre Existenz sichern zu können. Nicht nur daß dadurch das Studium im allgemeinen leidet, sondern es leidet auch das Selbstverständnis der Studierenden. Es gibt genügend Studierende, die sich mangels gesellschaftlichen Ansehens über ihren Nebenjob definieren und nicht mehr über ihr Studium. Dagegen muß man sich zu allererst wenden, wenn man erreichen will, daß Studierende ihre gesellschaftliche Verantwortung wieder wahrnehmen. Selbst den bestehenden Studierendenvertretungen wurde ihr geringes Einflußpotential auf gesellschaftliche Vorgänge einfach per Gesetz entzogen, indem kurzerhand verordnet wurde, daß alle verfaßten Studierendenvertretungen kein allgemeines politisches Mandat mehr haben. Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß sich Studierende über die bestehenden Strukturen hinaus vernetzen, um so einen Gedanken- und Informationsaustausch zu gewährleisten, als Grundlage für gesellschaftliche Veränderung. Das soll nicht heißen, daß ein Studierendenzusammenschluß nun aktiv Politik betreiben soll, sondern soll im Gegenteil nur dazu beitragen, daß Studierende wieder über Gesellschaft nachdenken, um so zu gewährleisten, daß Studierende auf anderen Wegen die Gesellschaft verändern können. Es darf aber nicht so sein, daß Studierende nur ihre eigenen Interessen durch einen Studierendenzusammenschluß artikulieren. Das wäre nur eine weitere ständische Vertretung, die genau das Ziel dieses Zusammenschlusses karikieren würde. Vielmehr sollte ein Zusammenschluß der Studierenden sich mit anderen sozial benachteiligten Gruppen vernetzen und mit diesen zusammen die gleichen berechtigten Interessen artikulieren. Dieser Studierendenverband sollte sich nicht von Gewerkschaften instrumentalisieren lassen.

Wie könnte eine mögliche Struktur für einen basisorientierten Bundesverband der Studierenden aussehen?

Eine mögliches Konzept könnte sein, daß sich lokale, universitäre Gruppen miteinander vernetzen. Dies kann aufgrund der neuen Medien leicht über das Internet geschehen. Es könnten bundesweite Arbeitskreise entstehen, an denen sich jedes Mitglied und Nichtmitglied beteiligen kann, die dann über Chats oder Pinboards miteinander diskutieren könnten. Falls eine Gruppe an einem bestimmten Thema arbeitet, kann sie alle anderen Mitglieder und Interessierten über einen Emailverteiler jederzeit über ihren Diskussionsstand informieren. Somit ist gewährleistet, daß sich jeder Interessierte unabhängig von seinem geographischen Standort zu jedem Zeitpunkt selbst in solche Arbeitskreise einbringen kann. Nun stellt sich die Frage, wie nun Ergebnisse zustande kommen können. Dies kann entweder dadurch geschehen, daß den Arbeitskreisen volle Autonomie gewährt wird und diese nach einer abgeschlossenen Diskussion ihre Ergebnisse zur Verfügung stellen, womit diese dann für den Studierendenzusammenschluß allgemein gültig würden. Dies kann dadurch legitimiert werden, daß jeder Interessierte immer die Möglichkeit hatte, sich in die laufenden Diskussionen einzuschalten. Eine andere Möglichkeit wäre, daß die Arbeitskreise ihre Ergebnisse vorlegen und über diese Ergebnisse würde dann durch eine nicht geheime Emailwahl von allen Mitgliedern abgestimmt. Dies würde bedeuten, daß jedes Mitglied eine Mitgliedsnummer bekäme und es dann für oder gegen die Ergebnisse stimmen könnte. Eine Doppelwahl würde durch die Nummerierung ausgeschlossen. Die zweite Alternative bietet sich meiner Meinung nach aber nur für Themenkomplexe an, die besondere Bedeutung für den

Studierendenzusammenschluß haben, z.B. bei der Frage, ob es sinnvoll wäre, eine bestimmte soziale Gruppe zu unterstützen oder nicht, oder für Themenbereiche, die keinen Konsens in den bundesweiten Ag's zuließen. Diese Ergebnisse können dann von einem zu bestimmendem Gremium auch nach außen hin vertreten werden. Dieses Gremium hätte dann die Aufgabe, z.B. mit PolitikerInnen über bestimmte soziale Sachverhalte zu verhandeln. Somit könnte ein Studierendenzusammenschluß auch geschlossen nach außen wirken und nicht wie während des Streiks ein sehr inhomogenes Bild Studierender hinterlassen.

Wie kann sich ein solcher Zusammenschluß finanzieren?

Hierzu gibt es zwei Modelle. Das eine wäre eine Finanzierung über Mitgliederbeiträge, deren Höhe (Minimalbetrag) noch exakt festzulegen wäre und durch zusätzliche Spenden. Eine andere Möglichkeit wäre die reine Finanzierung über Spenden. Dies wäre auch ein guter Indikator dafür, ob die Mitglieder mit ihrem Zusammenschluß zufrieden sind oder nicht. Die Verwaltung der Finanzmittel müßte einem bestimmten Gremium übertragen werden, was jederzeit auf Antrag abwählbar wäre.



RUNDER TISCH AN DER TECHNISCHEN FACHHOCHSCHULE

Vom 8.-11. Januar 98 fanden sich in Berlin rund 1500 Studenten ein, um gemeinsam am Basiskonferenz für Bildung und Gesellschaft teilzunehmen. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Möglichkeit in Form von "Runden Tischen" die studentischen Forderungen in gleichberechtigter Weise in die Hochschulpolitik einzubringen. Aus diesen Anfängen bildeten sich einzelne Gruppen. Ein Teil hat sich erfolgreich mit der Gründung des Runden Tisches an der TFH Berlin befaßt.

WAS IST EIN RUNDER TISCH?

Alle an einem Konflikt beteiligten Parteien nehmen teil, um eine Interessenpartnerschaft zu gründen.

Es gibt eine unabhängige Moderation.

Alle Sitzungen müssen öffentlich sein.

Teilnehmer sind Studierende, Hochschulleitung, Verwaltung, technische Mitarbeiter, Professoren und sonstige Mitarbeiter.

Geleitet wird der RT an der TFH immer von einer unabhängigen Moderation, in unserm Fall ein ehemaliger Student der Hochschule.

Interessengruppe	Anzahl der TeilnehmerInnen
StudentInnen	2
Präsidium	1
Senatsvertretung Wi Fo Ku	1
technische Mitarbeiter	1
Lehrbeauftragten	1
ProfessorInnen	1
Dekane	1
INSGESAMT	9

Durch die zahlenmäßige Überlegenheit der Professoren in den bestehenden Gremien ist es für die StudentInnen schwierig, ihre Forderungen in angemessener Form durchzusetzen. In letzter Zeit wurden oft Beschwerden laut, die StudentInnen würden nicht genügend auf den Lehrkörper zugehen, um sich helfen zu lassen und umgekehrt. Jedes Interesse ist ein legitimes Interesse und muß deshalb als solches von allen Teilnehmern toleriert werden.

Um die Öffentlichkeit des RT zu gewährleisten, wird nach jeder Sitzung eine Pressemitteilung herausgegeben, die möglichst an alle Berliner Zeitungen gehen soll. Weiterhin wird das Protokoll in der jeweils aktuellen TFH-Presse veröffentlicht und ausgehängt.

Die Themen waren bis jetzt:

Evaluation von Seiten der Studenten, sowie der Hochschulverwaltung
Verlängerung der Öffnungszeiten der Bibliotheken
Verlängerung der Öffnungszeiten der Gebäude der TFH
Verbesserung der Wahlpflichtfächer des Fachbereich 1

ERGEBNISSE DES RUNDEN TISCHES

Zum Thema Öffnungszeiten der Bibliotheken wurde von den Studenten gefordert, diese während der Vorlesungszeit tagüber durchgehend geöffnet zu halten. Durch die Zusammenlegung von 2 der 3 Bibliotheken auf dem Campusgelände ist es möglich, längere Öffnungszeiten zu schaffen und zusätzlich eine größere Anzahl von Lese- bzw. Arbeitsplätzen in die Bibliothek zu integrieren. Der Bauplan für die Umbaumaßnahmen wurde bereits vom Akademischen Senat genehmigt.

Zum Thema Wahlpflichtfächer wird zur Zeit von studentischer Seite ein Fragebogen entwickelt der die Wünsche der Studenten ermittelt, um dann in Zusammenarbeit mit der Leitung des Fachbereiches 1 die Planung der WP 1 Fächer umzugestalten.

Ein Evaluationsbogen, von Studenten erstellt, wird unterstützt. Dieser wird ausgehängt, er dient der Untersuchung der Kompetenz der Lehrkörper.

Natürlich gab es bestimmte Anfangsschwierigkeiten, auf die wir uns von Anfang an eingestellt haben. Erstmals rechneten wir mit dem Unverständnis der Lehrkörper, aber auch der StudentInnen. Zu unserm Erstaunen waren diese Befürchtungen überflüssig, da die zum RT eingeladenen Lehrkörper, sehr erfreut über soviel Interesse und Engagement, dem RT sehr positiv und unvoreingenommen gegenüberstanden. Was wir allerdings erst durch ein sehr gutes Konzept erarbeiten mußten, war das Einhalten der Vereinbarungen des RT. Manche Teilnehmer hatten, so schien mir, eher die Vorstellung, es würde sich um eine Art Kaffeekränzchen handeln, in dem man gemütlich TFH-interne Probleme bespricht. Dem wurde aber gleich begegnet durch eine ernst zu nehmende Moderation, die das Geschehen in die richtige Form bringt.

Allen die überlegen, an ihrer Hochschule einen RT zu gründen, kann ich nur zuraten. Auch wenn man nicht auf soviel Unterstützung seitens des Präsidiums setzen kann. Das wichtigste ist, daß man es schafft eine Gruppe von Leuten zusammen zu bringen, die einen RT will.



STUDENTENSTREIK HEIßT KLASSENKAMPF!

War es am 2. Juni 1967 der Schuß eines gereizten Staates, der als noch "junger" seine erste Wirtschaftskrise erlebte, auf Benno Ohnesorg, der die Studenten "bewegte", bedurfte es im Oktober '97 nur einer Lapalie in der Provinz.

Keine Frage - Anlaß und Ursache fallen meist auseinander - daß der Anlaß nur ein Aspekt der Ursache ist, der aber die Wirkung hat, Kräfte zu entfesseln, die unerahnte Ausmaße annehmen können, läßt für die Zukunft hoffen.

Um sich aus dem Jammer der politisch-theoretischen Nullrelevanz zu heben, müssen augenscheinlich Opfer her. Aber wie sterben Untote? Ist die deutsche Studierendenschaft als lebender Leichnam überhaupt totzukriegen?

Das vergangene Semester (WS 97/98) war durch diese Versuche gekennzeichnet. Sie mußten scheitern. Gut so! Denn: Studenten wie Professoren hegen den Köhlerglauben, sie könnten in universitären Mauern so etwas wie Selbstreflexion und somit Wissenschafts und Gesellschaftskritik betreiben.

Richtig war einzig, mit dem öden Rumstudieren endlich Schluß zu machen, doch die Dummheit des studentischen Pragmatismus in Sachen (Hochschul-) Politik gestattete es nicht, sich einen Begriff davon zu machen und zu erkennen, daß seit der Studentenbewegung und der durch den SDS ausgedachten und die SPD ins Werk gesetzten Hochschulreform die Intelligenz nicht mehr als Intelligenz, sondern als mittlerweile zu teure überflüssige Lohnarbeiter - von mir aus auch Gehaltsangestellte - auf dem Campus rumlungert.

Die höchste Schule dieses Staates, die seit der Moderne und ihrem Projekt namens Aufklärung fleißig ihre Funktion als Erkenntnisverhinderungsanstalt erfüllt, hat eine nicht so neue Aufgabe: sie muß universitäre Bahnhofsmision sein - und keiner darf es merken.

Der Auftrag der protestierenden Studenten, die ihren Gebrauch einklagten, Fehler im System auszusprechen und Motor der Modifizierung zu sein, war a priori impossibile, da das System als solches am Ende ist, und in diesem Kampf der bestimmende Akteur das internationale Kapital darstellt, das mit dem nationalen Wettbewerbsstaat kooperiert. Zum Terror der "total globalen Ökonomie" gesellt sich das Elend der (nationalistischen) Politik.

Diesen Klassenkampf von oben konnte und wollte die national bornierte Schar aufgeregter HoPo-Aktivisten nicht begreifen, und so griffen sie in einen Topf voll Scheiße. Die Journaille lachte, und Vatis Sprößlinge verkrampten mehr denn je mit ihrer Spaßguerilla. Dabei brachte es der Benno-Ohnesorg-Kongreß vom Sommersemester '97 (TU Berlin) bereits ans Tageslicht: nämlich daß die Frage, ob der Anstrengung des Gedankens gegenständliche Wahrheit zukomme, nicht auf der Höhe der Theorie zu verhandeln ist, sondern eine Frage des Handelns, eine praktische Frage darstellt.

Sozusagen der Maschinerie von kapitalistischer Ausbeutung und staatlicher Unterdrückung in die Räder greifen, darauf käme es an. D.h. zu Kampf und Revolte bereit, vorbereitet sein, trotz der voraussichtlich nicht zu organisierenden Einheit als Internationale Solidarität, weil zwischen der EZNL in Mexiko und der dt. Streikfront mehr als nur eine Distanz in Kilometern liegt.

Die Dialektik der Emanzipation von Staat und Kapital braucht weder einen Generalissimo noch einen Maximo Lider. Doch es gilt nach der politischen Desorganisation auf dem dt. Campus handlungsfähige Strukturen zu schaffen, eine bundesweite Organisation zu konstituieren, die nicht alle gleichmacht, sondern nach dem Prinzip der Gleichheit die Widersprüche auf den Begriff bringt, aushält und verdichtet.

Zu diesem Zweck findet vom 5. bis 7. Juni '98 an der Freien Universität der APO-Kongreß statt unter dem Motto: INFORMIEREN - ORGANISIEREN - RADIKALISIEREN philosophisch und methodisch!

Es geht nicht um die proletarische Partei, gar akademische Arbeiterfolklore, sondern eine Pluralität in Zahl und Form der Kämpfe. Es gilt, zur Überwindung der Logik der Kapitalherrschaft, die Phantasie - weit über jede tradierte Auffassung von Revolution hinaus - ins Leben zu rufen, die die gesamten politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen umwälzt. Diese "beschissenen" Verhältnisse umzuwerfen, war noch nie so einfach. Je feinschichtiger das kapitalistische Herrschaftsverhältnis, desto verletzbarer, zerstörbarer. Zeitgleich zeigen sich die Subjekte der Veränderung über dem Tellerrand der Alltagszwänge. Es steht also wieder einmal die Kulturrevolution auf der Tagesordnung derer, die Geschichte (nicht Provinzposse) machen wollen. Und darauf kommt es doch an!

APO-Kongreß 5,-7, Juni, FU Berlin
<http://www.partisan.net/apokg>

Bildungspolitik und Neoliberalismus

(Kurzreferat im Rahmen eines Kongresses an der Uni Hannover am 16.1.1997 - Torsten Bultmann)

Die offizielle Hochschulpolitik erscheint beim ersten Hinsehen als ein unkoordiniertes Bündel disparater und unzusammenhängender Maßnahmen: mal wird am BAföG herumlaboriert, mal soll der Hochschulzugang neugeregelt werden, mal stehen Dienstrecht und Personalstruktur im Visier. Das einzige verbindende Motiv scheint das des Sparens zu sein. Die Hochschulen sollen effizienter und billiger werden. Meine Gegenthese lautet: Dieser Anschein trügt! Hochschulpolitik, wie sie offiziell von staatlichen Akteuren und führenden Wissenschaftsverbänden „gemacht“ wird ist - zumindest in der Tendenz - konzeptionell fundiert. Ihr liegt ein Bildungs- und Qualifikationskonzept zugrunde, welches a.) in einem neoliberalen Verständnis von Gesellschaftlichkeit wurzelt und folglich b.) zugleich zielgerichtet auf einen neuen gesellschaftlichen Zustand durch Überwindung des traditionellen kapitalistischen Sozialstaates mit seinen noch vorhandenen Bildungsreformruinen ausgerichtet ist. Dieser neoliberale Bildungsbegriff muß entziffert werden, um die Wiedererfindung einer linken Bildungsreformpolitik als Auseinandersetzung um konkurrierende Menschenbilder und Gesellschaftsentwürfe in der Öffentlichkeit politisch schärfen zu können. Darum werde ich mich im folgenden thesenhaft bemühen.

Ich beginne mit einigen illustrativen Beispielen, wie die sozialen Funktionen „Bildung“ und „Wissen“ innerhalb eines neoliberalen Bedeutungshorizontes neu definiert werden. In aktuellen bildungspolitischen Verlautbarungen ist es mittlerweile zur Regel geworden, „neuen Herausforderungen an das Bildungssystem“ mit dem Phänomen einer neu sich herausbildenden „globalen Informationsgesellschaft“ zu begründen. So etwa die - mittlerweile zur Pharmaindustrie demissionierte - Staatssekretärin im BMBF, Frau Cornelia Yzer - in ihrer Definition eines (quasi) post-humanistischen Bildungsbegriffes: „Zukunftsfähig ist, wer in der Lage ist, aus der auf ihn einstürzenden Flut von Informationen die für ihn relevanten herauszusuchen, und wer die zur Informationsbeschaffung nötigen Geräte bedienen kann. Hier ergeben sich neue Herausforderungen an das Bildungssystem, den Einzelnen mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten.“ (BMBF-Pressemitteilung 6.12.1995)

Qualifikation ist hier gesetzt als eine abhängige Variable der ökonomisch-technischen Entwicklung, die den Charakter einer undurchschaubaren Naturgewalt („einstürzende Flut“) annimmt. Der soziale Zusammenhang der Individuen, ihre Kooperation miteinander, wird zu einem passiven Anhängsel eines anonymen „technischen Fortschritts“. Ziel ist folglich die individuelle - und bewußt individualisierte - Anpassungsfähigkeit an das, was in einem unbeeinflußbaren Sinne irgendwie „passiert“. Logische Konsequenz dieser Auffassung ist die Infragestellung des zumindest formal verbrieften (individuellen und sozialen) Rechtes auf Bildung. Bereits 1985 kam der Leiter der Hauptabteilung Bildung und Gesellschaftswissenschaft des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft, Dr. Winfried Schläffke, im Rahmen einer Pressekonferenz auf eine entsprechende zündende Idee: „Es gibt nicht nur ein Recht auf Bildung, sondern unter den Folgewirkungen des weitgreifenden gesellschaftlichen und strukturellen Wandels wird Weiterbildung zu einer persönlichen Verpflichtung. (.....) Bei sprunghaft steigendem Weiterbildungsbedarf, ausgelöst durch die neuen Technologien, wird man in Zukunft darüber nachdenken müssen, inwieweit nicht auch eine Verantwortlichkeit des einzelnen besteht, sich an die veränderte Umweltsituation anzupassen.“ (IdW-Pressemitteilung 4.11.1985)

Das gleiche Institut publizierte in seinem Hausmitteilungsblatt (iwd Nr. 32/1992) am 6. August 1992 einen programmatischen Artikel zur Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland. Dessen Quintessenz besteht darin, Arbeitslosigkeit umzudefinieren in ein „Qualifizierungsdefizit“ der von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Die „Behebung“ dieses Defizits wird als individuelle Verantwortung

dargestellt. Konsequenz ist die Konstruktion einer - buchstäblich so genannten - „Qualifizierungspflicht“ in Verkoppelung mit der Berechtigung, soziale Transferleistungen zu empfangen, die folglich nur noch unter dem Vorbehalt einer individuell gemanagten Anpassungsqualifizierung ausgezahlt werden.

Das letzte Beispiel ist deswegen signifikant, weil es an der Schnittstelle von Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik angesiedelt ist. Wenn man - etwas bildhaft vereinfacht - in Gestalt von, für die jeweiligen Zeitebenen charakteristischen, politischen Losungen den Bogen um den bildungspolitischen Zyklus der letzten 30 spannt, dann stand am Anfang das „Bürgerrecht auf Bildung“ (Dahrendorf), am Ende steht eine „marktangepasste individuelle Qualifizierungspflicht“.

Eine provisorische Definition des neoliberalen Bildungsbegriffes könnte demnach lauten: JedeR ist zur Herstellung, Instandhaltung und permanent erweiterten Reproduktion seines/ ihres Arbeitsvermögens selbst verantwortlich. Anders gesagt: JedeR ist für seine/ihre ökonomische Verwertbarkeit individuell zuständig.

Ich denke, daß in dieser Definition auch der Schlüssel zum Verständnis von Tendenzen der aktuellen Hochschulpolitik liegt. auf die ich jetzt genauer eingehe. Einige Beispiele aus jüngster Zeit, die allen bekannt sein dürften: Die BAFöG-Berechtigung wird mehr als bisher an schärfere Studienerfolgskontrollen, an eine individuelle Beschleunigung der Studienzeit und eine erhöhte Rückzahlungspflicht (Studienabschlußförderung als verzinstes Vollkredit) gekoppelt (18. Novelle 1996). Das Abitur als generalisierte Hochschulzugangsberechtigung soll nach dem Willen von CDU/CSU um eine spezifische Studierfähigkeitsfeststellung ergänzt - und damit entwertet - werden. Der Koalitionsvertrag der baden-württembergischen Landesregierung enthält etwa die Festlegung, daß künftig 40% der StudienplatzbewerberInnen in Fächern mit lokalem Numerus Clausus nach den zusätzlichen Kriterien „Eignung“ und „Motivation“ ausgesucht werden können/sollen - und zwar durch die Hochschulen selbst nach von diesen bestimmten prüfungsförmigen Prozeduren.

Welches Muster wird hier sichtbar? Wenn ich mich auf einen - zugegebenermaßen naiv überspitzten - Standpunkt stelle, es gäbe so etwas wie das „Recht auf Bildung“ und die daraus abgeleitete Pflicht eines Sozialstaates die Wahrnehmung dieses Rechtes materiell zu ermöglichen - beispielsweise in Form einer Hochschulfinanzierung entsprechend der Nachfrage nach Studienplätzen - , dann entwickelt sich heute so etwa wie die gegenteilige Tendenz, die quasi auf eine Umkehrung der Beweislast innerhalb dieses rechtlichen und politischen Verhältnisses hinausläuft. Rechte werden in ihrer pauschalen Geltung - oder in ihrer zunächst vorbehaltlosen Anbindung an eine definierte soziale Gruppe: z.B. studienberechtigte AbiturientInnen - ausgehöhlt durch die Nachweispflicht individueller Tauglichkeit. Die legitimationspolitische Voraussetzung dafür ist, die betreffenden, etwa an einem Hochschulstudium interessierten, Personengruppen einem kollektiven Mißbrauchsverdacht auszusetzen: bis zum Beweis des prüfungsförmig zu erbringenden Gegenteils. Dazu paßt, daß sich das bestimmende Paradigma der Hochschulpolitik von einer Politisierung der Überlast in den 80er Jahren schrittweise in den 90er Jahren zu einer Problematisierung der Studiendauer verschoben hat. Dem entspricht die ideologische Konstruktion des „Langzeitstudenten“, welche es wunderbar ermöglicht, strukturelle Defizite der Institution und Risiken des Arbeitsmarktes als individuelle Leistungsdefizite zuzurechnen.

Ein weiteres Beispiel: Durchgängiges Leitmotiv aller in der öffentlichen Arena gehandelten hochschul- und bildungspolitischen Reformkonzepte von Verbänden, Parteien und Regierungen ist die Entwertung der Erstausbildung - einschließlich des Studiums, insofern es zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß führt - zugunsten einer - vage gehaltenen - Orientierung auf lebenslange Weiterbildung. Im anonymen („offiziösen“) Papier des BMBF „Hochschulen für das

21. Jahrhundert“ heißt es etwa, „ein Studium soll künftig strukturell auf Aktualisierung und Ergänzung in späteren Lebensphasen ausgerichtet sein“.

Aus diesem Blickwinkel heraus müssen die diversen Anläufe einer administrativen Verkürzung der Studienzeit, vor allem durch eine hierarchische Differenzierung von Studienabschnitten, bewertet werden. Die im zitierten BMBF-Papier geforderte - und mittlerweile auch von der HRK unterstützte - schrittweise Einführung des dreigliedrigen angelsächsischen Zertifizierungssystems - in der Stufenfolge „Bachelor“ nach 4-6 Semestern, „Master“ (vergleichbar unserem Diplom/Magister) nach 8-10 Semestern und „PhD/Doctor“ daran anschließend - hätte unter den gegenwärtigen Bedingungen folgenden zu befürchtenden Effekt: Durch konsekutive Studienabschnitte würde die Selektivität des Hochschulsystems „von unten nach oben“ zunehmen, die allgemeine Durchschnittsstudienzeit würde wahrscheinlich sinken, last not least würde ein geringeres wissenschaftliches Qualifikationsniveau bei einer zunehmenden Zahl von AbsolventInnen deren Angewiesenheit auf komplementäre Bildungsphasen in späteren Lebensabschnitten erhöhen. Mit diesem Bedürfnis wären sie dann allerdings außerhalb des staatlichen Bildungssystems überwiegend auf den „freien Markt“ angewiesen, da ca. 75% des Weiterbildungssektor marktförmig-privat organisiert ist.

Zugespißt formuliert: Letzte bildungsbiographische Konsequenz eines neoliberalen Qualifikationsverständnisses wäre die lebenslang dosierte Verteilung von Bildungsportionen im Takt der ökonomischen Entwicklung. Es gibt z. B. im Spektrum des DGB Untersuchungen darüber, daß die dominierenden Strukturen des Weiterbildungssektors herkunfts- und geschlechtsspezifische soziale Ungleichheiten, wie sie auch durch eine vorhergehende Chancenungleichheit in der Erstausbildung mitbewirkt bzw. verstärkt wurden, noch weiter festigen. Anders gesagt: der „typische“ Weiterbildungsteilnehmer ist bereits hochqualifiziert, er ist männlich und gesicherter beruflicher Stellung. Im Umfang der Privatisierung von Bildungsprozessen werden jedoch bildungsdiskriminierende Effekte der gesellschaftlichen Kernstrukturen (kapitalistisch-patriarchalischen Charakters) entpolitisiert bzw. immer weniger als solche wahrgenommen. Vereinfacht gesagt: je „privater“, selektiver und individualisierter das jeweils marktgängige Qualifikationsniveau erreicht wird, umso mehr erscheint dieses als Ausdruck der je individuellen „Begabung“ und „Leistungsfähigkeit“.

Abschließend möchte ich zumindest andeuten, wo die Denkrichtung einer konzeptionell alternativen demokratischen Bildungspolitik liegen kann. Sie ergibt sich aus der logischen und politischen Umkehrung des ersten Zitates besagter Staatssekretärin: Gebildet ist nicht, wer - wie es oben sinngemäß hieß - innerhalb einer gesellschaftlichen Nische zombiemäßig und reflexhaft aus einer undurchschaubaren „Flut von Informationen“ die für ihn/sie jeweils nützlichen herauspicken kann. Ziel von Bildungspolitik kann es nur sein, grundsätzlich alle Menschen - ohne Einschränkungen - in die Lage zu versetzen, in Verbindung mit dem Erwerb spezialisierter Kenntnisse die Bedingungen der eigenen gesellschaftlichen und beruflichen Existenz a) zu durchschauen, um diese perspektivisch b) in freier Kooperation mit anderen bewußt verändern und gestalten zu können. Dies ist - zugegeben - nicht sehr originell. Der operative politische Gebrauchswert eines zeitgemäß weiterentwickelten Bildungsbegriffes in humanistischer Tradition liegt jedoch darin, alle institutionellen Grenzen und hierarchischen Gliederungsprinzipien des überlieferten Bildungssystems als künstlich und willkürlich radikal in Frage stellen zu können. In dem Maße, wie die genannte Zielsetzung auf Zustimmung stößt, werden Unterscheidungen und vertikale Differenzierungen zwischen allgemeiner, beruflicher, wissenschaftlicher, politischer und kultureller Bildung hinfällig. Thematische und soziale Öffnung, gegenseitige Durchlässigkeit aller Bildungsformen in alle Richtungen wären gesellschaftlich erforderlich. Letzte Konsequenz ist folgerichtig die Abschaffung der Hochschulen: nicht als Bildungseinrichtungen sondern als Hochschulen.

Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt

Zur AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik bei der PDS

Die zunehmende Akzeptanz einer als unhinterfragbarer »Sachzwang« daherkommenden Standortsicherungspolitik legt sich wie Mehltau auf die wissenschaftspolitische Diskussion von Parteien und Verbänden dieses Landes, einschließlich derer, die beanspruchen, zum oppositionellen Spektrum zu gehören. Unproduktivität, Langeweile, Alternativenarmut und schleicher Opportunismus sind die Folge. Charakteristisch für die Situation ist etwa, daß sich kaum noch jemand traut, offensiv egalitäre wissenschafts- und bildungspolitische Konzepte zu vertreten, die in den 70er Jahren zum reformistischen Standardrepertoire gehörten.

Dies ist zwangsläufig gleichbedeutend mit der Akzeptanz des gesellschaftlichen status quo. Das Verhältnis von Gesellschaft, Bildungs- und Wissenschaftssystem wird nicht mehr als (konfliktgeladenes) politisches Thema aufgeworfen. Diese Tabuisierung der je vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen als quasi-natürlich mündet folgerichtig in eine Fetischisierung von Wissenschaft und Technik, die als mehr oder weniger alleinzuständige Problemlösungsinstanz so ziemlich aller Schwierigkeiten heutiger Gesellschaften entdeckt werden und damit eine defizitäre Politik kompensieren. Der gefällige – und tendenziell entpolitizierende – Allerweltdiskurs von der »wachsenden Verantwortung der Wissenschaft« wird auf diese Weise anschlussfähig für expertokratische und elitistische Politikmuster. Die logische und politische Rangfolge der alten GEW-Lösung »Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung!« dreht sich ins Gegenteil um: Die Gesellschaft wird unter die paternalistische Obhut »der Wissenschaft« genommen.

Bisher ist auch die PDS den Beweis schuldig geblieben, daß sie auf diesem Politikfeld etwas anderes und besseres mit uns vorhätte. Das macht zumindest neugierig auf den Entwurf „Wissenschafts- und hochschulpolitischer Grundsätze“, den die AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik beim Parteivorstand vorgelegt hat. Offenbar will sich die PDS in diesem Themenbereich erstmalig programmatisch ausführlicher munitio- nieren. Die AutorInnen räumen die „Vorläufigkeit und Unvollständigkeit“ (S.1)¹ ihrer

Positionen ein und erbitten grundsätzliche Kritik.

Um es gleich in einem Satz zu sagen: Ich halte das Papier nicht für ergänzungsfähig und -bedürftig, ich halte den gesamten politischen Pfad für eine konzeptionelle Sackgasse, weil vollständig einer traditionellen patriarchalisch-technokratischen Wissenschaftsauffassung verhaftet. Gerne räume ich ein, daß der Entwurf viele schöne und »richtige« Positionen aus dem Arsenal der westdeutschen Hochschulreformdiskussion enthält. Da ist viel die Rede von nachhaltiger Entwicklung, demokratischer Kontrolle, Gleichstellung der Geschlechter usw. Derartige Postulierungen werden jedoch nicht aus einer Analyse der Widersprüche des Wissenschaftssystems entwickelt, sondern wirken gegenüber dem argumentativen Kerngerüst des Textes äußerlich. Man kann nicht unisono mit dem Deutschen Hochschulverband „Elitenbildung“ als „wesentlich“ für das „Erreichen wissenschaftlicher Erstklassigkeit“ (sic!, S.7) fordern und an anderer Stelle über die „Überwindung patriarchalischer Denk- und Verhaltensweisen“ (S.16) schwadronieren. Die erste Position dementiert die zweite als unwesentliche linkspopulistische Verzerrung.

Ideologische Selbstunterwerfung

Vor lauter guten Vorsätzen und moralischen Selbstverpflichtungen wird recht wenig, eigentlich gar nichts, analysiert. Soziale Interessenwidersprüche als bestimmend für politische Konflikte innerhalb des Wissen-

schaftssystems scheinen nicht zu existieren. Wer überhaupt Adressat und/oder Subjekt von Wissenschaftspolitik ist, taucht nicht einmal als Fragestellung auf. Die zentralen Bezugspunkte für Politik, zwischen denen gesinnungsethisch hin und her gesprungen wird, sind die schlechten (weil verschleiern- den) Abstraktionen »Deutschland«, »Standort«, »Gemeinschaft«, »die Wissenschaft« oder »die Menschheit«. Gedanken, die im engeren oder weiteren Verständnis sozialistischer Theoriebildung entstammen, sind in dem Papier nicht auszumachen.

Wer sich darüber wundert, findet die Auflösung des Problems spätestens auf der zweiten Seite. Die politische Perspektive ist nicht die gesellschaftlicher Opposition und sozialer Emanzipation, sondern die des Drängens in die nationale Verantwortungsgemeinschaft. Die politische Schärfe erschöpft sich darin, die Sparpolitik im Wissenschaftssektor dafür zu kritisieren, daß sie dem deutschen Ansehen in der Welt schade. Die PDS-AG befürchtet ein „beträchtliche(s) Absinken des deutschen Wissenschaftsstandards“. (S.2) Eine solche Partei, die „wissenschaftliche Exzellenz als Standortfaktor“ (S.3) entdeckt, hat uns noch zu unserem Glück gefehlt!

Die Perspektive ist eindeutig: „Die PDS betrachtet es als ein erstrebenswertes Ziel, die Bundesrepublik Deutschland zu einer in prosperierende europäische und globale Austauschbeziehungen eingebetteten wissenschaftlichen Hochleistungsregion auszubauen.“ (S.3) Die wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Schlüsselprobleme werden derartig penetrant in der Reflexionsform nationaler Vergemeinschaftung dargeboten, was auch dadurch nicht entschärft wird, daß das erklärte Ziel des Wettbewerbes der Standorte nicht der Ruin der jeweils anderen, sondern die Errettung der Menschheit ist, bzw. gegenseitig „vorteilhafte globale Interdependenzen“ (S. 3). Diese »nationale Form« der Bestimmung von Problemen selbst, ihr ideologisch harmonisierender Charakter, macht die fundamentalen Interessenwidersprüche, innerhalb derer wissenschaftspolitische Positionen formuliert werden müßten, systematisch unkenntlich. Das Papier ist ein Dokument freiwilliger ideologischer Selbstunterwerfung unter die zentralen Machtdispositive der herrschenden Wissenschaftspolitik.

Dies ist leider ein durchgängiger Zug des ganzen Entwurfs. Es ist z.B. zunächst richtig, das System der staatlichen Forschungsfinanzierung vom Grundsatz her gegen Privatisierungstendenzen zu verteidigen. (S.7) Begründbar ist dies durch den potentiellen gesellschaftlichen Problembezug einer politischen Forschungssteuerung. Die positive Berufung auf eine „deutsche Wissenschaftstradition“ (ebd.) ist hingegen für diesen Zweck völlig abwegig. Das machtgestützte (und machtstützende) deutsche Wissenschaftssystem, wie es mit seiner spezifischen Arbeitsteilung zwischen Staat, Forschungsgesellschaften und Verbänden in seinen wesentlichen Komponenten im wilhelminischen Militarismus entstanden ist, als positiv zu beerbende »deutsche Wissenschaftstradition« abzufeiern, ist eine der analytischen Glanzleistungen dieses Grundsatzpapiers. Darüber hinaus ist es aus der Perspektive der AutorInnen – überwiegend renommierte DDR-WissenschaftlerInnen, deren größerer Teil von eben diesem deutschen Wissenschaftssystem sozial deklariert, mit Berufsverbot belegt und/oder zwangspensioniert wurde – eine kaum überbietbare Selbstverleugnung. Hier schreibt eine deklassierte Elite für die gegenwärtig amtierende Elite, um von dieser als ihresgleichen anerkannt zu werden.² Aus dieser Perspektive erscheint die Abwicklung nicht als politische Konsequenz der obrigkeitstaatlichen deutschen Wissenschaftstradition, die nichts Alternatives neben sich duldet – ein Vorgang, der folglich entsprechend politisch aufgearbeitet werden müsste –, sondern als pures Mißverständnis, welches

überflüssigerweise die deutsche Standortqualität gemindert hätte, da „aus vordergründig machtpolitischen Motiven ein sehr großer Teil des Wissenschaftspotentials der DDR nicht integriert und zur Steigerung des wissenschaftlichen Leistungsvermögens der Bundesrepublik genutzt“ wurde. (S.3)

Elitäre Menschheitsrettung

Mittlerweile kommt kein programmatisches Papier der Wissenschaftspolitik, ganz gleich aus welchem politischen Lager, ohne eine Thematisierung globaler Risikopotentiale aus. Gesellschaftlicher Konsens scheint zu sein, daß die ökologische Krise eine »besondere Herausforderung an die Wissenschaft« darstelle. So weit, so schön, so unklar. Entscheidende politische Differenzierungen müßten in der Bestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft einsetzen. Vereinfacht gefragt: Ist die ökologische Krise primär eine politische Aufgabe – oder primär ein wissenschaftliches Problem, d.h. Ausdruck eines unbefriedigten „Erkenntnisbedarfes“ (S.4) innerhalb von Gebilden, welche die PDS-AG als „moderne Gesellschaften“ (ebd.) charakterisiert. Wem diese Dichotomie zu simpel ist, der müßte zumindest das Verhältnis zwischen beiden Handlungsfeldern bestimmen. Geht es prioritär um den politischen Umbau risikoverursachender und ausbeuterischer ökonomisch-sozialer Strukturen, und ist die Organisation gesellschaftlicher Erkenntnistätigkeit ein Teilaspekt dieses politischen Projektes? Oder geht es vor allem um das

»Überleben der Gattung« als komplexes staatliches Großforschungsprogramm? (Anders gesagt: Sind die C4-Professoren unser letzter Rettungsanker?)

Diese für einen wissenschaftspolitischen Ansatz entscheidende Fragestellung ist im vorliegenden Papier ausgeblendet. Sein argumentatives Gewicht tendiert jedoch eher in Richtung der letzten Aussage. Die PDS-AG sieht in der „Wissenschaft ein gesellschaftliches Potential von Überlebens- und zukunftsentscheidender Bedeutung. Die Förderung ihrer Entwicklung und die Nutzung ihrer Ergebnisse gehören zu den wichtigsten Mitteln, die moderne Staaten zur Zukunftssicherung einsetzen können.“ (S.2) Dies hat zweierlei Konsequenzen: In dem Maße, wie angesichts der globalen Risiken vor allen Dingen ein wissenschaftlicher Dringlichkeitsbedarf angemahnt wird³, bleiben nolens volens die krisenverursachenden sozialökonomischen Strukturen ausgeblendet – bis hin zur Konsequenz zielgerichteter Entpolitisierung dieser Krisenerscheinungen. Aus einer solchen Position heraus ist es schwierig, sich vom Neokonservatismus abzugrenzen, der ebenso verfährt: Sozialer und ökologischer politischer Handlungsbedarf wird, wo er sich nicht mehr verdrängen läßt, auf künftige technologische »Lösungen« und »exzellente« wissenschaftliche Entdeckungen (unter Ausblendung der gesellschaftlichen Verhältnisse) projiziert. Hier setzt (in einem systematischen Sinne) der konservative Elitendiskurs ein, den die PDS-AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik munter mitmacht. (S. 7,8)

Zweitens wird mit einer solchen Positionnahme das konkrete Wissenschaftssystem seinerseits entpolitisiert. Die Frage nämlich, ob dieses in seiner traditionellen Struktur und Verfaßtheit, in der vorherrschenden Art und Weise, wie in Industriestaaten die bestimmenden gesellschaftlichen Interessen in Forschungsprogramme und Studienpläne gegossen werden, nicht selbst ein risikoverstärkender Faktor ist, wird nicht gestellt. Und solange diese Frage von jemandem nicht gestellt wird, der (wie im vorliegenden Papier) durch expansive Wissenschaftsentwicklung die Menschheit retten will, ist davon auszugehen, daß die ökologische Krise offenbar mit den Mitteln bewältigt werden soll, die sie verursacht haben.⁴ Die pure institutionelle Expansion des Wissenschaftssystems wird tendenziell mit einer analog wachsenden Problemlösungskompetenz verwechselt.⁵ Auf diese Weise wird zugleich die Selbsttabuisierung als Entwicklungsmodus neuzeitlicher Wissenschaft (aus der Perspektive feministischer Wissenschaftsgeschichtsschreibung) bzw. deren charakteristische »Selbsttäuschung« (aus der Perspektive von Klaus Peters: Forum Wissenschaft 4/96) ad infinitum verlängert.

Offenbar halten die AutorInnen der PDS-AG das Wissenschaftssystem für einen neutralen Problemlösungsgenerator, der nach dem traditionellen Muster des »wissenschaftlich-technischen Fortschritts« (höher! weiter! schneller! mehr!) auf – im Kern beliebige – »gesellschaftlich relevante« Aufgaben dirigiert werden kann. Galt es früher, den Kosmos zu erobern oder Flüsse umzuleiten, wird morgen die Menschheit gerettet. So entsteht ein gigantomanisches Wissenschaftsprojekt, welches vor allen Dingen dazu angetan ist, das Wissenschaftssystem in seinen traditionellen Formen zu konservieren und gegen Kritik zu immunisieren.

Aparte Eigenlogik

Diesem Ansatz liegt folglich der ebenso traditionelle Modus linear-deterministischer Verwissenschaftlichung zugrunde: »Gesellschaft« und »Wissenschaft« stehen sich unvermittelt gegenüber; Probleme aus der Gesellschaft werden dem Wissenschaftssystem zugewiesen und dort durch »Experten« fachkundig bearbeitet. Je größer die gesellschaftlichen Probleme, je giganti-

scher die Aufgaben, um so größer »die Verantwortung der Wissenschaft« (um so »unzuständiger« quasi die wissenschaftsexternen sozialen und politischen Strukturen). Dieser Modus beruht folglich auf der Einteilung der Gesellschaft in Zuständige und Unzuständige bzw. in »Laien« und »Experten«⁶, und zwar in Form eines Machtverhältnisses. Wenn beispielsweise die Mitbestimmungsfrage in dieser Weise von der »Kompetenzfrage« abhängig gemacht wird, ist demokratische Kontrolle der Wissenschaft ausgeschlossen, selbst wenn das Gegenteil behauptet wird: „Hier muß in Betracht gezogen werden, daß die demokratische Kontrolle des Wissenschaftsbetriebes eine ebenso subtile wie wichtige Angelegenheit ist, die eines Höchstmaßes an Sachkenntnis und Takt bedarf und zu einem guten Teil als Selbstkontrolle der als verantwortliche Mitglieder des Gemeinwesens handelnden Wissenschaftler verwirklicht werden muß, wenn sie nicht Gefahr laufen will, zu einem unberufenen Hineinreden in ein unbegriffenes Metier zu mißraten.“ (S. 9f) Was denn nun? Demokratische Kontrolle oder primär »Selbstkontrolle« ohne »unberufenes Hineinreden«, was professorale Selbstverwaltung schon immer war? Das inszenierte begriffliche Chaos beruht auf der, offenbar zielgerichteten, Vermengung von kognitiver und sozialer Funktion der Wissenschaft. Daß über den individuellen Erkenntnisprozeß und wissenschaftliche »Wahrheit« nicht politisch abgestimmt werden kann, ist eine Trivialität. Ansprüche einer demokratischen Kontrolle des Wissenschaftsprozesses sowie die Legitimation, über wissenschaftspolitische Prioritätenbildungen mitentscheiden zu können, sind aber gerade keine Funktionen individueller akademischer Forschungskompetenz, von »Berufung« und »Befugnis« (wie es konservative Standespolitik gerne will, und unsere PDS-AG offenbar zumindest tendenziell), sondern ergeben sich aus der universellen gesellschaftlichen Wirkung der Wissenschaft auf die Lebensbedingungen aller. Die Berechtigung, über Wissenschaft zu entscheiden, Wissenschaft zu ermöglichen oder auch zu verhindern, kann lediglich vom Verfahren her, nicht jedoch dem Prinzip nach eingegrenzt werden. Die bisherige Kritik dürfte verdeutlicht haben, daß in Teilen der PDS offenbar eine szientistische und technizistische Wissenschaftsauffassung, der ein ebensolcher Politikbegriff entspricht, auf ungebrochene Resonanz stößt. Dies bildet sich auch in den sprachlichen Wendungen ab: „Die Gesellschaft ist heute für ihre Existenz und Entwicklung auf den permanenten Zustrom neuer Forschungsergebnisse angewiesen.“ (S. 10) Grauenhafte Vorstellung: Die »moderne« Gesellschaft muß also, will sie in Betrieb bleiben, ständig bei »der Wissenschaft« tanken gehen. Aus einem politisch gestaltbaren gesellschaftlichen Verhältnis wird eine Art naturwissenschaftlich-technische Determination. Eine Gesellschaft kann in Wahrheit nur in dem Grade frei sein, wie

sie sich von einer so verstandenen Wissenschaft emanzipiert.

In dem Zusammenhang muß man sich dann zusätzlich vorstellen, daß dieser »Zustrom« an Forschungs-Output offenbar exponentiell wachsen soll. Wenn die AutorInnen im gleichen Absatz von einer quasi-gesetzmäßigen „zunehmenden Forschungsabhängigkeit der Praxis“ reden (ebd.), merken sie wahrscheinlich selber nicht, daß letzte Konsequenz dieser Aussage die Abschaffung des Politischen wäre! Das kann sogar recht flott gehen. Wir erfahren nämlich, daß sich eine „neue Stufe der Gesellschaft um die Erzeugung, Verarbeitung, Distribution und Verwertung von Informationen (Wissen)“ herausbildet. (S.4) Der soziale Zusammenhang der Menschen wird zu einem Anhängsel technischer Systeme. Diese technikerministische Gesellschaftsauffassung⁷ eines sich zur Informationsgesellschaft transformierenden Kapitalismus entspricht exakt dem aktuellen Stand an Formationstheorie aus dem Hause Rüttgers & Co. (vorgedacht u.a. von Al Gore oder Bill Gates).

Die sog. nachholende Modernisierung, welche der DDR verordnet wurde, ist zumindest in einigen Köpfen offenbar schneller vorstatten gegangen als erwartet: Der traditionelle Produktivkraftfetischismus, der eine theoretische Sackgasse der Arbeiterbewegung war, kann nahtlos anknüpfen an die Verlautbarungspolitik des mittlerweile zuständigen Bundesministeriums. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die PDS in Regierungsverantwortung will. Sollte dies erfolgreich sein, könnte es bei der Vorstellung, dann mit einer diesen »Grundsätzen« entsprechenden Wissenschaftspolitik konfrontiert zu sein, ziemlich ungemütlich werden.

(Ich danke Rainer Rilling für einige nützliche Hinweise)

Anmerkungen

- 1) AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik bei der PDS, Wissenschafts- und hochschulpolitische Grundsätze der PDS (Ms.), Januar 1997 (alle Zitate mit Seitenangabe im laufenden Text sind diesem Papier entnommen)
- 2) Dies scheint mir ein Grunddilemma und »Strukturproblem« der PDS zu sein, welches exakt dem Spannungsbogen zwischen Opposition und Anbieterung entspricht.
- 3) Die AutorInnen behaupten, daß die globale Zukunftsbewältigung nicht zuletzt deshalb „eine einzigartige Herausforderung an die Wissenschaft“ darstelle, weil diese „über das kognitive Fazit der Menschheitsgeschichte verfügt“. (S. 4) Ist das wirklich so? Oder liegt hier nicht vielleicht doch eine eurozentristisch-patriarchalische Blickverengung vor? Bei der feministischen Wissenschaftskritik hätten sie sich u.a. darüber informieren können, daß Entwicklung und Anwendung neuzeitlicher Wissenschaft auch auf der ständigen Entwertung und Verdrängung (bis hin zur irreversiblen Vernichtung) lebensrelevanter sozialer Wissensformen und Erfahrungen beruht, die dem Muster dieser Wissenschaftsexpansion nicht entsprechen. In Gestalt der Wirksamkeit des agro-industriellen Komplexes im Trikont (und nicht nur dort!), der seine Wurzeln u.a. in hiesigen Forschungslabors hat, läßt sich dies tagtäglich beobachten. Es ist müßig, darauf zu entgegenen (wie es die PDS-AG wahrscheinlich tun würde), dies alles sei schließlich »Mißbrauch« und

würde nicht dem »Wesen der Wissenschaft« entsprechen. Gerade weil bereits in die elementaren Konstituierungsfaktoren dieses Wissenschaftssystems Machtverhältnisse eingeschrieben sind, ist es strukturell nicht möglich, dieses als eine Art neutrales Instrument zu betrachten, welches mit den entsprechenden guten Vorsätzen mal auf diese, mal auf jene »verantwortungsvolle« Aufgabe dirigiert werden kann.

- 4) Dieses Paradoxon, wie etwa die Reklamation ökologischer Kompetenz reflexionslos gerade zu einer spezialistischen Ausdifferenzierung traditioneller Wissenschaft und folglich zu einer bloßen systemfunktionalistisch-symbolischen Bearbeitung der Ökologieproblematik führen kann, ist durch Egon Becker und Peter Wehling (Risiko Wissenschaft – Ökologische Perspektiven in Wissenschaft und Hochschule, Frankfurt/Main 1993) eindringlich beschrieben worden.
- 5) Die implizite Vision, die das PDS-Papier trägt, ist m. E. tatsächlich die einer (letztlich kriterienlosen oder sich selbst begründenden) Expansion des Wissenschaftssystems ad infinitum, die den AutorInnen offenbar als gesellschaftlicher »Fortschritt« erscheint. Wenn etwa eine „Notwendigkeit“ postuliert wird, „daß die Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zugunsten der Wissenschaft fortgesetzt wird“ (S.7), halte ich dies für eine theoretisch und (verteilungs-)politisch höchst fragwürdige Position. Besonders ärgerlich ist es dann zusätzlich, wenn diese »Notwendigkeit« ausschließlich mit der Rüttgers-Phrase von der „Epoche des Übergangs zur wissenschaftsbasierten Gesellschaft“ (ebd.) begründet wird; es käme gerade umgekehrt darauf an, das in dieser Floskel zum Ausdruck kommende ideologiegeladene Politmanöver begrifflich und interessenpolitisch aufzulösen, was eigentlich Aufgabe eines linken programmatischen Papiers wäre (statt dumpe Reproduktion herrschender Ideologie zu betreiben).
- 6) In der ökologischen Krise „(zerfällt) die klare Trennung in »Experte« und »Laien«. ... Wenn das wissenschaftliche Wissen sich insgesamt als krisenhaft erweist, dann kann die Grenze zwischen »adäquatem Expertenwissen« und »unzureichendem Laienwissen nicht mehr zwischen den etablierten Fachwissenschaften und den öffentlichen und politischen Krisenthematisierungen gezogen werden: Wir sind alle Experten, und wir sind alle Laien; die Grenze geht mitten durch jeden von uns.“ (Becker/Wehling a.a.O. S.57)
- 7) Man kann etwas wohlwollend darüber streiten, ob es so etwa gibt wie ein inhärentes „humanes Potential der Wissenschaft“ (S.5). Daß jedoch moderne Informations- und Kommunikationstechniken eine „neuartige Ressource der Demokratie“ (S.7) wären, dürfte ein Gerücht sein. Ein Computer ist genauso wenig eine »demokratische Ressource« wie eine Stehlampe oder eine elektrische Zahnbürste. »Demokratisierbar« sind soziale und politische Kooperationsstrukturen (am Maßstab der ihnen zugrundeliegenden Besitz- und Machtverhältnisse). Demokratie ist keine Potentialität irgendeiner Technik. Dies wird aber offenbar so gesehen, wenn mit genau dieser Stoßrichtung gefordert wird, „große wissenschaftliche Anstrengungen nicht nur der ständigen Weiterentwicklung dieser Techniken selbst, sondern auch der komplexeren Problematik des verantwortlichen Umgangs mit ihnen...“ zu widmen. (S.7) So gut dies auch gemeint ist, unterstellt wird dennoch eine aparte Eigenlogik technischer Entwicklungen, die sich lediglich politisch »begleiten« läßt. Heraus kommt zwangsläufig ein langweiliges rechtssozialdemokratisches Konzept von »Technikfolgenabschätzung«. Die Frage, wie der soziale Prozeß der Technikenese politisch verändert werden kann, kann auf diese Weise nicht mehr sinnvoll gestellt werden.

GLB: Forum Wissenschaft 2/97

Torsten Bultmann ist Bundesgeschäftsführer des BDWi

UNSERE
BILDUNG
GEHT
NUR
DURCH
EINE
KAMPF
ART
VORAN

INSER

BÜNDNISAUFRUF FÜR UMWERTEILUNG UND DEMOKRATIE

Die Hochschulen unterliegen seit Jahren massiven Mittelkürzungen. Nachdem sie seit Jahren unterfinanziert wurden, werden sie jetzt aggressiv kaputtgespart: ganze Fachbereiche werden geschlossen, ein qualifiziertes Lernen, Lehren und Arbeiten ist nicht mehr möglich, 1,9 Millionen Studierende teilen sich noch 970.000 Studienplätze. Der Abbau von Studienplätzen geht unvermindert weiter. Die personelle und sachliche Ausstattung der Hochschulen wird weiter zurückgefahren. Parallel hierzu wird auch die Zahl der Ausbildungsplätze abgebaut.

Begründet werden diese Kürzungen u.a. über eine künstlich forcierte Leistungsdebatte. Die durch die Einsparungen hervorgerufenen Defizite werden zu Effizienzproblemen umgedichtet, die durch das Bild des faulen Langzeitstudierenden, der sich in der sozialen Hängematte ausruht, und das der ineffizienten Hochschule, in der die öffentlichen Gelder versickern, transportiert werden. Durch die Verbetriebswirtschaftlichung der Hochschulen wird der massive Abbau der ohnehin unzureichenden demokratischen Strukturen betrieben. Vor diesem Hintergrund ist die Abschaffung der demokratischen Mindeststandards und die Bekräftigung hierarchischer Strukturen im neuen Hochschulrahmengesetz zu sehen. Es ist dementsprechend auch kein Zufall, daß die bundesweite Einführung der Verfaßten Studierendenschaften, das Politisch Mandat und das Verbot von Studiengebühren nicht im HRG enthalten sind.

Die massiven Kürzungen werden eingebettet in den allgemeinen Spardiskurs und getragen von der Standorthysterie. So entsteht der Eindruck unpolitischen Kürzens, die Politik verkommt zum bloßen Exekutionsorgan von Sachzwängen.

Tatsächlich gibt es jedoch kein unpolitisches Kürzen. Jede Prioritätensetzung ist bereits Ausdruck politischen Willens und bestehender Kräfteverhältnisse. Es handelt sich um eine gewollte Umstrukturierung der Hochschulen.

Hier entsteht die Dienstleistungshochschule, in der Forschung und Lehre nicht am gesellschaftlichen Nutzen, sondern rein an der ökonomischen Verwertbarkeit gemessen wird. Studiengebühren und der Abbau des BAföG haben als logische Konsequenz, daß Bildung nur noch einer Elite zugänglich sein wird und so zur privaten Investition in die berufliche Zukunft verkommt.

Aus diesem rein ökonomischen Blickwinkel gehen jedoch wichtige Aspekte von Bildung verloren:

Bildung für alle ist notwendige Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Bildung soll dem Einzelnen zu einem kritischen Bewußtsein verhelfen und so in die Lage versetzen, ihre/seine individuelle Situation und die der Gesellschaft zu hinterfragen, als veränderbar zu erkennen und auf sie einzuwirken. Bildung erweitert Fähigkeiten und Kenntnisse. Sie ist Voraussetzung für die umfassende Entwicklung der Persönlichkeit.

Hochschulen sollen Orte von Reflexion, Kreativität und Visionen sein. Die moderne Gesellschaft braucht solche Orte, um für die sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme zukunftsfähige Lösungen finden zu können.

Bildung ist Voraussetzung für den Zugang zu beruflichen Perspektiven und gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten.

"Bildung für alle!" heißt daher das Ziel, sie zu finanzieren und bleibt Aufgabe des Staates. Eine Umstrukturierung der Hochschulen ist notwendig, doch nicht überwiegend unter ökonomischen, sondern unter demokratischen und sozialen Gesichtspunkten.

Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine auf die Hochschulen beschränkte Entwicklung. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist in den letzten 5 Jahren von 777.352 (Juni 92) auf 507.129 (Juni 97) zurückgegangen. Die Mehrheit des

Bundestags weigert sich beharrlich, die nicht auszubildenden Betriebe an der Finanzierung der beruflichen Erstausbildung zu beteiligen. Der Bildungsabbau stellt nur einen Teil des Sozialabbaus und der politisch gewollten Umverteilung von unten nach oben dar. Seit Jahren findet der staatliche Rückzug aus gesellschaftlichen Kernbereichen statt. Es kommt zu einer Privatisierung individueller Lebensrisiken (zum Beispiel Abbau des Sozialversicherungssystems). Geld ist aber genug vorhanden. Ständig steigende Unternehmensgewinne und Privatvermögen belegen das. Während Lohnsteuer und Sozialabgaben auf durchschnittliche Arbeitseinkommen seit 1980 um ¼ auf 35% explodierten, wurden im Gegenzug der Anteil der Ertragssteuern von 16% auf 5% der gesamten Steuereinnahmen reduziert. Die Vermögenssteuer wurde ganz gestrichen, in diesem Jahr folgt die Streichung der Gewerbesteuer.

Die Leere in den öffentlichen Kassen ist selbstverschuldet und ein Ergebnis der Arbeitslosigkeit und jahrelang verfehlter Steuerpolitik, die darauf verzichtet, Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen und damit neue Ungleichheit produziert. Diese Entwicklung gilt es umzukehren. Voraussetzung hierfür ist die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander und schließt immer mehr Menschen von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aus. Die Folge ist eine formale Gleichheit bei materieller Ungleichheit, die zum Entstehen undemokratischer und elitärer Strukturen führt. Die ersten Opfer waren sozial Benachteiligte und "Randgruppen". Die Entwicklung hat aber schon längst die Mitte der Gesellschaft erreicht. Die Zahl von Ausgegrenzten, der von Armut und sozialem Abstieg Bedrohten, der Arbeitslosen und der Menschen in ungesicherten Lebensverhältnissen steigt unaufhörlich und damit auch der Druck auf einzelne, sich anzupassen und unterzuordnen.

Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen, die Standort- und Kürzungsdebatte zu durchbrechen und gemeinsam für Umverteilung und Demokratisierung zu streiten. Dazu ist es notwendig die materiellen Voraussetzungen für eine Politik zu schaffen, deren Ziel eine demokratische und sozial gerechte Gesellschaft ist:

- durch weitere Arbeitszeitverkürzung und andere effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- durch Einführung einer existenzsichernden sozialen Grundsicherung für alle Menschen,
- durch eine soziale und demokratische Reform des Bildungssystems.

ErstunterzeichnerINNen:

Prof. Albert Scheer, Ludmilla Ackermann, Dr. Rolf Göbner, Bodo Ramelow, Stephanie Parau, Siegfried Bleicher, Martin Stricker, Klaus-Stefan Scheuermann, Horst Eberlein, IG Metall, hbv Hauptvorstand, hbv Thüringen, hbv Rheinland-Pfalz, bass in der GEW, GEW Hessen, IG Medien - Druck und Papier, Publizistik und Kunst, Hauptvorstand, Institut für Informations- und Kommunikationsökologie, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Verein Frankfurter Armutsaktie, Sozialbündnis Frankfurt/Main, Jungdemokraten/Junge Linke Landesverband Hessen, Bund demokratischer WissenschaftlerINNen, AStA Uni Gießen, AStA FH Frankfurt, AStA Uni Frankfurt, AStA Uni Dortmund, NaturwissenschaftlerINNen-Initiative Verantwortung für "Friedens- und Zukunftsfähigkeit" Uni Dortmund, AStA Uni Bochum, AStA UGH Essen, AStA Uni Bonn, AStA Uni Aachen, RefRat Hu Berlin, AStA Uni Mainz, AStA Uni Düsseldorf, AStA Uni Trier, StuRa Uni Leipzig, AStA Uni Saarbrücken, AStA der Hochschule für Musik und Theater Saarbrücken, StuRa Uni Potsdam, AStA PH Heidelberg, IG Behinderte Uni Bremen, freier Zusammenschluß von StudentINNenschaften (fzs)

Organisationsreferat

(Dutschke/Krahl) Gehalten von Rudi Dutschke auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS, 1967

Die beiden zentralen politischen Ereignisse, an denen sich innerhalb des Verbandes seit der letzten DK dessen politische Aktivität diebromisch polarisierte, waren die Bildung der Großen Koalition und der politische Mord am 2. Juni in Berlin. Erstmals seit der Abspaltung von der SPD stellte sich die Organisationsfrage als eine aktuell-politische innerhalb des Verbandes. Je nachdem, welchem von diesen Ereignissen die politische Präponderanz zugesprochen wurde, kam es zu tendenziellen Fraktionsbildungen, die sich durch die objektive Intention auszeichneten, die

theoretischen Meinungen zu praktisch-politischen Richtungskämpfen zu konkretisieren.

Deren mögliche organisatorische Konsequenz wurden etwa vom BV aus der Erfahrung der Protestbewegungen, besonders Jugendlicher, ebenso wie inhaltlich eher als „formal lockere, inhaltlich einheitliche öffentlich arbeitende Organisation“ beschrieben und in Berlin unter dem Titel der Gegenuniversität und Institutssoziationen diskutiert, während anderen Gruppen die Bildung der Großen Koalition An-

laß zum wiederholten Versuch einer Sammlungsbewegung sozialistischer Gruppen und Gruppenen bot. Darüber hinaus wurde die Aktualität der Organisationsfrage nach dem 2. Juni für einige SDS-Gruppen umso akuter, als sie ihre organisatorische Unzulänglichkeit praktisch erlitten mußten. Der noch nie dagewesenen Verbreiterung des anti-autoritären Protestes nach dem 2. Juni war die Überkommen, noch an der SPD orientierte Organisationsstruktur des SDS nicht gewachsen. Die Spontanität der Bewegung droht die

größten Gruppen organisatorisch zu paralyzieren. Ihr politisches Verhalten erschien deshalb zum großen Teil reaktiv aufgezungen, und Ansätze für politisch-initiative Führung waren weitgehend hilflos.

Die unmittelbar in der Gegenwart sichtbare Erscheinung des Falens der Wachstumsraten in den wichtigsten Kennziffern ökonomischen Wachstums erklärt sich nicht oberflächlich aus bloßen Konjunkturschwankungen. Die fundamentalen Faktoren wirtschaftlichen Wachstums werden konstituiert durch die quantitative und qualitative Bestimmung der Arbeitskräftestruktur und des davon abhängigen Standes in der Entwicklung der Produktionsmittel. Das Zusammenwirken dieser beiden Elemente begründet die „objektive Trendlinie“ (Janossy) der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie „stellt nicht das jeweils gegebene Wirtschaftspotential dar, sondern dasjenige, welches gegeben wäre, wenn die zur Verfügung stehenden Produktionsmittel genügen würden, die vorhandene Arbeitskraft ihrer Qualifikation und Struktur entsprechend wirken zu lassen.“ Die Trendlinie stellt demgegenüber ein potentielles Wirtschaftspotential dar, welches ausschließlich von den quantitativ und qualitativ bestimmten Arbeitskräften bestimmt wird. (Manuskript S. 81)

Der durch kapitalistische Produktionsverhältnisse vermittelte Krieg zerstört zwar das faktisch gegebene Wirtschaftspotential, aber nicht die eine objektive Möglichkeit darstellende Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Theorie Janossys zufolge bezieht sich die Trendlinie auf den Krieg, als habe er nicht stattgefunden und soll dennoch gleichwohl in Bezug auf die Nachkriegswirklichkeit keine bloße Fiktion sein. Daraus folgert Janossy auf ein reales Element, „das den Krieg unheiligt übersteht“, und zwar menschliche Gesellschaft selbst, wie sie sich qualitativ durch die tradierte Akkumulation von Er-

fahrung und Wissenschaft ökonomisch in der historisch spezifischen Gestalt der Arbeitskräftestruktur darstellt. Es kann keine Rede davon sein, daß sich, wie der Genosse Gäng ökonomisch verkürzt meint, das wirtschaftliche Wachstum der BRD durch ein Überangebot an Arbeitskräften in Folge des Zustroms der Ostflüchtlinge vermittelte. Die Bedingung für die Möglichkeit eines ungebrochenen wirtschaftlichen Wachstums in der BRD bestand allein im Ausgleich der durch den Krieg quantitativ verminderten Arbeitskräftestruktur. Dieser Ausgleich erfolgte durch die Facharbeiter aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und später aus der DDR bis zum 13. August 1961.

Auf der Grundlage einer hervorragenden Arbeitskräftestruktur konnte sich so ein durch amerikanisches Kapital vermittelter langer Aufstieg bis zur vollen Ausnutzung des vorhandenen Niveaus der Arbeitskräftestruktur und der von ihr in Bewegung gesetzten Produktionsmaschinerie durchsetzen. Hinzu kam, daß in der BRD der Eindruck eines Wirtschaftswunders nur entstehen konnte, „weil nicht nur die Folgen des Krieges überwunden wurden, sondern auch der zwischen zwei Weltkriegen entstandene Rückstand aufgeholt werden konnte.“ (Manuskript S. 43)

I. Im Laufe der prosperierenden Rekonstruktionsperiode mit ihren hohen Wachstumsraten wurden dem „schwachen Staat“ durch den Druck politischer und sonstiger Interessenverbände hohe Subventionen abgerungen, die die herrschende Oligarchie unter den damaligen Bedingungen durchaus verkraften konnte.

II. Am Ende der Rekonstruktion, das heißt der Periode des Einlaufens in die Trendlinie, erscheinen die Subventionen als zusätzliche, meist unproduktive Ausgaben, als für die Weiterentwicklung der

Ökonomie gefährliche Totgewichte, als gesellschaftliche faux frais, „rote Kosten“ der kapitalistischen Produktion.

III. Das Eigengewicht der Interessenverbände innerhalb des Systems der Interessendemokratie kann in der noch pluralistischen Gesellschaft nicht wieder ohne weiteres abgebaut werden, muß aber am Ende der Rekonstruktion in den Griff bekommen werden. So tauchen die Begriffe der Rationalisierung der Formierung und letztlich der „Konzertierten Aktion“ auf. Die verschiedenen „Reformversuche“ des Systems in der jetzigen Periode sind als Versuche des Kapitals zu begriffen, sich in die veränderten Bedingungen herrschafts- und profitauf abzurufen.

IV. Die auffälligste Erscheinung der gegenwärtigen ökonomischen Formationsperiode ist die Zunahme der staatlichen Eingriffe in den wirklichen Produktionsprozess als Einheit von Produktion und Zirkulation. Dieser Gesamtkomplex der staatlich-gesellschaftlichen Wirtschaftsregulierung bildet ein System des Integralen Etatismus, der im Unterschied zum Staatskapitalismus auf der Grundlage der Beibehaltung der privaten Verfügung über die Produktionsmittel die Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz ausschaltet und den einmal naturwüchsigen Ausgleich der Profitrate durch eine staatlich-gesellschaftlich orientierte Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertmasse herstellt.

In dem Maße, in dem durch eine Symbiose staatlicher und industrieller Bürokratien der Staat zum gesellschaftlichen Gesamtkapitalisten wird, schließt sich die Gesellschaft zur staatlichen Gesamtkassette zusammen, expandiert die betriebliche Arbeitsteilung tendenziell zu einer gesamtgesellschaftlichen. Der Integrale Etatismus ist die Vervollendung des Monopolkapitalismus.

Außergewöhnliche Zwangsgewalt gewinnt im Integralen Etatismus unmittelbar ökonomische Potenz. Damit spielt sie für die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftsformation eine Rolle, wie seit den Tagen der ursprünglichen Akkumulation nicht mehr. Bewirkte sie in jener Phase den blutigen Expropriationsprozeß der Volksmassen, der überhaupt erst die Trennung von Lohnarbeit und Kapital herbeiführte, wird sie Marx zufolge im etablierten Konkurrenzkapitalismus kaum noch angewandt. Denn die objektive Selbstbewegung des Begriffs der Warenform, ihres Wertes konstituiert sich in dem Maße zu den Naturgesetzen der kapitalistischen Entwicklung, als die ökonomische Gewalt im Bewußtsein der unmittelbaren Produzenten verinnerlicht wird. Die Verinnerlichung ökonomischer Gewalt erlaubt eine tendenzielle Liberalisierung staatlicher und politischer, moralischer und rechtlicher Herrschaft. Der naturwüchsig produzierte Krisenzusammenhang der kapitalistischen Entwicklung problematisiert in der Aktualität der Krise die Verinnerlichung ökonomischer Gewalt, die in der Deutung der materialistischen Theorie zwei Lösungen kennt. Die Krise ermöglicht einerseits die Möglichkeit zu proletarischem Klassenbewußtsein und dessen Organisierung zur materiellen Gegengewalt in der autonomen Aktion der sich selbst befreienden Arbeiterklasse. Andererseits nötigt sie objektiv die Bourgeoisie im Interesse von deren ökonomischer Verfügungsgewalt zum Rückgriff auf die physisch terroristische Zwangsgewalt des Staates.

Der Ausweg des Kapitalismus aus der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 beruhte auf der Fixierung an die terroristische Machtstruktur des faschistischen Staates. Nach 1945 wurde diese außerökonomische Zwangsgewalt keineswegs abgebaut, sondern in totalitärem Ausmaß psychisch umgesetzt.

Diese Verinnerlichung beinhaltet den Verzicht auf manifeste Unterdrückung nach innen und war konstitutiv für den Scheinliberalismus und Scheinparlamentarismus, allerdings um den Preis der antikommunistischen Projektion eines absoluten Ausenfeindes.

Die aus einer veränderten internationalen Konstellation entstandene „Entspannungspolitik“ der BRD half mit, besonders am Ende der Rekonstruktionsperiode den Zersetzungsprozeß des militanten Antikommunismus zu forcieren.

Die manipulativ verinnerlichte außerökonomische Zwangsgewalt konstituiert eine neue Qualität von Naturwüchsigkeit des kapitalistischen Systems. Allerdings wäre ein Eingriff in die Naturgesetze der kapitalistischen Entwicklung nur sinnvoll denkbar, wenn sie den objektiven Verwer-

tungsprozeß des Kapitals strukturell veränderte. Ohne diese Annahme würde die Kritik des Systems der Manipulation bloße Kulturkritik bleiben und die Eindimensionalisierung aller Bereiche der Gesellschaft, nämlich die Einordnung der wissenschaftlichen Differenzen von Überbau und Basis, Staat und Gesellschaft akzidentell bleiben. Sie erfährt erst ihre ökonomiekritische, materialistische Darstellung, wenn das Verhältnis von Wert und Tauschwert, Produktions- und Zirkulationssphäre selbst in die globale Eindimensionalisierung der Gesellschaft einbezogen wird. Die Frage war also: Wie paßt der Überbau, außerökonomische Gewalt von Staat, Recht etc. als ein institutionelles System von Manipulation in die Substanz der Warenproduktion, die abstrakte Arbeit selbst ein? Abstrakte Arbeit, die Substanz des Wertes, bezeichnet das arbeitsteilige Produktionsverhältnis von isoliert privat arbeitenden Individuen. Auf Grund deren Isolation in der Produktion sind sie gezwungen, ihre Produkte auf dem Markt als Waren zu verkaufen, d.h. der gesellschaftliche Verkehr der Produzenten untereinander stellt sich nicht in der Produktion selbst her, sondern in der (???) Erscheinungsweise der Produktion der Zirkulationssphäre unter dem (???) (unverständlich).

Mit der Entwicklung zum Monopolkapitalismus zeichnet sich die Tendenz einer fortschreitenden Liquidation der Zirkulationssphäre ab, wodurch die Möglichkeit einer Aufhebung abstrakter Arbeit bezeichnet wird. Dies deutet Marx mit der Analyse der Aktiengesellschaft an, wenn er diese als Gesellschaftskapital unmittelbar assoziierter Individuen bezeichnet. Außerökonomische Zwangsgewalt, Staat und andere Überbauerscheinungen greifen derart in die Warenzirkulation ein, daß die abstrakte Arbeit durch ein gigantisches institutionelles Manipulationssystem artifiziell reproduziert wird.

Ebenso greift sie in die spezifisch (???) Warenproduktion der Ware Arbeitskraft ein. Wenn der technische Fortschritt der Maschine zwar potentiell die Arbeit abschafft, aber faktisch die Arbeiter abschafft und eine Situation eintritt, in der die Herrschenden die Massen ernähren müssen, wird die Arbeitskraft als Ware tendenziell ersetzt. Die Lohnabhängigen können sich nicht einmal mehr verdingen; die Arbeitslosen verfügen nicht einmal mehr über ihre Arbeitskraft als Ware. Daß am Ende der Rekonstruktion die strukturelle Arbeitslosigkeit nicht mehr im Zusammenhang mit der Funktionsbestimmung der Reservearmee analysierbar ist, ist Indiz dafür. (Kapitalvernichtung). Diese Tendenz ist begreifbar nur im Rahmen

der durch den technischen Fortschritt zu Automation bewirkten Konstellationsveränderung im Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit. Wie Karl Korsch und Herbert Marcuse mit Bezug auf Marx andeuteten, bewirkt diese Konstellationsveränderung, daß nicht mehr das Wertgesetz die objektiv sich durchsetzende Arbeitszeit, den Wertmaßstab abgibt, sondern die Totalität des Maschinenwesens selber (Klassenstruktur).

Diese Hypothesen lassen grundsätzliche Folgerungen für die Strategie revolutionärer Aktionen zu. Durch die globale Eindimensionalisierung aller ökonomischen und sozialen Differenzen ist die damit praktisch berechnete und marxistisch richtige Anschauungskritik, die des voluntaristischen Subjektivismus, daß Bakunin sich hier auf den revolutionären Willen allein verlassen und die ökonomische Notwendigkeit außer acht lasse, ... (unverständlich)

- a) Prozeß der Kapitalvernichtung via Steigerung der toten Kosten;
- b) Entwicklung Produktionskräfte – gesamtgesellschaftlicher Lohnarbeiter (Lager, Klasse, Fraktion)
- c) Gegensatz vergegenständlichter/toter Arbeitskraft

Wenn die Struktur des Integralen Etatismus durch alle seine institutionellen Verästelungen hindurch ein gigantisches System von Manipulation darstellt, so stellt dieses eine neue Qualität von Leiden der Massen her, die nicht mehr aus sich heraus fähig sind, sich zu empören. Die Selbstorganisation ihrer Interessen, Bedürfnisse, Wünsche ist damit geschichtlich unmöglich geworden. Sie erfassen die soziale Wirklichkeit nur noch durch die von ihnen verinnerlichten Schemata des Herrschaftssystems selbst. Die Möglichkeit zu qualitativer, politischer Erfahrung ist auf ein Minimum reduziert worden. Die revolutionären Bewußtseinsgruppen, die auf der Grundlage ihrer spezifischen Stellung in Institutionenwesen eine Ebene von aufklärenden Gegensignalen durch sinnlich manifeste Aktion produzieren können, benutzen eine Methode politischen Kampfes die sie von den traditionellen Formen politischer Auseinandersetzung prinzipiell unterscheidet.

Die Agitation in der Aktion, die sinnlich Erfahrung der organisierten Einzelkämpfe in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbar irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit werden kann.

Die „Propaganda der Schüsse“ (Che) in der „Dritten Welt“ muß durch die „Propaganda der Tat“ in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthiniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.

Die Universität bildet seine Sicherheitszone, genauer gesagt, seine soziale Basis, in der er und von der er den Kampf gegen die Institutionen, den Kampf um den Mensagroschen und um die Macht im Staate organisiert.

Hat das alles etwas mit dem SDS zu tun? Wir wissen sehr genau, daß es viele Genossen und Genossinnen im Verband gibt, die nicht mehr bereit sind, abstrakten Sozialismus, der nichts mit der eigenen Lebenstätigkeit zu tun hat, als politische Haltung zu akzeptieren. Die persönlichen Voraussetzungen für eine andere organisatorische Gestalt der Zusammenarbeit in den SDS-Gruppen sind vorhanden. Das Sich-Verweigern in den eigenen Institutionsmilieus erfordert Guerilla-Mentalität, sollen nicht Integration und Zynismus die nächste Station sein.

Die bisherige Struktur des SDS war orientiert am revisionistischen Modell der bürgerlichen Mitgliederparteien. Der Vorstand befaßt bürokratisch die zahlenden Mitglieder unter sich, die ein bloß abstraktes Bekenntnis zu den Zielen ihrer Organisation ablegen müssen. Andererseits versuchte der SDS die perfekte Verwaltungsfunktion revisionistischer Mitgliederparteien nicht voll zu übernehmen, da er ein nur teilbürokratisierter Verband ist, ein organisatorischer Zwitter. Demgegenüber stellt sich heute das Problem der Organisation als Problem revolutionärer Existenz.



Studenten streiken an 50 Universitäten

Hochschüler prangern überfüllte Hörsäle und verärrtete Labors an / In Bonn protestieren Zehntausen
 ktorenpräsident Landfried: Es fehlen bis zu neun Milliarden Mark im Jahr / Rüttgers kündigt BAföG-Ref

sc Bonn (Eigener Bericht) - Gegen die Finanznot an deutschen Universitäten haben am Donnerstag in Bonn rund 40 000 Studenten protestiert. Unter dem Motto „Wir bringen den Bildungsstau nach Bonn“ zogen die Studenten in einem kilometerlangen Zug friedlich mehrere Stunden durch die Innenstadt bis zur Hofgartenwiese. Der bundesweite Studentenprotest richtet sich gegen schlechte Studienbedingungen und weitere Kürzungen der Bildungsetats. Gudem ein Verbot von Studiengebühren und eine grundlegend Ausbildungsförderung. Auch Professoren und Politiker unterstützen. Von 230 deutschen Hochschulen werden nach Angaben der Organisatoren jetzt 50 bestreikt, einige davon seit vier Wochen

Zerschlagt die Universität

von Andre Gorz

1 Die Universität kann nicht funktionieren, also muß man verhindern, daß sie funktioniert, damit diese Funktionsunfähigkeit ans Tageslicht kommt. Keine irgendwie geartete Reform kann diese Institution lebensfähig machen; also muß man die Reformen bekämpfen, sowohl hinsichtlich ihrer Auswirkungen als auch ihrer Ziele und zwar nicht weil sie gefährlich, sondern weil sie illusorisch sind. Die Krise der Universität reicht (wie wir zeigen werden) über den Hochschulbereich hinaus und umfaßt in ihrer Gesamtheit die gesellschaftliche und technische Arbeitsteilung; also muß diese Krise zum Ausbruch kommen.

Man kann darüber diskutieren, wie und auf welche Weise diese Krise herbeizuführen ist. Es gibt gute und weniger gute Möglichkeiten. Allerdings ist Diskussion und Kritik nur dann sinnvoll, wenn sie von denen kommt, die eingesehen haben, daß der Reformismus unbedingt abzulehnen ist und zwar als Ganzes.

2 Die offene Krise der Universität als Institution reicht zurück in die beginnenden sechziger Jahre: damals wurde der Plan Fouchet eingeführt. In dem Augenblick, wo die meisten Schüler eines Jahrgangs sich zur Abschlußprüfung melden und die meisten Abiturienten sich an den Universitäten immatrikulieren wollen, geraten die von der Bourgeoisie eingesetzten sozialen Auswahlmechanismen ins Wanken und ihre Ideologie und ihre Institutionen geraten in eine Krise.

Die Bildungsideologie verspricht über das Studium - gleiche Aufstiegschancen für jedermann. Diese Gleichheit ist - wie Bourdieu und Passeron aufgezeigt haben - schon immer fiktiv gewesen. Allerdings waren in der Vergangenheit Auswahlmechanismen und -kriterien „objektiv“ genug, um Klassencharakter und Willkür hinreichend zu verdecken: Ausnahme oder Ablehnung erfolgten nach einem ein für alle Mal festgelegten Katalog von „Begabungen“ und „Fähigkeiten“. Die Linke hat nie gegen die klassenmäßigen Auswahlkriterien gekämpft - sie hätte dann gegen die Auswahl selbst und das Schulsystem

als Ganzes kämpfen müssen, sondern sie kämpfte für das Recht aller, in die Auswahlmaschine eintreten zu dürfen.

Der widerspruchsvolle Charakter dieser Forderung blieb solange verborgen, als das Recht zwar theoretisch allen offen stand, die überwiegende Mehrzahl aber keine Möglichkeit hatte, praktisch davon Gebrauch zu machen. In dem Augenblick aber, wo mithilfe einer weiterverbreiteten Bildung es für die meisten möglich wird, von einem in der Theorie bestehenden Recht praktisch Gebrauch zu machen, wird der Widerspruch deutlich: wenn die Mehrzahl zu den Hochschulen Zugang erhält, verlieren diese ihre Funktion als Instrument der Auslese. Das Recht, studieren zu dürfen und das Recht, die soziale Stufenleiter emporzuklettern, laufen nicht mehr parallel. Wenn auch vielleicht noch alle studieren können, so können jedenfalls keineswegs mehr alle auch mit einer privilegierten Stellung rechnen. Sind aber einmal die Auswahlmechanismen ins Wanken geraten, so wird die Gesellschaft versuchen, zusätzliche Mechanismen zu schaffen, oder aber sie wird zu Studienbeschränkungen administrativer Art Zuflucht nehmen.

3 Diese administrativen Beschränkungen - numerus clausus, Auswahl durch Wettbewerb - sind politisch so delikant, daß alle der V. Republik nachfolgenden Regierungen vor ihrer Anwendung zurückschreckten. In der Tat ist jede von vornherein festgelegte Zulassungsbeschränkung die offene und brutale Negierung eines Rechtsprinzips und einer gesellschaftlichen Fiktion, nämlich: daß alle die gleiche Chance haben, gesellschaftlich aufzusteigen, und daß alle, die dazu befähigt sind, auch studieren können.

Diese Rechtsfiktion zerstören, hieße den illusorischen Charakter der bürgerlichen Freiheiten bloßlegen; vor allem wäre diese im Namen der technokratischen Rationalität angewendete Beschränkung, das Studium ist teuer und unrentabel, wenn die Diplomierten später nicht aufsteigen können - ein Schlag ins Gesicht der Mittelschichten, oder derjenigen, die so genannt werden, mit deren Unterstützung das kapitalistische Regime nur dann rechnen kann, wenn es ihnen die Möglichkeiten eines allein durch die eigenen Fähigkeiten begrenzten „gesellschaftlichen Aufstiegs“ vorgaukelt. Numerus clausus, Vorauswahl, Wettbewerb würden die Illusionen der Leistungsideologie zerstören und somit die mittleren Schichten gegen den kapitalistischen Staat aufbringen; sie würden erken-

nen, daß ihre soziale Stellung ihr Schicksal ist und daß sie keineswegs zum „herrschenden Bürgertum“ gehören und nur durch den Zufall der Geburt und des „fehlenden“ Vermögens keine wirklichen Bourgeois geworden sind, sondern daß sie nichts weiter sind als bedürftiges Fußvolk, subalterne Arbeiter, keinesweg aber ihresgleichen, und dazu bestimmt, der Bourgeoisie zu dienen.

Die Bourgeoisie muß also politisch die Fiktion der sozialen Aufstiegschancen für alle und also auch des freien Zugangs zum Studium für alle aufrechterhalten - und dies ist auch der Sinn der Faurischen Reformen. Allerdings wird nun diese Fiktion von der Wirklichkeit entlarvt: keine Aufnahmebeschränkungen, aber das Studium führt zu nichts. Die vielen Diplome entwerten das Diplom. Viele sind auserwählt, aber nur wenige sind berufen: es gibt zu wenig freie Stellen. Die zahlenmäßige Auslese findet nicht durch die Hochschulen, sondern durch das Angebot an Arbeitsplätzen statt. In Erwartung daß „die Macht der Ereignisse“ verstanden werde - d.h. daß die Eltern ihre Kinder auf die - übrigens noch zu gründenden - „guten“ Fachschulen hinlenken, die ihnen zu „guten“ Stellungen verhelfen und nicht zu den Universitäten, aus denen sie als Arbeitslose herauskommen -, läßt der Staat die Universitäten für alle offen, während er gleichzeitig den Wert der Diplome, die sie vergeben, immer mehr vermindert. Kurz: das Gängelband, das man der Universität läßt, ist gerade lang genug, um sich - so hofft man - daran aufzuhängen. Inzwischen schickt man die Bullen in die Universitäten und wartet, daß diese, nachdem man so für Unordnung gesorgt hat, nun völlig in Mißkredit geraten.

4 Diese Widersprüche der bürgerlichen Universität sind auf grundsätzliche Widersprüche zurückzuführen: - Der Wert der bislang den Diplomen zuerkannt wurde, beruhte auf ihrer geringen Häufigkeit und der geringen Häufigkeit der Studierfähigen. Wenn nun immer mehr Leute studieren und diplomiert werden, so verliert das Diplom seinen Wert als Auszeichnung, und die hierarchische Arbeitsteilung wird aufgehoben. - Wenn die Befähigung zum Studium allgemein verbreitet ist - sei sie nun durch ein Diplom gekrönt oder nicht - so kann sie nicht mehr als Auswahlkriterium gelten: die soziale Schichtenbildung kann sie nicht mehr vorgeben, auf Fähigkeiten und Verdiensten zu beruhen. Das Recht zu studieren und das Recht aufzusteigen, laufen nicht mehr parallel.

- Wenn das Studium keine Garantie mehr für den gesellschaftlichen Aufstieg ist, dann kann man es entweder als einen Zeitverlust betrachten und als unnütze gesellschaftliche Belastung, da es sich weder für den Studierenden noch für die kapitalistische Gesellschaft rentiert, oder man betrachtet es als eine allgemeine nicht funktionale Bildung, einen Luxus, den sich die Gesellschaft schließlich leisten kann. In diesem Fall hat aber das unverjähbare Recht auf eine Studium zur Folge, daß dieses Studium, das ohne Aufstieg bleiben wird, für diejenigen, die es aufnehmen, und die später Angestellte, Arbeiter oder sonst irgend etwas werden, einen 'Wert an sich darstellt.

Hier nun bricht der Widerspruch der Universität offen auf. Gegen das Auswahlverfahren hatte die Studentenbewegung für das unverjähbare Recht jedes einzelnen auf ein Studium gekämpft. Diese Forderung (die solange kleinbürgerlich blieb als sie Aufstiegsmöglichkeiten für alle verteidigte), führte dann logischerweise zu antihierarchischen und egalitären Positionen: wenn alle das Recht haben zu studieren, so dürfte das Studium, da es aufhörte das Privileg einer Klasse zu sein, auch kein Recht auf irgend ein anderes Privileg beinhalten. Man mußte dann akzeptieren, daß Akademiker mit der Hand arbeiten, was dazu führte, daß nun die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die von dieser geprägten technischen Arbeitsteilung, sowie jede Form der Hierarchisierung der Aufgaben in Frage gestellt und abgelehnt wurden.

Jedoch kann man hier noch nicht stehen bleiben; denn in dem Moment, wo man akzeptiert, daß das Studium nicht mehr gleichbedeutend mit sozialem Aufstieg ist, muß man Wesen, Inhalt und Sinn des Studiums neu definieren: entsprechen sie keiner „nützlichen Kultur“, so müssen sie einer „rebellischen Kultur“ entsprechen; entspricht das Studium also keiner Forderung der Gesellschaft, so muß es den Forderungen derjenigen entsprechen, die diese Gesellschaft zerstören und diese Arbeitsteilung aufheben wollen.

Nun kann aber die Universität ihrem Wesen nach dieser Forderung gar nicht entsprechen: weder ist sie funktional hinsichtlich der Forderung der kapitalistischen Wirtschaft, noch hinsichtlich der Forderungen jener, die den Kapitalismus stürzen wollen; sie vermittelt weder eine „nützliche Kultur“, noch eine „rebellische Kultur“ (die sich per definitionem nicht vermitteln läßt); sie vermittelt eine „universitäre Kultur“, das heißt eine von jeder produktiven oder politisch aktiven Praxis ent-

fernte Kultur; kurz, es ist ein Ort, wo man seine Zeit weder auf nützliche noch auf interessante Weise verbringen kann. Und keine Reform kann diese Situation ändern. Es kann also nicht darum gehen, daß man die Universität reformiert, man muß sie vielmehr zerstören, um damit gleichzeitig die vom Volk losgelöste Kultur, deren Ausdruck sie ist, (die Kultur der Mandarine) und die gesellschaftliche Schichtenbildung, deren Instrument sie noch immer ist, zu zerstören.



5 Die Hochschulguerilla verkürzt die Agonie einer zum Sterben verurteilten Institution und enthüllt die Heuchelei der Fachverbände, die sie verteidigen. Wird man sagen, daß die linken Studenten weder etwas anderes an ihrer Stelle zu setzen wissen noch die Gesellschaft verändern können, damit dieses andere lebensfähig werde? Natürlich ist klar, daß die Studenten allein weder eine andere Kultur hervorbringen noch die Revolution machen können. Sie können jedoch verhindern, daß die Zuspitzung der Krise der bürgerlichen Institutionen, der Arbeitsteilung und die Auswahl der „Eliten“ verschleiert bleiben. Das tun sie, (und das ist es auch, was alle Rufen nach Ordnung - dieser Ordnung oder einer anderen ebenso autoritären und hierarchischen - ihnen vorwerfen). Allein können sie nicht weitergehen; die tatsächliche (und nicht mehr nur ideologische) Zerstörung, ja nicht einmal die tatsächliche Infragestellung der Arbeitsteilung kann nicht an den Universitäten geleistet werden, dies kann nur in den Fabriken und Unternehmen geschehen. Voraussetzung ist die kri-

tische Analyse einer Organisation, deren scheinbare technische Rationalität nichts weiter ist als die Objektivierung und Maske einer ganz und gar politischen Rationalität; was wir brauchen ist die Analyse einer Herrschaftstechnik.

Nur wenn man von einer solchen Kritik an der Arbeitsteilung ausgeht, kann man wirksam das Schul- und Hochschulwesen kritisieren; die technischen und Berufsschulen, wo direkt, und die Universitäten, wo indirekt die Führungskräfte, die technischen Leiter und das übrige Personal für die kapitalistische Produktion ausgebildet werden. Die Zerstörung der Universität ist also nicht nur Sache der Schüler und Studenten, sie ist vor allem Sache der Arbeiterklasse, wenn die kapitalistische Arbeitsteilung, die schon in der Schule beginnt, überwunden werden soll. Die Krise der bürgerlichen Universität und die Revolte der Arbeiter gegen die Gewaltherrschaft der Fabrik geben diesem Problem (der Überwindung der Arbeitsteilung) seine Aktualität. Und wenn der Zusammenhang dieser beiden Erscheinungen derselben Krise nicht zu einer wirklichen Verbindung zwischen Studenten und Arbeitern führt, und es zu keiner gegenseitigen Kritik der Bildungs- und Herrschaftsmethoden kommt, so ist der Fehler nicht bei den Studenten zu suchen; er liegt vielmehr bei den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, die alles tun, um die Studenten in das Hochschulghetto einzuschließen, damit sie umso besser die Forderungen der Arbeiter kontrollieren können. Wenn der notwendigerweise mit Gewalt geführte Kampf der Studenten sich auf der Hochschulebene in symbolischen Aufständen zu erschöpfen scheint, so geschieht dies jedenfalls nicht aus einem perversen Geschmack für ziellose Gewalt heraus; man muß vielmehr verstehen, daß nur die Gewalt in der Lage ist, die Mauern des Hochschulghettos - wenn auch nur zeitweise - zu durchbrechen und ein Problem zur Debatte zu stellen, das Reformisten jeder Couleur nicht sehen wollen. Dieses Problem, - das der Krise der bürgerlichen Institutionen und der bürgerlichen Ideologie und das der Arbeitsteilung - ist ein ausgesprochen politisches Problem. Und wenn auch alle Parteien der studentischen Gewalt jede Bedeutung und jeden politischen Sinn absprechen, so wird doch darum aus dieser Gewalt noch kein Vandalismus: es ist eine politische und eine politisch notwendige Gewalt, wenn sie auch allein nicht ausreicht.

Aus: „Les Temps Modernes“ Nr. 285, April 1970; übersetzt aus dem Französischen von Renate Sami; zitiert nach: Sozialistisches Jahrbuch 3 (Rotbuch 28), Berlin, 1971

In diesem Referat geht es mir nicht um eine neue Zielbestimmung der Hochschulpolitik des SDS. Die Zielbestimmung, wie sie — in der einem Programm eigentümlichen Abstraktion — in der SDS-Hochschuldenkschrift geleistet ist, kann sinnvoll nur durch die auf ihr gründende Praxis verbessert werden. Ebenso wenig bemühe ich mich, die technokratischen Reformvorschläge für die Hochschule zu kritisieren, denn auch diese Kritik ist im wesentlichen vom SDS geleistet — zuletzt von C. Offe (Bildungsökonomie und Motive

der Bildungspolitik nk 35). Mir geht es darum, in der Untersuchung der heutigen Hochschulsituation die Schritte zu bestimmen, die der SDS an den Hochschulen unternehmen kann, um der Verwirklichung seines Hochschulprogramms näherzukommen bzw. einer theoretischen Kritik an falscher Hochschulreform die praktische folgen zu lassen.

Die Klagen über das System und die Kapazität der bestehenden Ausbildungseinrichtungen sind seit Jahren ein fester und wichtiger Bestandteil der öffentlichen Diskussion in der BRD.

Erst in diesem Jahr trat diese Diskussion etwas hinter der über die Konjunktur, die Stabilisierungsmaßnahmen und die Formierung der Gesellschaft zurück. Nicht einmal das Gutachten des Wissenschaftsrats zur Studienreform hat so viel Aufsehen erregen können wie noch vor einem Jahr eine Bemerkung von Dighans oder Picht. Vergewegenwärtigen wir uns außerdem, daß in den fünfziger Jahren, in denen noch die Finanzpolitik eines Schäffer konjunkturell möglich war, über die Kapazität des Bildungssystems noch nicht nennenswert diskutiert wurde, so haben wir einen flüchtigen Einblick in die Eigenart der Bildungsplanung hierzulande:

Zu einer Zeit, in der das wirtschaftliche Wachstum aufgrund extensiven Konsums der Arbeitskräfte durch das Kapital relativ störungsfrei möglich war, existierte das Problem der Ausbildung nicht. Zugleich bestanden aber gerade zu dieser Zeit seitens der Fiskalpolitik keine Hindernisse, das Ausbildungssystem zu planen und diese Planung zu verwirklichen. Jedoch lag diese Planung nicht im Interesse des Verwertungsprozesses des Kapitals, der weder die Bindung eines Teils der Produktionskapazität für langfristige, infrastrukturelle Investitionen befürwortete, vor allem aber nicht eine vorübergehende Verknappung und eine strukturelle Veränderung des Qualifikationsquerschnittes der Arbeitskräfte. Die Änderung dieser Situation, wie sie seit Beginn der sechziger Jahre immer deutlicher zu Tage tritt, reflektiert in den Schwankungen der Außenhandelsbilanz, in der Stagnation der Grundstoff- und Investitionsgüter-Sektoren, in denen die Kapitalverwertung vornehmlich auf extensivem Konsum der Arbeit beruht, und in den damit einhergehenden Auswirkungen und Rückwirkungen vom nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt — reflektiert also darin u. a. die Versäumnisse der Ausbildungsplanung, und zwar in der größeren Schwierigkeit der Anpassung an die neue Situation. Zugleich aber macht die größere Schwierigkeit in der Anpassung ein Nachholen des Versäumten vorläufig unmöglich. Denn der Staat hat im Augenblick seine Aufgaben auf die unmittelbaren konjunkturellen Erfordernisse zu konzentrieren. Ein langfristiges und großes Projekt wie eine gründliche Reform des Bildungssystems kann nur in Angriff genommen werden, soweit es die Konjunktur jeweils erlaubt. Infolgedessen betreibt der Staat vorläufig die Reform des Ausbildungssystems dadurch, daß er die bestehenden Ausbildungseinrichtungen unter Druck setzt, ihre Leistungen zu steigern.

Für die Universität wirkt sich dieser Druck dahingehend aus, daß sie heute eine Reform improvisieren muß. In dieser Situation ist die bestehende Universitätsstruktur äußerst bedroht; die ganze Reformanstrengung konzentriert sich auf die unausgeschöpfte Kapazität der bestehenden Universität. Die Professoren fürchten zu Recht um die Autonomie der Organisation von Forschung und Lehre. Warnzeichen, wie das hessische oder jetzt gar das bayerische Hochschulgesetz, hat es ja auch schon gegeben. Die Universität — Professoren und die Universitätsbürokratie — muß also eine überzeugende Demonstration ihres Leistungswillens zustande bekommen. Andererseits ist die nach 1945 von den Hochschulen zurückeroberte Autonomie lebensfähig, weil die erste Aufhebung dieser Autonomie vom deutschen Faschismus vorgenommen wurde, also eine gewisse Unantastbarkeit eingedenk der sogenannten politischen Universität zwischen 1933 und 1945. Ihr besserer Schutz scheint in der Bedeutung ihrer hierarchischen Struktur für die Gesellschaft zu bestehen. Der Widerspruch zwischen der steigenden Anforderung an die wissenschaftliche Ausbildung der Arbeitskräfte und dem Interesse, die Indifferenz dieser Arbeitskräfte gegenüber dem Produk-

tionsganzen zu bewahren, wie ihn Gorz analysiert (Studium und Facharbeit heute, nk 35), scheint in der Tat allein erklären zu können, wieso die Universitätsstruktur in der sonst so ausgedehnten Reformdiskussion von den Technokraten fast wie ein Tabu behandelt wird, obgleich doch in der hierarchischen Struktur der Universität die Hauptthemnisse für eine technokratisch-maximale Nutzung der bestehenden Universitäten zu suchen wären.

So besteht ein vages Gleichgewicht zwischen den technokratischen Anforderungen an die Universität und den Möglichkeiten der Universität, ihre feudale Struktur retten zu können: Einerseits besteht für die Universität die Gefahr, daß durch Strukturänderungen in ihrem Inneren ihre brachliegenden Reserven für die geforderte Output-Steigerung aktiviert werden könnten, andererseits kann sich die Universität das gesellschaftliche Interesse an ihrer Struktur zunutze machen, wenn sie der Öffentlichkeit beweist, wie bemüht sie ist, in ihrer Struktur so leistungintensiv wie möglich zu sein. Wie lange diese Balance in dieser Form von der Universität aufrechterhalten werden kann, steht dahin. Für die jetzige Situation der Universität ist sie konstitutiv.

Aus dieser Balance erfolgt im Inneren der Universität eine Verschlechterung der Arbeitssituation vor allem für die Studenten. Denn [die Universität kann unter Behauptung ihrer gegenwärtigen Struktur ihren Leistungswillen nur demonstrieren, indem sie die Studenten zu größeren Leistungen innerhalb der bestehenden Ausrüstung und unproduktiven Zersplitterung der Universität zwingt; sie gibt also den Druck, der auf sie ausgeübt wird, an die Studenten weiter. Musterbeispiel dafür ist die Zwangsexmatrikulation. Aber auch da, wo scheinbar den Orientierungsschwierigkeiten der Studenten, die ja Ausdruck der bestehenden Universitätsstruktur sind, Rechnung getragen wird, wie bei der Organisation eines Grundstudiums oder neuer Zwischenprüfungen, ist der wahre Inhalt dieser Maßnahmen die Orientierung der Universität darüber, welchen „studentischen Ballast“ sie über Bord werfen kann. Die Universität kompensiert also die erhöhte Leistungsanforderung durch mehr oder weniger primitive Mittel der Disziplinierung der Studenten.

Eine auf 8 Semester — wie es der Wissenschaftsrat will — erhöhte Durchlaufgeschwindigkeit bei einer Auswurfsquote von 50 Prozent würde in der Tat bereits eine wesentliche Leistungssteigerung bedeuten, wenn man bedenkt, daß auch heute zwischen 40 und 50 Prozent der Studenten die Universität verlassen ohne sogenannten ordentlichen Abschluß bei einer durchschnittlichen Durchlaufgeschwindigkeit von 10 bis 11 Semestern. Während aber bislang die dezimierende Wirkung der Universität den Studenten verborgen blieb, während darüber hinaus die erforderliche Leistung durch Einsetzen eines oder zwei weiterer Semester (bei Stipendiaten etwa vermittelt eines Valldarlebens) doch noch zu erbringen war, kann jetzt die Universität dem Studenten als unerbittliche Maschine entgegentreten, die jeden Zweiten, wie in unserem Zahlenbeispiel, mit Sicherheit herauswerfen wird. Der studentische Optimismus, schon irgendwie durchzukommen, kann eine entscheidende Erschütterung erfahren. Zudem wächst das Verhältnis zwischen Ausrüstung der Universität und Benutzungsbedarf der Studenten sich notwendig zur unerträglichen Mißproportion aus, wie das besonders in den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächern zum Ausdruck kommt. Dieser Druck wird vom Studenten erfahren, ohne daß sich irgendeine Kompensation seitens größerer Übersichtlichkeit anböte. So läßt sich z. B. die vom Wissenschaftsrat geforderte Reform der Prüfungspraxis oder die Verkleinerung der Seminare ohne eine andere personelle Ausstattung und ohne erhebliche Abstriche von der Souveränität der Lehrstuhlinhaber überhaupt nicht durchführen.

Diese Verschärfung der ohnehin angespannten Arbeitssituation der Studenten ist der Punkt in dieser Professorenrechnung, der nicht aufgehen muß: es gibt keine Garantie dafür, daß die Studenten diese Verschlechterung ihrer Arbeitssituation widerspruchslos hinnehmen. Ich spreche dabei nicht nur von den kritischeren Studenten der Soziologie oder der Philosophischen Fakultät, sondern auch noch von den Medizin- und Jurastudenten. Es versteht sich von selbst, daß der nur latente Widerspruch dieser Studenten aktualisiert werden muß, daß die neue Situation, die ohne weiteres kein Student sich artikulieren kann, den Studenten artikuliert werden muß. Mir scheinen aber die Voraussetzungen dafür deswegen gegeben, weil dem Studenten die Vernichtung seiner akademischen Existenz nicht länger als rein theoretische Möglichkeit, sondern als reale Gefahr erscheinen kann.

Ich will mich jedoch noch einmal der Rückwirkung eines organisierten studentischen Widerspruchs auf die Universität zuwenden. Hatte nach 1945, wie Heribert Adam in seinem Buch „Studentenschaft und Hochschule“ darstellt, die demokratische Verfassung der Studentenschaft und ihre Freiheit innerhalb der Universität der Universität als Aibi ihrer eigenen demokratischen Verfassung dienen können, als es darum ging, die Autonomie zurückzuerlangen, so würde in der jetzigen Situation jedes nicht konforme Verhalten der Studentenschaft gerade diese Autonomie gefährden. Denn ein solches Verhalten wird von der an Leistungssteigerung interessierten Öffentlichkeit als Störung der Arbeit in der Universität registriert. Die Reaktionen der Zeitungen in den letzten zwei Jahren auf Studentenunruhen zeigen dies. So wurden nach einigem Fortschreiten jeder Krise an der FU von der Presse nicht allein die Studenten kritisiert, sondern bald auch die Unfähigkeit der Universität, die Studenten wirksam zum Studieren anzuhalten; jedesmal wurde auch von einer Zeitung nach dem Staatseingriff gerufen. Umgekehrt gipfelte die beschwörenden Beruhigungsaufforderungen der Professoren an die Studenten jedesmal in dem Hinweis auf die Gefahr des Staatseingriffs. Und aus dieser Befürchtung resultieren denn auch die blindwütigen und deswegen zur Vorantreibung der Politisierung geeigneten Restriktionsmaßnahmen der Universität. Jede größere Unruhe in der Universität gefährdet die Balance zwischen Gesellschaft und Universität und macht es deswegen für die Universität erforderlich, zu beweisen, daß sie in der Lage ist, die Studenten wirksam zu disziplinieren. Diese „Gereiztheit“ der Universität kann ihrerseits in Rückwirkung auf die Studenten die Funktion auch anderer, nicht hochschulorientierter politischer Aktivitäten der Studenten verändern, soweit diese nicht konformistisch sind und einiges Aufsehen erregen können. Denn auch diese Aktivitäten werden von der Universität als Belastung der ohnehin riskanten Balance registriert. Deswegen sind zunehmend Restriktionsmaßnahmen auch gegen diese nicht hochschulorientierten politischen Betätigungen zu beobachten. Diese Restriktionsmaßnahmen können dazu führen, daß diese politischen Unternehmungen auch in den Studenten ihre Verteidiger finden, die zum Inhalt derselben gleichgültig oder konträr eingestellt sind. Ein solcher Widerspruch zwischen der formaldemokratischen Verteidigung und der inhaltlichen Ablehnung fordert unsere Reflexion hinsichtlich der Politisierung der Studentenschaft heraus.

Die Identifikation mit bzw. die Ablehnung dieser oder jener politischen Auffassung, worauf es bislang alle politische Bildungsarbeit abgesehen hat, ist für den Studenten in der Regel zufällig und abstrakt; seine „Bekehrung“ zu einer Auffassung ist in der Regel nicht mehr als eben eine Konversion. Der bekenntnishafte und zufällige Charakter politischer Stellungnahmen ist Ausdruck dafür, daß die wissenschaftliche bzw. lernende Tätigkeit als Student und die allgemeine Tätigkeit als Bürger unvermittelt nebeneinander stehen; dabei ist die Polarisierung in Student und Bürger zu bestimmen als Trennung von Praxis und Theorie, wobei jedoch diese Trennung die negative Vermittlung gegenüber beiden Extremen bewirkt: Resultate sind die Praxis als reine Technik und die Theorie als wertendes Verhalten. Die wertfreie Betätigungsform selbst ist in der Regel auch Inbegriff der wertenden Attitüde; die überwiegende Anzahl der Studenten ist unpolitisch, da ihnen jedes nicht skeptische, und damit auch jedes kritische Verhalten als Rückfall hinter ihr intellektuelles Arbeitsniveau erscheint.

Angesichts der Restriktionsmaßnahmen der Universität aber kann sich die skeptische Attitüde der Wertfreiheit verwandeln in die Verteidigung der Freiheit, zu werten. Die Abstraktheit dieser praktischen politischen Tätigkeit erfährt ihre konkrete Bestimmung in den Restriktionsmaßnahmen der Universität.

Wie die Äußerlichkeit und Zufälligkeit der politischen Stellungnahme des Studenten Ausdruck der Trennung zwischen der wissenschaftlichen und bürgerlichen Betätigung ist, so auch das autoritäre Verhalten zu den Umständen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, nämlich sein Verhalten zur Universität als einer Bürokratie. Dies läßt sich exemplarisch studieren an der Fremdheit gegenüber der Studentenvertretung, die ihm als Teil der Bürokratie, vom Ganzen der Universität nicht unterschieden, erscheint.

In der Tat ist bisher üblicherweise die Studentenvertretung der getreue Ausdruck der Misere jedes einzelnen Studenten. In der Regel ist es völlig gleichgültig für die Studentenschaft, ob ein linker oder rechter Mann im ASTA oder VDS dominiert. Die mit dieser politischen Abstraktheit einhergehende bürokratische Bewältigung der Vertretungsarbeit, die die unmittelbaren studentischen Interessen betrifft, hat ebenfalls Adam in dem genannten Buch dargestellt. Der Einfluß und die Wirkung dieser Interessenvertretung auf die Universi-

täts- oder die Ministerialbürokratie sind entsprechend kaum der Rede wert, weil eben nur so weit reichend, wie sie mit den bürokratischen Bewältigungsmaximen im Einklang sind. Umgekehrt wird der Versuch solche Studentenvertreter, eine ihrem politischen Bekenntnis entsprechende Arbeit neben der bürokratischen zu leisten, sie der Gefahr aussetzen, sich entgegen der unpolitischen Studentenschaft zu exponieren. Das bürokratische Verhalten der Studentenvertretung, das die verwaltungstechnische Lücke der Universität als Großbetrieb schließt, bewirkt ihrerseits einmal mehr die Äußerlichkeit und Zufälligkeit der politischen Stellungnahmen der Studenten; denen die Universität als hermetisches So-Sein entgegentritt, das keinen Ansatzpunkt bietet, sich als Student mit sich als Staatsbürger und umgekehrt zu vermitteln.

Die eingangs erwähnte Halbherzigkeit des SDS gegenüber der studentischen Interessenvertretung scheint mir zum großen Teil eine Folge davon zu sein, daß uns heute studentische Interessenvertretung in der Regel als bürokratische Aktivität erscheint. Aber in dieser Halbherzigkeit zeigt sich der SDS selbst bereits als Opfer der Trennung zwischen wissenschaftlicher und politischer Tätigkeit. Das heißt, der SDS kann die studentische Interessenvertretung nicht zur bürokratischen Aktivität von irgendwelchen Funktionen werden lassen, ohne zugleich seine politischen Anstrengungen unter den Studenten zu Bekehrungshandlungen werden zu lassen. In der als eine unsichere Balance bestimmbar Situation der Universität, die einerseits zur wesentlichen Verschlechterung der Arbeitssituation der Studenten führt, andererseits die Universität schneller zu Unterdrückungsversuchen gegenüber allen unliebsamen studentischen Aktivitäten verleitet, sind jedoch m. E. die objektiven Bedingungen, um uns sowohl das Bürokratische der Studentenvertretung wie das Bekenntnishafte des politischen Engagements überwinden zu lassen. Dies zeigt die subjektive Verarbeitung dieser Situation seitens des Studenten, wie ich sie zum Teil schon dargestellt habe: Die Verschlechterung der Arbeitssituation tritt ihm als reale Gefährdung seiner Berufsplanung, seiner vorgestellten Daseinsweise entgegen; das heißt, indem ihm seine Aufstiegschance in die privilegierte Schicht mehr als zweifelhaft wird, vergeht ihm die Gleichgültigkeit des Privilegierten. Auf der anderen Seite erkennt er sich in den Restriktionsmaßnahmen der Universität selbst als Student in einer Universität eines demokratischen Landes nicht wieder, auch wenn er gar nicht die Absicht hatte, die daraus folgenden Freiheiten wahrzunehmen. Und in diesen beiden Verunsicherungen, die Verunsicherung über seine zukünftige Stellung in der Gesellschaft und die Verunsicherung seiner abstrakten, nur theoretisch vorgestellten politischen Handlungsmöglichkeit in der Universität, sind konstitutive Bedingungen seines unpolitischen Bewußtseins gefährdet: die abstrakte, das Resultat der Tätigkeit als sich äußerlich bestimmende Funktionalität der eigenen Tätigkeit, in der die eigene Identität gesichert war, ist nunmehr selbst gefährdet und damit die Sicherung gegen die inhaltliche Beschäftigung mit dieser Tätigkeit; zugleich ist seine abstrakte, als privates Verhalten bestimmte, politische Freiheit in ihrer konkreten, als diese oder jene leicht überschaubare Maßnahme sich zeigenden Bedrohung herausgefordert, sich selbst in der Praxis zu bestimmen.

Daß es unter diesen Umständen gelingen kann, die Vertretung der unmittelbaren Studieninteressen zu politisieren und damit zugleich eine neue Basis für die über die Hochschulangelegenheiten hinausgehende und nicht länger bekenntnishafte Politisierung der Studenten zu erreichen, zeigt nicht allein die sicherlich noch unentwickelte Bewegung an der FU Berlin, sondern ebenso die erfolgreiche Praxis der syndikalistischen Studentenorganisationen in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz, die auf dem geschickten Aufgreifen der Krisensituationen ihrer Universitäten beruht, welche Krisensituation im wesentlichen die gleiche ist wie die in der BRD.

Es wurde im Zusammenhang mit dieser Strategie die Frage gestellt, ob nicht damit nur erreicht würde, daß einerseits der Staat die Autonomie der Hochschulen einschränkt und damit auch die Bewegungsfreiheit der Studentenschaft, daß andererseits durch die immer wieder sich zeigende Erfolglosigkeit dieser Strategie hinsichtlich praktischer Verbesserungen in der Universität die beteiligten Studenten bald und zwar endgültig resignieren.

Die Bewegungsfreiheit der Studenten scheint mir dagegen nicht einschränkbar, solange Ursachen für Studentenunruhen in der Universität bestehen und solange bei uns nicht spanische Zustände herrschen. Daß es dem Staat gelingen kann, die Ausbildung durch die Universität so zu organisieren, daß die Studenten über ihre unmittelbaren Arbeitsinteressen nicht mehr zu erreichen sind, ist m. E. nicht zu bezweifeln, auch wenn dies in absehbarer Zeit nicht eintreten dürfte.

Aber die Ablehnung der zukünftigen technokratischen Universität darf nicht zur Billigung oder gar Verteidigung der jetzigen Universität führen, die sich für den Studenten nur darin von der technokratischen unterscheidet, daß sie unübersichtlicher ist und eine größere Anzahl Studenten scheitern läßt. Die Kritik der noch nicht verwirklichten technokratischen Universität muß in der Kritik an der bestehenden Universität und an den Reformsätzen geleistet werden. Die Studenten sind in der Situation, in einer unerträglichen Universität der Professoren zu studieren und keine bessere vom Staat erwarten zu können; d. h. sie haben nichts zu verlieren. Eine nicht-esoterische, sondern mit allen Studenten praktizierte Analyse und Kritik der bestehenden und der zu erwartenden Universität ist deswegen z. B. die einzige Möglichkeit, die dritte Universität, die demokratische, in negativer Weise zu praktizieren, anstatt sie nur programmatisch zu formulieren. Dabei wird diese Kritik notwendig zur Kritik an der Gesellschaft, die die Verwirklichung der demokratischen Universität verhindert.

Zweifelloß besteht die Gefahr, daß diese Hochschulstrategie über kurz oder lang zur Resignation der Studenten führt, weil von ihr in absehbarer Zeit keine wirklichen Veränderungen in der Universität bewirkt werden können. Sie ist jedoch durch eine Taktik zu kompensieren, die nicht immer gelingt, die jedoch durchführbar ist. Für diese Taktik sind fünf Hauptpunkte zu beachten:

1. Das Ziel jeder Veranstaltung oder Demonstration muß die Durchsetzung einer bestimmten Forderung sein;
2. diese bestimmten Forderungen müssen einleuchtend sein und gewisse Aussicht auf Durchsetzung haben, also nur abzuweisen sein unter Bewirkung allgemeiner Empörung;

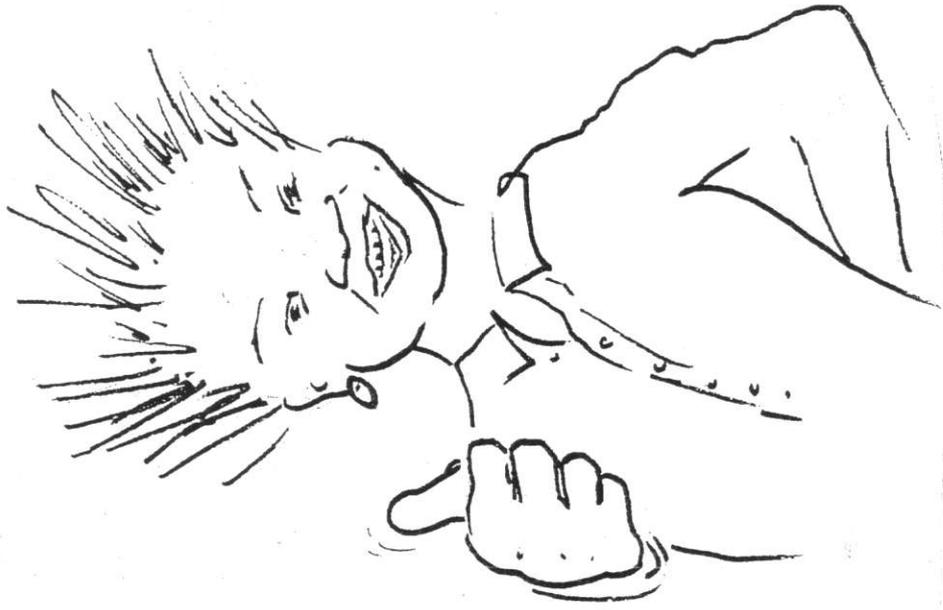
3. deswegen, weil jede durchgesetzte Forderung nur ein verschwindender Erfolg ist, darf nicht versäumt werden, die Durchsetzung den Studenten als ihre Leistung darzustellen, und dadurch die Studenten für weitere Anstrengungen zu gewinnen;
4. jede Veranstaltung oder Demonstration muß so erfinderisch geplant sein, daß sie für die Studenten im ganz gewöhnlichen Sinne spannend ist und Spaß macht;
5. die Analyse und Kritik der bestehenden Universität bzw. neuer Maßnahmen seitens der Universität oder des Staates ist niemals abstrakt, sondern immer in Verbindung mit der jeweiligen Forderung zu leisten; umgekehrt gilt, daß keine Forderung von den Studenten erhoben werden darf, ohne an ihr diese Analyse und Kritik jeweils spezifisch zu leisten.

Ein ganz wesentliches Ziel dieser Forderungspraxis liegt in der schrittweisen Aufklärung der Beteiligten über diese Praxis selbst; also Aufklärung sowohl über deren beschränkte Erfolgsaussichten und der Ursachen dafür, d. h. Aufklärung über die Gesellschaft, die die demokratische Universität verhindert; wie auch Aufklärung über die Modellhaftigkeit dieser Praxis für die auf diesem Wege erstrebte demokratische Universität: über die Bestimmung der angestrebten Universität in dieser bestimmten kritischen Tätigkeit. Wenn der Student in dieser konstruktiven wie kritischen Tätigkeit begreift, daß und warum an der Universität die Gesellschaft nicht zu verändern ist, so ist das etwas ganz anderes, als die resignative Feststellung, es sei nichts zu machen.

(aus NK 38/39 Okt/Dez 1966)



Mir haben die Lösung!



coole Ideen
für eine
geniale Zukunft

Selbstversorgung

Zukunft der Arbeit

Das Problem: Globalisierung, Lohnarbeit wird abgeschafft, vagabundierendes Kapital, Arbeitslosigkeit ... kennen wir! Die Lösung? Eine Revolution? Diktatur des Proletariats? Grenzen zu und nationales Bauernglück? - alles geschenkt! Neue Ideen: lokale Ökonomie, soziale Ökonomie, Tauschringe, New Work/Selbstversorgung!

Tauschringe



Contraste | Packpapier Verlag

Tauschringe, 80 Seiten, 8,-

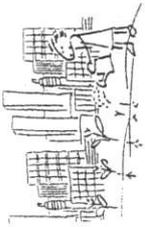
... dieser Tauschringesampler enthält 20 Berichte, Kritiken und Analysen über die wohl bekannteste Idee neuer ökonomischer Ansätze, vorgestellt, erläutert und kommentiert.

Das ist vielleicht nicht "die" Lösung, aber jedenfalls eine attraktive und ohne große Umstände aufzubauende Selbsthilfeeinrichtung. Eigentlich handelt es sich um eine aktualisierte Form der alten nachbarschaftlichen Hilfe, und die ökonomische Tragweite steht noch(!) weit zurück hinter der mehr sozialen Funktion solcher Einrichtungen - was aber noch kommen kann.

Lokale Ökonomie, 80 Seiten, 8,-

Die Projekte der lokalen Ökonomie betonen vor allem ihren kommunalpolitischen Zusammenhang. Von der Idee her interessante Projekte, in England, Holland, Frankreich und Berlin

Soziale Ökonomie



Contraste | Packpapier Verlag

Soziale Ökonomie, 80 Seiten, 8,-

Berichte über vielfältige Projekte, bei denen das Schwergewicht auf Aspekten der Sozialarbeit, ABM und allgemein des sozialen Ausgleichs liegt. Hier geht es vor allem um den sozialen Aspekt neuer wirtschaftlicher Projekte.

Alternative Ökonomie

New Work

New Work und Selbstversorgung ist der vierte Strang neuer Ökonomischer Ansätze. Man verzichtet mehr oder weniger auf politische Unterstützung und Sozialarbeit und setzt vor allem auf die eigene Kraft und Phantasie. Hierbei geht es um sehr konkrete einzelne Projekte, technisches Know How, Tips und Tricks und extrem um den Spaß dabei. Keine Spielweise für die gelangweilte Freizeitgesellschaft sondern ein utopisches Laboratorium.

Götz Papke
Dauerhafte Arbeit

Neue Arbeit durch Selbstversorgung

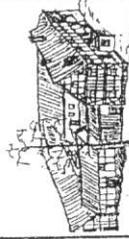


New Work For A Sustainable Planet

Götz Papke: Dauerhafte Arbeit
130 Seiten, 12,50

Eine schon lange fällige betriebswirtschaftliche Untersuchung und Bewertung der Selbstversorgung. Was ist wie wirtschaftlich? Was ist Traumerei? Welche Entwicklungschancen, welche politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind erforderlich, und viel mehr.

Kastanienhof Gemeinschaft:
Alternativer Betriebsplan



Packpapier Verlag

Kastanienhofgemeinschaft: alternativer Betriebsplan
160 Seiten. 15,- Eine Reihe von Idealen und Traumereien werden einer wissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Durchplanung unterzogen. Es geht zwar nicht darum endlich Gewinne einzufahren, aber das Geträumte auf ein sachliches Fundament zu stellen.

Markus Happel: Umgang und Haltung von Pferden, 316 Seiten
32,- Über eine ökologische Technik der Vergangenheit, die Zukunft hat, Anspanntechniken, Geräte, Baupläne, Pflege ...

Markus Happel
Umgang und Haltung
von Pferden



Packpapier Verlag

Selbstversorgung

... und so geht das:

Die Schuhfibel, Anleitungen, Schnittvorlagen für Sandalen
 Mokkasins, Bundschuhe, Stiefel, 100 Seiten A4 12,-
 Die Kräutertafel, ausführliche Pflanzenbeschreibungen,
 Mischrezepte, Bäder, Tinkturen, Extrakte ... 288S. 18,-
 Handbuch für Selbstversorger, Grund-

- wissen für Aussteiger 208 S. 14,-
- Vegetarisch Kochen, 208 S. 14,-
- Halbarmachalmanach, Alternativen zu Tiefkühlkost & Konserven 14,-
- Anstiftung zur Selbstversorgung im Garten, 224 Seiten 18,-
- Ursprünglich Weben, 160 S. 14,-
- Papier schöpfen, 32 Seiten 2,-
- Filzen, Hüte ua. aus Filz, 48S. 5,-
- Lilli: Vegetarische Pasten, 64S. 5,-
- Veganes Kochbuch 140S 6,-
- Kuchen-Paradieschen 32S 3,-
- Sherborne-House: Brotbackbuch, Rezepte aus aller Butter und Käse selber machen, 24 Seiten
- Keimen: Pflanz es zu Haus, frisches Grünzeug aus Keimkräutern, die 60 wichtigsten Kräuter, 64 Seite
- Heilkräuter-Poster A3, welche Krankheit, welches Kraut?
- Eßbare Wildpflanzen, ein Survival-Buch, 90 Seiten 7,-
- D. Pedro: E-Nummern, übersichtlich + ausführlich 80S. 7,50
- Jonglieren, für den Lebensunterhalt auf der Straße 64S. 5,-
- Straßenlieder, Noten und Gitarrengriffe, 168 Seiten 14,-



N 13 <>> 34 65703 8 024

wir haben die Lösung!

... ja echt! Die 20 Jahre Experimente der Hippies, Ökos, Landkommunen, Bioläden und Aussteiger waren nicht umsonst. Nur ein Unterschied allerdings, die Zeit der Spielweisen ist vorbei. Jetzt geht es darum mit dem alternativen Knowhow auf einem höheren Level von Technologie, Wissenschaft und Betriebswirtschaft erst zu machen.

- Zwei Arme voll Holz, Ofenausbau zu Zentralheizung 8,-
- Abwärmefen, aus Ziegel und Lehm sparen Energie 65S. 5,-
- Öfen ganz aus Lehm gebaut, 32 Seiten 4,-
- Sonnenwärme, 12 Bauanleitungen, 65 Seiten 5,-
- Selbstbau von Doppelfenstern, 18 Seiten 2,50
- Das Kompost-Klo! 3 einfache bewährte Modelle, 32S 4,-
- Die Müsli-Quetsche, für Getreide-Flocken & Schrot 48S 4,-

... und noch Projekte, Projekte ...:

- Tanz aus der Wohnhaft - Leben in Bauwägen, über das Leben in einer neuen Gemeinschaftsform, 50 ganzseitige Fotos, Dokumentarteil, 112 s.A4 19,50
- Bioregionalismus, Bewegung für das 21. Jahrh, 248 S. 19,50
- JU. Ries: Auf der Suche nach einem neuen Zeitalter 35,-
- JU. Ries: Anthroposophiekritik 3,-
- Anthroposophie: Alternative Fassade, autoritäre Wirklichkeit, 36 S. 4,-
- Freistaat Christiania, illustr. A4 27,-
- Christiania soziales Experiment 5,-
- Living Theater, 192 S, fotos 19,80



- Die Utopie hat begonnen, Hippie-Kommunen in USA, 92 S. 9,-
- Einfach Anders Leben, 32 S.A4 5,-
- R. Schwendter: Subkultur 2,-
- R. Cantzen: libertäre Utopien 2,-

Packpapier Verlag 49008 Osnabrück

Postfach 1811, fon/fax 05402-7373

 Bestellung: entweder die ausführliche Liste anfordern, oder bei Bestellung aus dieser Liste (zzgl Porto 3,- bei Bestellwert bis 20,-, darüber wie Briefporto) Konto angeben zum Abbuchen oder Scheck beilegen. Auch Nachnahme möglich.

Projektbewegung

Reader Biogenossenschaften, 72 Seiten A4 10,-
 Dokumente aus der stürmischen Gründungszeit der Naturkostbewegung.



EIN LESEBUCH
 DER MITRINKOT-DISKUSSION
 ZUR NEUBEWERTUNG DER BEWEGUNG

Bunte Seiten '98 - Verzeichnis der

Alternative Projekte, Initiativen und Betriebe, 260 St. A4 30,-
 Ein aktueller Überblick über die vielfältige Projektlandschaft in BRD, Österreich und Schweiz
 Ca. 12000 Adressen vorwiegend selbstorganisierter Projekte und Betriebe mit besonderen politischen und ökologischen Ansprüchen. Alternative Medien: Zeitschriften, Film-Videogruppen, freie Radios - freie Schulen, Tauschringe, Infoläden ...



H. Cripp: Das Projekt Grüne Haare - Die Bewegung tanzt! 180 Seiten, 16,- Generation X, Loveparade, Chaos-Tage, Party-
 People und über das Unpolitische als neuer Politikbegriff.



Frauen bei Lip! 128 Seiten, 8,-
 Über den mehrjährigen Streik um Selbstverwaltung der französischen Uhrenfabrik Lip und die Perspektive der Abschaffung von Arbeits- und Rollenteilung.



Biobewegung Genossenschaften

LS 52 171 016

Kommt zum:

• APO-Kongreß!
5.-7. Juni an der FU Berlin

• Kongreß für Umverteilung
+ Demokratie!
5.-7. Juni an der FH Frankfurt

Jetzt: KALASCHNIKOW abonnieren!



„Die Kalaschnikow gehört nicht zu den Schriften, die den Intellektuellen das Opium servieren. Wir schreiben, wie es schmeckt.“

Stefan Pribnow

Die KALASCHNIKOW erscheint je nach den Erfordernissen der Revolution, der Liebe und der Poesie ...

und zwar dort, wo sich innere Unruhe und äußere Ruhe hart im Raum stoßen - wo man schreibt, um geliebt zu werden; wo man liebt, um schreiben zu können:

daß es keine Ermächtigung ist, das Falsche zu tun, nur weil das Richtige nicht, noch nicht gehen mag. Der Kommunismus, daran gehindert, von der - in Maßen - theoretischen in die praktische Kritik von Kapital und Staat umzuschlagen und die Waffe der Kritik mit der Kritik der Waffen zu vertauschen, findet seine unfreiwillige Praxis in der Denunziation des Herrschenden Falschen.

V.L.S.d.P. Kalaschnikow - Foto: Agentur Focus - Gestaltung: HeWi

Bitte mit Postkartenporto fremdmachen

Bestellpostkarte

V.L.S.d.P. Kalaschnikow - Foto: Agentur Focus - Gestaltung: HeWi

Argument
Buchladen und Vertrieb
Gramlich & Weber
Reichenberger Straße 150

D-10999 Berlin

Kalaschnikow

Hiernit bestelle ich das wissenschafts- und gesellschaftskritische Magazin KALASCHNIKOW zum Bezugspreis von 32,- DM (zzgl. Versandkosten) für zunächst ein Jahr (4 Hefte), anschließend bis auf Widerruf. Die Lieferung erfolgt druckfrisch per Post ins Haus.

Name, Vorname	Geb.-Datum
Straße/Hausnummer, „bei“	
D/PLZ/Ort	
Tel.-Nr. (für evtl. Rückfragen)	

Belieferung und Berechnung erfolgt durch ARGUMENT, Buchladen und Vertrieb Berlin. Der Bezugspreis beträgt 2,- DM unter dem Ladenpreis für die einzelne Ausgabe. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Absendung schriftlich beim ARGUMENT, Buchladen und Vertrieb, Gramlich & Weber, Reichenberger Straße 150, D-10999 Berlin, widerrufen (rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt!).

Datum Unterschrift

RUNDE TISCHE: NEUES MÖBEL IN DER BILDUNGSLANDSCHAFT ?

ANSTÖßE FÜR EINEN NEUEN BILDUNGSPOLITISCHEN DIALOG AM BEISPIEL BERLINS

Der bundesweite Streik hat erneut das Ausmaß der unhaltbaren Zustände an den Hochschulen hervorgehoben. An den bundesdeutschen Hochschulen besteht seit Jahren ein Bedarf an Veränderungen, der kontinuierlich ignoriert worden ist. Eines der impliziten Ziele der herrschenden Politik ist die Reduktion der Hochschulen auf standortgerechte Dienstleistungszentren unter dem Primat der Marktconformität.

Die Veränderungsfähigkeit der Hochschulen wird durch undemokratische Strukturen unterhalb der akademischen Gremien verhindert. Ein weiterer Aspekt des hochschulpolitischen Desasters in der Bundesrepublik Deutschland ist eine gewollte Unterfinanzierung der gesamten Hochschullandschaft, wodurch ein freier Zugang für breite Bevölkerungsschichten, sowohl zu Hochschulen und somit zu Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, als auch zu kritischer Forschung und Lehre gefährdet wird. Durch konstruierte Sachzwänge sollen die Hochschulen immer noch zu Strukturwandel im Sinne der vorherrschenden Politik genötigt werden.

Zusätzlich erzeugt die spezifische Berliner Finanzsituation als Ergebnis der Regierungszeit der Großen Koalition Verteilungskämpfe, die zu einem Zustand permanent abnehmender Kommunikations- und Konsensfähigkeit an den Hochschulen und in Berlin führen. Eine vollständige Blockade steht unmittelbar bevor.

Die Impulse, die durch eine Selbstreflexion während des Streiks entstanden sind, bieten Möglichkeiten, diese Blockade zu durchbrechen. Für die Hochschulen heißt die Konsequenz Demokratisierung der akademischen Selbstverwaltungsgremien. Nur hierdurch wird die Reaktionsfähigkeit der Hochschulen auf die zukünftigen Herausforderungen gewährleistet. Die Hochschulen müssen ihre kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Aufgaben wieder wahrnehmen können, um darüber ihre gesellschaftliche Relevanz wiederzuerlangen. Jetzt müssen unter gleichberechtigter Beteiligung aller Betroffenen sowohl Leitlinien für die Entwicklung der Berliner Hochschullandschaft als auch eine Studienreform, die den Anforderungen der Wissenschaft entspricht, entworfen und umgesetzt werden.

Ein geeignetes Instrumentarium dafür bietet der Runde Tisch.

Prämissen:

1. Voraussetzung für die Durchführung des Runden Tisches ist die Anerkennung der thematischen und personellen Konzeption durch alle an ihm Beteiligten.

2. Ein Runder Tisch ist nur dann ein wirksames Instrumentarium, wenn konkrete Umsetzungsperspektiven entwickelt werden.

Eine Leitliniendebatte zur Entwicklung der Hochschullandschaft, die es so in Berlin nicht gegeben hat, muß gerade in so wichtige Entscheidungen wie die Hochschulentwicklungspläne hineinfließen.

Eine solche Debatte kann nicht ExpertInnenangelgenheit sein, sondern muß mit den betroffenen Studierenden und Gruppen geführt werden, um innovative Ansätze zu befördern.

3. Da der Runde Tisch ein konsensorientiertes Gremium sein muß, sind die Empfehlungen an die Hochschulen sowie an das Abgeordnetenhaus und den Senat mit einer 2/3 Mehrheit

auszusprechen. Dabei ist eine namentliche Abstimmung notwendig. Die Minderheiten haben die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme.

Im Rahmen der Vorbereitung des BuG-Kongresses wurde eine "Gebrauchsanleitung" für Runde Tische in der Bildungslandschaft erarbeitet, die im folgenden dokumentiert wird:

RUNDE TISCHE "BILDUNG & GESELLSCHAFT" - EINE GEBRAUCHSANLEITUNG -

Bildung braucht Runde Tische

Die gegenwärtige Situation im Bildungswesen ist gekennzeichnet durch zunehmend schlechtere Ausbildungsbedingungen. In dieser Situation sind alle Beteiligten aufgefordert, gemeinsam nach gesellschaftlich tragfähigen Lösungen zu suchen. Um einer fortschreitenden Verschlechterung im Bildungsbereich entgegenzuwirken, wäre ein offener Dialog am Runden Tisch notwendig, zu dem alle betroffenen Interessengruppen zusammenkommen.

Was ist ein Runder Tisch ?

- eine Form der Selbstorganisation;
- ein Instrument zur Herstellung eines tragfähigen Konsens;
- ein außerparlamentarisches und informelles Forum in Ergänzung zu den offiziellen Entscheidungsinstanzen;
- ein Forum unter Einbeziehung möglichst aller am jeweiligen Problem beteiligten gesellschaftlichen Interessengruppen;
- ein Forum, in dem alle Blickwinkel auf ein Problem zusammenfließen;
- der Runde Tisch ist ergebnis- und umsetzungsorientiert.

Wie arbeitet ein Runder Tisch?

Der Runde Tisch sollte von Personen oder Institutionen einberufen werden, die im Bildungsbereich anerkannt und integrationsfähig sind. Teilnehmen müßten Vertreter/innen aller an der Bildung teilhabenden Interessengruppen. Moderieren sollte eine von allen beteiligten Seiten anerkannte und möglichst neutrale Person. Das Verfahren besteht aus einem offenen Diskurs, in dem Lösungsvorschläge für ein konkretes Problem eingebracht und ergebnisorientiert diskutiert werden. Am Runden Tisch finden in der Regel keine formalen Abstimmungen statt, sondern vielmehr ein Prozeß der "Abstimmung untereinander".

Umsetzung der Ergebnisse

a) Information nach außen: Die Ergebnisse des Runden Tisches werden allen für das jeweilige Thema wichtigen Gruppen sowie der Öffentlichkeit über die Medien bekanntgemacht.

b) Weiterleitung der Lösungsvorschläge an die formelle Ebene (Parlamente, Verwaltungen, Institutionen), z.B. durch Entsendung von Beauftragten als Vertreter in die Beiräte und Kommissionen oder durch Anhörung in den formellen Gremien (Parlament und Verwaltung).

c) Umsetzungsüberprüfung: Der Runde Tisch sollte die aus ihm hervorgegangenen Projekte und Lösungsvorschläge auch in ihrer Realisierungsphase als beratende Instanz begleiten.

Runde Tische sind ein notwendiger Teil des gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsprozesses und bewegen sich damit im Spannungsfeld zwischen Konfrontation und Dialog.